

Eine große Anzahl von Linken hat sich in den letzten Jahren in antifaschistischen Gruppen organisiert. Viele, vor allem auch jüngere Leute, reagieren damit auf einen immer aggressiver und offener auftretenden Neofaschismus in der (neuen) Bundesrepublik und arbeiten der staatlicherseits betriebenen Verharmlosung rechts-extremer Terrorbanden entgegen. Es ist nicht zuletzt dem direkten praktischen Engagement autonomer Antifa-Gruppen zu verdanken, daß Neo-Nazis ihrem mörderischen Handwerk auf der Straße nicht unbehelligt nachgehen können. Denn nicht erst seit dem Rostocker Pogrom bestehen erhebliche Zweifel an der »demokratischen« Gesinnung staatlicher Behörden und der Polizei.

Die Herausgeber dieses Buches haben in den letzten Monaten Gespräche mit verschiedenen antifaschistischen Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland geführt. Die Gruppen wurden nach ihrer Entstehungsgeschichte, ihrer aktuellen politischen Arbeit, ihren politischen Einschätzungen und Zielen befragt. Die Antworten vermitteln einen lebhaften und repräsentativen Querschnitt von dem derzeit wohl aktivsten Teil der linken »Szene«.

Projektgruppe (Hg.)

Antifa

Diskussionen und Tips aus der
antifaschistischen Praxis



Antifa



Projektgruppe (Hg.)

Antifa

Diskussionen und Tips aus der
antifaschistischen Praxis

Edition ID-Archiv
Berlin – Amsterdam

Inhalt

Vorwort	7
Interviews:	
Als die Skin-Bewegung noch in den Anfängen war <i>(»Alt«-)Antifas Hamburg</i>	15
Frauen sind nicht weniger rassistisch ... <i>Fantifa Kassel</i>	33
Antifaschismus auf antiimperialistischer Grundlage <i>Antifa (M), Göttingen</i>	49
Sich abzuschotten, nützt nichts <i>Antifa Guben</i>	67
Wir brauchen eine verbindliche Struktur <i>Antifa Bonn/Rhein-Sieg</i>	87
Was hast du denn mit 14 im Kopf gehabt? <i>Edelweißpiraten Berlin</i>	105
Auch im Alltag gegen Rassismus kämpfen <i>Eine Hamburger Fantifa-Gruppe</i>	117
Der nationalistischen Stimmung entgegenstellen <i>Antifa Halle</i>	127
Historisch unbelastet <i>Gespräch mit Schweizer AntifaschistInnen</i>	143

Vorwort

Eine große Anzahl von Linken hat sich in den letzten Jahren in antifaschistischen Gruppen organisiert. Viele, vor allem auch jüngere, Menschen reagieren damit auf einen immer aggressiver und offener auftretenden Neofaschismus in der (neuen) Bundesrepublik und arbeiten der staatlicherseits betriebenen Verharmlosung nazistischer Gruppen entgegen. Es ist nicht zuletzt dem direkten praktischen Engagement autonomer Antifa-Gruppen zu verdanken, daß Neonazis ihrem mörderischen Handwerk nicht unbehelligt nachgehen können. Denn nicht erst seit dem Rostocker Pogrom bestehen erhebliche Zweifel an der »demokratischen« Gesinnung staatlicher Behörden und der Polizei.

Als Herausgeber dieses Buches haben wir im Herbst 1993 Gespräche mit verschiedenen antifaschistischen Gruppen aus der Bundesrepublik, der Schweiz und Österreich geführt. Sie wurden nach ihrer Entstehungsgeschichte, ihrer aktuellen politischen Arbeit, ihren politischen Einschätzungen und Zielen befragt. Die von den Gruppen autorisierten Interviews vermitteln einen lebhaften und repräsentativen Querschnitt von dem derzeit wohl aktivsten Teil der autonomen Linken. Die Gespräche mit AntifaschistInnen aus Bern, Zürich, St. Gallen, Winterthur und Wien wurden mit aufgenommen, weil wir wissen wollten, wie Linke mit ähnlichen Problemen im benachbarten Ausland damit umgehen. Freilich hätten wir auch antifaschistische Gruppen aus Polen oder Frankreich besuchen können. Diesen Gedanken mußten wir aber verwerfen, da es zum jetzigen Zeitpunkt unsere materiellen und personellen Kräfte überfordert hätte.

Die Auswahl der bundesdeutschen Gruppen erfolgte nach der Maßgabe, den verschiedenen in der autonomen Antifa existierenden Strömungen und Ansätzen einigermaßen ge-

recht zu werden. Neben den übergreifend ideologischen, sollten die Besonderheiten, die sich aus Unterschieden der sozialen Zusammensetzung nach Alter, Geschlecht und Region möglicherweise ergeben, exemplarisch repräsentiert sein. Die von uns befragten Gruppen sind nun nicht als die »Speerspitze der Bewegung« mißzuverstehen. Selbstredend hätten wir andere Gruppen aus der ehemaligen DDR, Antifa-Gruppen aus anderen Orten, »Alt«-Antifas oder »Jugendfrontler« aus anderen westdeutschen Städten usw. befragen können. Wir hoffen, daß sich ein Großteil der autonomen Antifa-Gruppen in der einen oder anderen geäußerten Position wiederfindet; dem Umfang jedes Buchprojektes sind einfach auch quantitativ Grenzen gesetzt.

Durch die Wahl der Interviewform sind in diesem Buch auch aktive Antifas vertreten, die ansonsten keine umfangreichere Textproduktion betreiben. Die aufgezeichnete mündliche Kommunikation schien uns das beste Mittel, damit über einen subjektiven Zugang möglichst viele der Beteiligten zu Wort kommen, also nicht von vornherein bestimmte Personen und Gruppen ausgeschlossen sind. Schon vor dem Zusammenbruch der DDR bildeten sich dort gegen die immer aggressiver auftretenden Nazis antifaschistische Strukturen heraus. Nicht erst seit 1989 mischten sich Linke da ein, wo es den offiziellen »Antifaschismus« schlichtweg nur auf dem Papier gab. Schließlich kam es wiederholt im Verlauf der 80er Jahre zu Schändungen jüdischer Friedhöfe und zu rassistischen Angriffen vor allem auf aus anderen »sozialistischen« Staaten kommende »Vertragsarbeiter«. In den Interviews schildern Gruppen aus der ehemaligen DDR die Schwierigkeiten, die sie speziell in den ersten beiden Jahren nach dem Anschluß mit dem aufkommenden Neofaschismus hatten. Die »West-Linke« verhielt sich weitgehend passiv, während neofaschistische Reisekader in den letzten Winkeln der DDR auftauchten. In etlichen Städten der ehemaligen DDR gewann die Neonazi-Szene mit der völkischen Welle, die den Anschluß der DDR begleitete, unter den Jugendlichen die Oberhand und terro-

risiert die ihnen Mißliebigen. An anderen Orten konnte sie nach zum Teil sehr heftigen Auseinandersetzungen in die Schranken gewiesen werden. Die Arbeit ostdeutscher Antifa-Gruppen ist im Westen kaum bekannt. In den Gesprächen wurde deutlich, daß von den westdeutschen Gruppen weiterhin wenig Kontakte zu ostdeutschen Antifas existieren.

Die Erfahrungen ost- wie westdeutscher Antifa-Gruppen zeigen sehr deutlich, daß es offensichtlich Situationen gibt, in denen man sich die Mittel des Widerstandes nicht frei aussuchen kann. Von Ort und Zeitpunkt verschieden, haben sich Antifa-Strukturen zumeist als Reaktion auf fortwährende Naziangriffe gebildet. In Westdeutschland kam es ab Anfang der 80er Jahre in allen möglichen Regionen zu direkten Auseinandersetzungen zwischen Linken und der neuen Generation der Nazis. Trauten sich die Altfaschisten in der Bundesrepublik bis dahin zumindest nicht allzu öffentlich an Linke und MigrantInnen heran, versuchten die Neonazis nun auch direkt in den großstädtischen Hochburgen der linken bzw. alternativen Szene und in den Vierteln mit hohem MigrantInnen-Anteil Fuß zu fassen. Ähnlich war es in der Schweiz, als Nazis neben den MigrantInnen auch immer wieder die einst dort sehr starke 80er-Bewegung angriffen; in Österreich war eines der faschistischen Angriffsziele die autonomen Demonstrationen zum Wiener Opernball.

Der gewalttätig vorgehenden Neofaschisten konnte sich allerorten nur selbstorganisiert und militant erwehrt werden. In Jugendklubs, bei Konzerten, in Kneipen, auf der Straße oder an den Schulen stehen gerade Jugendliche oftmals vor der Frage, Neofaschisten das Feld zu überlassen oder sich, mit allen Konsequenzen, dagegen zusammenzuschließen. Diese existentiell überlebensnotwendigen Auseinandersetzungen finden, von der Öffentlichkeit weitgehend ignoriert, an allen (un)möglichen Orten in der gesamten Republik statt.

Nazis tauchen aber nicht aus dem Nichts auf. Die staatlicherseits betriebene Verschiebung der Gesellschaft nach rechts findet auf gesellschaftlicher Ebene ihre Entspre-

chung. Die Toleranzschwelle staatlicher Behörden gegenüber nazistischer Gewalt ist hierzulande traditionell sehr hoch. Bevor Neonazis Häuser anzünden und Menschen verbrennen, hat sich in der Regel schon alltäglich einiges weniger »Sensationelles« ereignet, ohne daß dagegen energisch eingeschritten worden wäre. Und selbst wenn es richtig zu sein scheint, Justizbehörden und Polizei weiterhin an ihre »demokratische« Verfaßtheit zu erinnern, hilft das wenig gegen ein blaues Auge oder einen antisemitischen »Witz«. Selbst bei weitaus drastischeren Vorkommnissen muß häufig erst ein öffentlicher Druck entfacht werden, damit die Behörden gegen die neonazistischen Täter überhaupt strafrechtliche Ermittlungen einleiten.

Aus den unmittelbaren und aufgezwungenen Konfrontationen mit Neonazis haben sich in der alten Bundesrepublik in den 80er Jahren dauerhafte Strukturen der Abwehr, die autonome Antifa, herausgebildet. Relativ früh wurde entgegen den offiziellen Verlautbarungen klar, daß hinter den plötzlich auftauchenden Nazischlägern straff organisierte Kader neofaschistischer Organisationen standen (und stehen). Zwangsläufig mußten die Organisationsstrukturen der Neonazis aufgedeckt werden, um sie bekämpfen zu können. In der autonomen Antifa hat sich durchgesetzt, zwischen faschistischen »Führern« und Mitläufern einer mittlerweile entstandenen Nazi-Szene zu differenzieren und, sofern es die Situation zuläßt, mit unterschiedlichen Mitteln gegen sie vorzugehen. Gewalt wird von den meisten organisierten Antifas als letztes und abschreckendes Mittel befürwortet. Nach Möglichkeit wird es dosiert gegen die Drahtzieher des braunen Netzes eingesetzt, um diese von ihrem Rekrutierungsfeld zu isolieren und so weitere Gewalttaten zu verhindern. Der Einsatz von Gewalt ist in der Regel zielgerichtet und soll auch für den faschistischen Gegner einschätzbar bleiben. Er dient der Abschreckung und soll den Neofaschisten deutlich machen, daß es auch für ihre persönliche Existenz von Vorteil ist, sich zu mäßigen. Die praktischen Auseinandersetzungen haben gezeigt, daß Nazigruppen sehr autoritär verfaßt sind und es oftmals ausgereicht hat, sich den

wüstesten Schlägerführer vor den Augen seiner »Kameraden« herauszugreifen, um deren Mannes- und Überlegenheitskult zu brechen. Nur wer sich nüchtern darauf einstellt, die verschiedenen Sprachen auch zu sprechen, kann damit rechnen, von schlagenden Nazis ernst genommen zu werden und Einfluß auf ihr Verhalten ausüben zu können. Das ist nicht schön, läßt sich aber bei einem überwiegend brutal vorgehenden Gegner nicht ändern.

Die Frage nach einem sinnvollen militanten Auftreten zieht sich durch alle Gespräche der von uns befragten Gruppen. Viele kritisieren hierbei die einseitige Fixierung mancher Antifas auf unreflektierte, oftmals machistische Aktionen. Ältere autonome Antifas sehen im Vergleich zu den 80er Jahren ein Schwinden der politischen Qualität und einen Rückfall hinter bereits geführte Diskussionen um Militanz. In den Gesprächen wird auch deutlich, daß militantes Vorgehen für die meisten Antifa-Gruppen nur ein Bestandteil ihrer Politik ist. Viele Gruppen organisieren politische und kulturelle Veranstaltungen, erstellen Broschüren und Zeitschriften, machen Jugendarbeit, arbeiten noch in anderen linken Projekten oder haben theoretische Schwerpunktsetzungen. Allgemein hat sich eine Akzeptanz verschiedener Arbeits- und Ausdrucksformen durchgesetzt – allerdings unter dem voraussetzenden Anspruch, je nach den persönlichen Möglichkeiten gegen Neonazis auch praktisch im öffentlichen Raum zu intervenieren.

Wie eine solche Praxis aussieht, ist von Fall zu Fall verschieden. In letzter Zeit bemühen sich einige Antifa-Gruppen um eine bessere öffentliche Darstellung ihrer Politik. Die regionalen Medien werden nun immer öfter mit Material zu den örtlichen Neonazi-Szenen versorgt, da erkannt wurde, daß ein guter Artikel manchmal mehr politischen Druck ausüben kann als eine klandestine Aktion.

Im Gegensatz zur übrigen autonomen Szene hat die autonome Antifa in den letzten Jahren gerade einen enormen Zulauf von Jüngeren erfahren. In den Gesprächen machen Antifas neben den allgemeinen politischen Konjunkturen die älteren Autonomen dafür selbst verantwortlich. Sie hätten

den Umschlag vom klapprigen Altfaschismus zu einem aggressiven Neonazismus in der Bundesrepublik nicht erkannt und die davon Bedrohten allein gelassen. Subjektivistische revolutionäre Flausen, kombiniert mit einer alternativen Beliebbarkeit, hätten vielleicht für einen gemütlichen Kneipenabend gereicht, aber, die antirassistischen autonomen Gruppen ausgenommen, mit antifaschistischer Praxis wenig zu tun. Auch hätte die autonome Bewegung sich nicht mit ihren Niederlagen auseinandergesetzt, geschweige denn Formen gefunden, wie sie die gemachten Erfahrungen an jüngere Leute hätte vermitteln können. Durch die Organisation in autonomen Antifa-Gruppen seien eine größere Verbindlichkeit und die konkrete Arbeit wenigstens an einem zentralen Punkt im Kontext linksradikaler Politik gewährleistet worden.

Mag man der allgemeinen Kritik an den desolaten Strukturen autonomer Politik vielleicht zustimmen, so ist doch fraglich, inwiefern die Antifa davon weniger betroffen sein soll. Momentan gibt es zwei Hauptströmungen, die perspektivisch verschiedene Organisationsmodelle vertreten. Die einen versuchen über die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) eine überregionale, handlungsfähige Organisation zu schaffen. Die KritikerInnen dieses Modells, und das ist nicht gerade die Minderheit unter den Antifas, befürchten einen zentralistischen, hierarchischen und autoritären Wasserkopf, der die verschiedenen Antifa-Gruppen nur auf eine ideologische Linie bringen will. Die Kritik entzündet sich insbesondere an einer der treibenden Kräfte in der AA/BO, der Antifa (M) aus Göttingen. Sie propagiert einen »Antifaschismus auf antiimperialistischer Grundlage«, den andere Antifa-Gruppen als eine Neuauflage der Philosophie des Klassenkampfes auf parteikommunistischer Grundlage betrachten und deswegen ablehnen. Wie auch immer dieser ideologische Richtungsstreit ausgeht, in diesem Band kommen Antifa-Gruppen mit unterschiedlichen inhaltlichen Ansätzen zu Wort.

Nicht mehr zustande kam das vorgesehene Gespräch mit einer Nachfolgruppe von Antifascist Genclik aus Berlin.

Dieser Interviewtermin sollte der letzte auf unserer Reiseroute sein. Ein paar Tage bevor wir es führen wollten, verhaftete der Staatsschutz fünf Leute aus dem Umfeld der kurdisch-türkischen Antifa-Gruppe. Der Staatsschutz wirft ihnen eine Beteiligung an der Ermordung des Führungsfunktionärs Gerhard Kaindl von der faschistischen »Deutschen Liga für Volk und Heimat« vor. Kaindl war im April 1992 von einer verummten Person in einer Berliner Gaststätte erstochen worden. Insgesamt stellte der Staatsschutz in diesem Zusammenhang 18 Haftbefehle gegen überwiegend kurdische und türkische Linke aus. Der Vorwurf lautet auf Verabredung zum Mord, wobei bis zur Niederschrift dieser Zeilen noch keine Erkenntnisse vorlagen, worauf sich diese Behauptung stützen will. Antifascist Genclik war bei den Behörden seit längerem äußerst unbeliebt, weil diese Gruppe gute Kontakte zur bundesdeutschen Linken unterhielt und versuchte, die vom Rassismus bedrohten türkischen Jugendlichen in der Antifa zu organisieren.

Als die Skin-Bewegung noch in den Anfängen war

Gespräch mit Hamburger Antifas

Neben Städten wie Nürnberg, Westberlin und Frankfurt/M. hat sich auch in Hamburg bereits sehr früh ein kontinuierlich tätiger autonomer Antifa-Zusammenhang herausgebildet. Die Hamburger Antifa entstand aus den Auseinandersetzungen mit Neonazis Anfang der 80er Jahre in der Stadt. Die »Alt«-Antifas schildern in dem Gespräch die Entstehung und Entwicklung norddeutscher Antifa-Strukturen, inhaltliche Brüche, die es gab, und äußern ihre Skepsis, mit der sie die Antifa in den 90er Jahren betrachten.

Könnt ihr vielleicht eingangs die Situation in Hamburg Anfang der 80er Jahre schildern, die zur Herausbildung von Antifa-Gruppen führte?

Achim: Es gab da ein ehemaliges Kino, in dem sich regelmäßig Typen von der »Savage Army« getroffen haben. Die »Savage Army« war eine Gruppe ohne großen politischen Hintergrund, die aber rechts einzuordnen war. Die haben zusammen mit den »Löwen«, einem damaligen rechten Fußballfanclub des HSV, Leute verprügelt, als schlagender Anhang der ANS¹. Anfangs waren die aber schwer einzuordnen gewesen.

Benno: Rechte wie Linke kannten sich damals alle und hatten in Hamburg einen gemeinsamen Punk-Hintergrund. Und die Diskussion entfachte sich dann erst an der Punk-Musik, daran, welche Bands nun rechts und welche links waren. Aus der Punk-Szene heraus entstand auch die »Savage Army«, aus der sich dann später viele Hamburger Faschisten rekrutierten. Die »Savage Army« war eine der ersten medienwirksamen Schlägertruppen in der BRD. Anfangs hat-

ten die noch Kontakte ins links anpolitisierte Punk-Spektrum. Erst im Laufe der Jahre hat sich das polarisiert und eindeutig auseinanderentwickelt. Führende Hamburger Fascho-Schläger, Figuren wie Wacker, Grashoff oder Burkhardt, kamen alle mal aus der Punk-Szene.²

War das eine Hamburger Besonderheit, daß zunächst alle einfach Punks waren und sich dann bald in Nazi-Punks und linke Punks teilten und aufeinander losgegangen sind?

Benno: Mehr aufeinander eingedroschen haben.

Achim: Das war zu dem Zeitpunkt, als die Skin-Bewegung noch in den Anfängen war. Wacker ist später der führende Skin hier gewesen. Und da gab es viele, die sich an den Skins orientierten und die schon sehr früh rechts waren. Das war aber zunächst eher 'ne Clique als ein fester ideologischer Zusammenschluß.

In der Auseinandersetzung mit dieser rechten Szene hat sich das »Antifaschistische Bündnis« herausgebildet. Das war Anfang der 80er ein sehr breites Bündnis. Es setzte sich zusammen aus Mitgliedern vom damals in Hamburg sehr starken Kommunistischen Bund (KB), dem DKP- und dem Volksfront-Spektrum, aus autonomen Gruppen und diversen anderen Organisationen. Später, als das Bündnis seine Tätigkeit ausweitete, kamen noch weitere dazu. Das war, als wir versuchten, den Bundesparteitag der NPD in Fallingbostal zu verhindern.

Christine: Fallingbostal ist ein Kaff in der Heide, und die Aktion dort bedeutete für den norddeutschen Raum das Comingout der autonomen Antifa. Obwohl auch Gruppen aus dem traditionellen Spektrum wie die VVN hinmobilisierten, bestimmte die autonome Antifa eindeutig das Bild und konnte ihre militanten Formen durchsetzen, als es zu Auseinandersetzungen um die Erstürmung der Halle kam.

Ist die Halle gestürmt worden?

Achim: Nein, sie ist nicht gestürmt worden, das haben die Bullen verhindert. Aber etwas anderes wurde im nachhinein

sehr bedeutsam. Ein Fotograf hatte Fotos von der Auseinandersetzung zwischen DemonstrantInnen und den Bullen gemacht und auch veröffentlicht. Aufgrund dieser Bilder gab es dann den ersten bedeutsamen Versuch, Leute von uns zu kriminalisieren. Auf den Fotos konnten einzelne genau erkannt werden. Zudem kam dieser Fotograf aus KB-Zusammenhängen, und daran entwickelte sich auch ein Konflikt zwischen der autonomen Antifa und dem KB.

Der Fotograf hatte die Fotos einfach weiterverkauft?

Achim: Nein, die sind damals in der Zeitung des KB, dem AK, veröffentlicht worden. Diese Veröffentlichung zeigte deutlich, wie wenig die mit diesen militanten Auseinandersetzungen zu tun hatten. Da sie selber eher legalistische Politik betrieben, haben sie die Kriminalisierungsgefahr für andere eben überhaupt nicht in Erwägung gezogen.

Der KB ist letztendlich aus dem Antifaschistischen Bündnis ausgeschieden. Das hatte vor allem damit zu tun, daß sie diesen »Verhandlungs«-Antifaschismus immer weiter betrieben: also Material sammeln, eine Broschüre machen, einen Nazi outen und hoffen, daß der Staat dann schon was machen wird. Unsere Überlegungen beim Kampf gegen Nazis gingen eher dahin, nicht so sehr auf die bürgerliche Öffentlichkeit oder den Staat zu vertrauen. Aus den Kontroversen um die Aktion in Fallingbostal hat sich dann ein überregionaler Antifa-Zusammenhang entwickelt.

Dieses norddeutsche Antifa-Plenum bestand überwiegend aus autonomen Gruppen. Es gab so einen Minimalkonsens, eine von traditionellen Gruppen wie der VVN und dem KB unabhängige Antifa-Politik entwickeln zu wollen.

Und was gehörte noch zu dem Minimalkonsens?

Achim: Militanz.

Christine: Auf jeden Fall konkret eingreifen. Das was die autonome Antifa lange bestimmt hat, war eben, gegen irgendwelche Faschistentreffen direkt vorzugehen oder gefährdete Orte wie Jugendzentren gegen Fascho-Angriffe zu verteidigen.

Gleichzeitig sollte das mehr sein als nur ein Anti-Nazi-Kampf, also ein ewiges Den-Nazis-Hinterherlaufen. Wir richteten uns auch gegen den Staat, und von daher war es widersinnig, an den Staat irgendwelche Appelle zu richten, Nazi-Organisationen zu verbieten, wie das die VVN tat.

Achim: Unterschiedliche Vorstellungen gab es bei uns vor allem um die Frage, inwieweit eine Bündnispolitik mit reformistischen Kräften aus der Linken sinnvoll ist.

Aber zunächst hat sich in Hamburg das, was sich später Antifaschistisches Bündnis nannte, aus einer sehr unmittelbaren Auseinandersetzung, dem sehr offenen Auftreten von Neonazis auch in den sogenannten Szene-Stadtteilen, entwickelt?

Benno: Ja, die waren sehr offensiv.

Achim: Einmal ist Wacker angetrunken in die Kneipe »Onkel Otto« in die Hafensstraße gekommen und hat sich da dreist hingeworfen. Zu diesem Zeitpunkt war allen bereits klar, daß das ein rechter Skinhead ist. Der kam ursprünglich aus der Wiking-Jugend und hat hier versucht, systematisch zu agitieren. Wacker ist ins »Onkel Otto« gekommen und hat offensichtlich nicht einmal damit gerechnet, daß er da unerwünscht sein könnte.

Benno: Genau, das ging dann so weit, daß er erst eine Keule auf den Kopf bekam und so einen mittleren Schädelbasisbruch hatte. Und am darauffolgenden Wochenende spielte der HSV gegen die Dortmunder Borussia. Da ging das los mit diesem »Am-Wochenende-ist-Fußball-und-da-greifen-wir-die-Hafensstraße-an«. Da schrien die Rechten dann »Rache für Wacker«. Damals gab es die »Borussen-Front« unter der Führung von Siegfried Borhardt³ noch, die kamen dann alle, und auch andere Fußballfanclubs solidarisierten sich mit den Nazis und mobilisierten zum Sturm auf die Hafensstraße. Die waren dann auch etwa 300 Leute, nur haben die Bullen die dann an den Landungsbrücken abgefangen.

Das ist auch so ein Punkt, den man relativ rasch vergißt: der Hafen als das ewige Angriffsziel. Unter Linken führte die

Bedrohung der Hafensstraße dazu, daß es auch zu einer Einbindung von Leuten kam, die damit eigentlich wenig zu tun hatten, vor allem von Punks, die so mehr aus der Häuserkampfzone waren. Also, bei mir war das auch so, es gab halt diese Konfrontation mit den Rechten, man hing halt auch im Viertel um den Hafen rum, und da mußten wir uns dazu verhalten.

In der Folgezeit ist man dazu übergegangen, in den jeweiligen Stadtteilen sich zu organisieren und die Faschisten und ihre Treffpunkte dort anzugreifen. Es gab ja Kneipen, von denen man wußte, daß sie als Nazi-Treffpunkte fungierten. Und da sind dann eben Antifas rein, mit Haßkappen und Keulen usw. ...

Haben die Faschisten in den frühen 80er Jahren vorwiegend Jagd auf Linke gemacht, sind sie nicht von Anfang an auch auf Menschen losgegangen, die sie für Ausländer hielten?

Achim: 1985 ist Ramazan Avczi am Landwehrbahnhof im Osten Hamburgs ermordet worden. Er ist dort an einer bekannten Faschistenkneipe vorbeigegangen und von Nazis angefallen worden. Er war noch mit zwei anderen Leuten unterwegs, die entkommen konnten. Die Nazis haben Avczi erst niedergeschlagen und sind dann noch mit dem Auto über ihn drübergefahren. Das war das erste Mal, an das ich mich erinnern kann, daß die Nazis für alle unübersehbar mit dieser Brutalität gegen MigrantInnen vorgegangen sind.

Gab es in der Folge eine nennenswerte Zusammenarbeit zwischen der (deutschen) Linken und verschiedenen MigrantInnen-Gruppen hier in der Stadt? Wie haben denn die MigrantInnen in Hamburg auf die Angriffe der Faschisten reagiert?

Benno: Es gab ziemlich starke Jugendgangs von Einwanderern in vielen Stadtteilen. Eine nannte sich die »Champs« und hat sich wohl auch aus der Notwendigkeit zur Selbstverteidigung gegründet. Die waren ziemlich stark, in Bergedorf gab es die »Red Bombers« ... Anlässlich der Ermordung von Avczi gab es eine Demonstration von etwa 15 000 Menschen. Punktuell gab es einzelne, mit denen man was ma-

chen konnte. Die Jugendgangs haben sich mit den Glatzen richtig gebeult, sind aber ganz schnell von den Bullen ausgehebelt und kriminalisiert worden. Zum Teil lief das über diese Drogenschiene und dann aber eben auch über den § 129. Die Bombers in Bergedorf sind tierisch schnell plattgemacht worden. Nachdem sie sich ein paarmal so richtig massive Schlägereien mit Rechten geliefert hatten, mit so direkten Ansagen wie »wir machen Bergedorf Skinhead-frei«, ist da ganz schnell der Staatsschutz gekommen und hat denen wahnsinnig eins reingewürgt. Und das lief auch unter einer ziemlichen Ignoranz der linken Öffentlichkeit, von einer solidarischen Zusammenarbeit kann da keine Rede sein.

Christine: Es fehlten aber auch einfach die Kontakte untereinander, und so gab es in dem Sinne keine klare Zusammenarbeit.

Benno: Es gab nur eine gewisse Sympathie.

Achim: Es gab schon Versuche, sie anzusprechen, obwohl die Gangs für uns politisch schwer einzuschätzen waren. Punktuell gab es Kontakte und eine Zusammenarbeit. Bei mehreren Angriffen auf die Hafestraße waren sie präsent und haben den Hafen mit verteidigt. Versuche, eine gemeinsame kontinuierlichere Praxis zu entwickeln, haben sich aber als sehr schwierig herausgestellt. Die Gangs waren eher hierarchisch organisiert, wir mußten halt den Chef ansprechen, und der hat dann gesagt »so machen wir das« und hat das dann nach unten weitergegeben.

Die intensivste Zusammenarbeit hatten wir mit den »Champs«. Aber leider haben Teile der »Champs« dann versucht, hier in St. Pauli in die Zuhältereie reinzukommen, und haben ihre Gang-Struktur dazu benutzt.

Wir haben die Zusammenarbeit mit den »Champs« dann schnell eingestellt. Einerseits standen die Gruppen unter starkem Druck vom Staatsschutz und waren nicht mehr so einfach zu kontaktieren, andererseits haben sie Interessen entwickelt, die mit unseren Vorstellungen nicht zu vereinbaren waren.

Was für Erklärungen battet ihr, warum ausgerechnet Anfang der 80er Jahre so ein Erstarken der neonazistischen Szene festzustellen war?

Benno: Also, ein ganz einfaches Erklärungsmodell war, die Faschos als den illegalen Arm des rassistischen und kapitalistischen Staates zu verstehen. Das war ja auch die Zeit, als der KB seine große und von vielen Linken aufgegriffene Staatsfaschismus-Diskussion⁴ geführt hat. Aber von einer einheitlichen Einschätzung der verschiedenen Gruppen kann eigentlich kaum gesprochen werden.

Achim: Allgemein ist in der Analyse der gesellschaftlichen Situation aber davon ausgegangen worden, daß sich eine starke personelle und strukturelle faschistische Kontinuität durch die Geschichte der BRD zieht. Von daher unterblieb eine genauere Einschätzung, warum die Nazis in den 80er Jahren nun aktiver wurden. Das erstaunte nicht weiter.

Unsere Antifa-Arbeit orientierte sich eher daran, z.B. systematisch Informationen über Nazis zusammenzutragen, um überhaupt herauszukriegen, wie sie sich organisieren und an welchen Punkten man sie am besten treffen kann. Es gab natürlich Gruppen, die stärker inhaltlich arbeiteten und über den Faschismusbegriff und eine revolutionäre Perspektive diskutierten, und andere, die ihren Anti-Nazi-Kampf eher sehr praktisch begriffen und nicht viel diskutierten.

Benno: Auf der praktischen Ebene hat das auch ganz gut geklappt. Für die Faschisten ist das zu einem relativen Problem geworden. Wenn die sich hier auf dem Kiez blicken ließen, haben die wirklich damit rechnen müssen, auf die Fresse zu bekommen. Die konnten sich nur verdeckt bewegen und haben es auch nie geschafft, den Hafen zu knacken. Und wenn sie mal jemanden erwischt haben, dann konnten sie davon ausgehen, es umgehend zurückzubekommen. Die Faschisten sind ausgespäht worden und konnten sich auch privat nicht sicher fühlen. Es gab Hausbesuche ... Diese 35 Vorfälle in der Anklageschrift hat der Staatsschutz später ja nicht erfinden müssen.

Anklageschrift?

Benno: Ja, das war nach dieser Aktion gegen Worch⁵ der Versuch vom Staatsschutz, eine Antifa-Gruppe als terroristische Vereinigung dingfest zu machen.

Achim: Das war ein Einschnitt in Hamburg. Der Staatsapparat ist zum ersten Mal richtig massiv gegen AntifaschistInnen vorgegangen.

Was ist denn dem Worch damals widerfahren?

Benno: So viel war gar nicht passiert.

Achim: Der Presse war zu entnehmen, daß ein Kommando in die Wohnung der Worchs eingedrungen war und dort diverse Akten enteignete. Körperlich war denen weiter nichts geschehen.

Christine: Das Ehepaar Worch ist festgesetzt worden.

Wie festgesetzt worden?

Christine: In der Erklärung des Antifa-Kommandos stand, man sei in die Wohnung reingegangen, habe die Worchs überwältigt und gefesselt, um gezielt dort die Unterlagen mitzunehmen, die Aufschluß über die faschistische Organisation lieferten.

Das war sozusagen eine Recherche-Aktion?

Achim: Sozusagen. Sieht so aus.

Christine: Ja, das Ziel war eben, an Informationen über die faschistische Organisationsstruktur heranzukommen. Das ist eben nicht immer ganz einfach.

Benno: Sofern ich mich richtig erinnere, tauchte das Material dann aber nie auf und konnte, wie es von dem Kommando angekündigt worden war, nie in die Antifa-Arbeit einfließen.

Christine: Ich würde davon ausgehen, daß die »Rechercheure« sich sehr wohl überlegt haben, was sie mit dem gewonnenen Material anfangen konnten.

An dieser Stelle des Gespräches folgte eine längere Passage über die Stellung und die Politik des Antifaschistischen Bündnisses zu anderen Gruppen in der Stadt. Nach einer Reihe von internen Auseinandersetzungen, deren politischer Gehalt aber während des Interviews nicht zu klären war, löste sich das Antifaschistische Bündnis Ende der 80er Jahre auf. Dem Bündnis, der »Combo«, wurde von anderen Linken vorgeworfen, sehr instrumentell und autoritär ihre Sachen durchzuziehen. Während sich neue Antifa-Zusammenhänge in der Stadt herausbildeten, isolierte sich das Bündnis und wurde praktisch arbeitsunfähig.

Achim: Wenn wir die persönlichen Gründe, die intern zur Spaltung beigetragen haben, einmal weglassen, dann glaube ich, daß sich im wesentlichen ein Widerspruch herausgebildet hatte, an dem Ansatz, der so Mitte der 80er Jahre in Berlin mit dieser Antifa-Jugendfront entwickelt wurde, ein Konzept, das so eher eine Massenarbeit beinhaltete und das von Teilen der Autonomen in Hamburg übernommen wurde. Beim Bündnis gab es aber die Tendenz, Gruppen zu verkleinern und die Arbeit zu intensivieren, auch die theoretische. Die Diskussionen waren nicht mehr so angelegt, daß neue Leute sich daran hätten beteiligen können, und wir waren nicht mehr in der Lage, zwischen verschiedenen Erfahrungen zu vermitteln.

Parallel zu unserer Spaltung und Isolation hatten sich mit der Jugendfront, der Antifaschistischen Koordination, der Antifa-Hamburg neue Zusammenhänge entwickelt, die im Prinzip die Arbeit machten, die einst das Bündnis leistete. Das antifaschistische Bündnis löste sich dann endgültig auf, als die GenossInnen, die wegen der Worch-Geschichte in U-Haft saßen, wieder rauskamen.

Benno: Das war halt schon so in anderen Gruppen, also, ich war auch in einer anderen Gruppe, daß es hieß, da kommt jemand aus dem Bündnis, das ist eine persona non grata (ohne Stellung und ohne Würde), die mißtrauisch beäugt werden mußte. Bei Leuten aus dem Bündnis wurde immer sofort eine üble Taktik vermutet, bei der man irgendwie über den Tisch gezogen werden sollte. Man darf auch die

Kraft der linken Gerüchteküche nicht vergessen, und nach dem Prozeß, den merkwürdigen Erklärungen und dem beabsichtigten Hungerstreik hielt sich das recht lange.

Zum Bündnis muß man schon sagen: Das war eine Gruppe, die gesagt hat, da geht es lang. Eine nach außen hin geschlossene Gruppe, die gegenüber den anderen so aufgetreten ist wie: Ihr habt kein Recht, diese Politik zu machen, ihr müßt das so machen, oder ihr seid einfach Idioten. Diese Struktur war ja nicht unbedingt ein Sieg antifaschistischer Organisationsleistung und hat dazu geführt, daß viele nicht nur inhaltlich, sondern auch persönlich mit denen enorme Probleme hatten. Diese ganzen sich daraus ergebenden Verhaltensweisen, die Gerüchte und Unterstellungen sind ja auch heute noch ein Ausdruck viel allgemeinerer Organisationsprobleme.

Achim: Die Frage nach einer sinnvollen Organisation ist aber bis heute ungelöst. Die offenere Form von Antifa-Arbeit, die sich bundesweit durchgesetzt hat, ist auch verantwortlich dafür, daß die Antifa-Politik inhaltsloser geworden ist, die inhaltlichen Auseinandersetzungen auf einem flacheren Niveau stattfinden, als das etwa Mitte der 80er der Fall war.

Woran machst du das fest?

Achim: Innerhalb der norddeutschen Antifa und auch im Bündnis gab es beispielsweise eine intensive Diskussion um patriarchale Strukturen und das Mackergebaren⁶ besonders in linken Zusammenhängen. Wenn ich sehe, wie sich die Jungs heute auf Antifa-Demos wieder aufführen, dann ist von diesen Diskussionen wenig übriggeblieben.

Benno: Das, was wir unter Militanz verstanden, gibt es so heute nicht mehr, nur noch ein Bedürfnis, militant sein zu wollen. Es gibt die Auseinandersetzungen und Diskussionen nicht mehr, die zu so einer Militanz führen könnten, wie man inhaltlich zu Aktionsformen findet, die militant sind und auch »Schwächere« mit ihren jeweiligen Fähigkeiten einbinden können, solche Diskussionen werden erst gar

nicht mehr geführt. Mit der Zeit hat sich eine Struktur herausgebildet, zu fünf oder sechs Aktionen durchzuziehen, die halt keiner gerne macht, die aber gemacht werden müssen. Mit der Zeit gerätst du in so eine beschissene Dienstleistungsstruktur und stehst da als der harte Hauer, der du gar nicht bist, vielleicht mit ein paar Jährchen mehr Erfahrung, mehr aber auch nicht. In Wirklichkeit ist aber so eine Gruppe auch Ausdruck einer Schwäche dieser ganzen autonomen und antifaschistischen Linken. Bei diesen 100-Personen-Demos läuft das darauf hinaus, daß die 15 »Härtesten« halt stehen bleiben, und der Rest kann dann irgendwie sehen, wie er klar kommt. Zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung, einer Hinterfragung der eigenen Rolle als Voraussetzung für eine verantwortliche Handlungsweise, kommt es in der Regel weder vorher noch hinterher.

Kannst du die politischen Vorstellungen, die du mit dem Militanzbegriff verbindest, genauer umreißen?

Benno: Militanz gibt es einmal als ganz einfache Anti-Nazi-Politik, also drauf und gut. Und dann gibt es Militanz als Ausdruck einer grundsätzlichen Opposition gegenüber dem kapitalistischen Staat, die in Relation zu anderen Aktionsformen oder Kampfformen steht, die eben mehr beinhalten als die »Knüppel auf den Kopf«-Politik. Ansonsten wirst du im Grunde wie dein Gegner, fängst an abzustumpfen und hinterfragst nicht mehr die Bedeutung deines Handelns.

Es gab so eine Tendenz in den 80er Jahren, daß ganz viele von uns angefangen haben, Kampfsport zu machen. Das war auch durchaus sinnvoll, nur der interessante Effekt war, daß der weitaus größere Teil dann aus dem antifaschistischen Kampf ausgestiegen ist. Und das hängt mit diesem Fixieren auf die körperliche Auseinandersetzung zusammen; der Kampf wird nicht mehr konkret und kollektiv für etwas geführt, sondern du fängst eben wirklich selbst an, die Welt unter paramilitärischen Vorzeichen zu betrachten. Du trachtest danach, deine sonderbaren Fähigkeiten immer weiter zu perfektionieren, wirst immer »stärker«, und am Ende machst du nichts mehr, weil in deiner Vorstellung

dein Gegner ständig mitwächst, übermächtig ist. Das gleiche praktizieren die Faschisten ja seit 20 Jahren. Pro forma beziehen die einen Großteil ihrer Identität aus Wehrsportübungen. Und eigentlich sind die auf der paramilitärischen Ebene den Linken haushoch überlegen, und trotzdem kriegen die auf der Ebene kein Bein auf den Boden. Die kriegen doch alle irgendwie eine Paranoia und dämonisieren den Gegner. So eine Wehrsportübung ist oftmals eine Endlosschleife, immer ist man noch nicht gut genug, alles wird unter militärischen Aspekten gedacht, und am Ende ist alles Idiotismus. Und genau diese Tendenz ist derzeit auch wieder ganz massiv bei linken Gruppen zu beobachten.

Wie bewertet ihr, nach dem, was ihr an Antifa-Politik hier kritisiert, den derzeitigen Versuch einiger Gruppen, eine bundesweite Organisation, die AA/BO, zu schaffen?

Achim: Ich kritisiere daran, daß sie versuchen, eine Organisation von oben nach unten durchzuorganisieren. Da wird ein Wasserkopf bundesweit installiert, in dem Glauben, das würde sich schon irgendwie nach unten durchsetzen und inhaltlich füllen. Das widerspricht eigentlich jeder linken und autonomen Praxis und Lebenserfahrung. Natürlich scheint eine straff geführte Organisation erstmal Vorteile zu bringen, aber die Nachteile sind bekannt.

Benno: Diese Organisationsdebatte hat mit dem realen Leben und den Erfahrungen der einzelnen, mit denen ich zu tun habe, nichts zu tun. Sie kostet viel Zeit, und es kommt wenig bei raus.

Inhaltlich kann ich mit den Aktionsformen vieler Antifa-Gruppen wenig anfangen. Da gibt es eine Demo zu irgendeinem FAP-Dings oder wie in Halstenbek so ein symbolisches Muskelspielen, was real überhaupt nicht eingehalten werden kann. Ich habe, wie viele andere auch, keine Lust, wie in Wunsiedel alljährlich den Nazis hinterherzueiern. Was soll das für eine Qualität haben, was soll das für eine Gegenpräsenz sein, wenn 2 000 Antifas zusammen mit 2 000 Bullen 2 000 Nazis hinterherziehen. Damit werden doch nur

die Bilder für das Fernsehen, für das beliebte Links-rechts-Schema geliefert. Entweder du bist durch die Qualität des Vorgehens in der Lage, diese Bilder inhaltlich und symbolisch aufzulösen, oder du mußt dich fragen, was die ganze Aktion, der ganze Aufwand denn soll.

Oder diese Geschichte in Halstenbek. Diese Demo war auch als Unterstützung für die AntifaschistInnen vor Ort gedacht. Da liefen 1 500 GroßstadtkämpferInnen mit Haßkappen durch ein Kuhdorf, keine Bullen weit und breit, dafür drei Kühe links und Wasser rechts. Und was denkt man, was das für eine Politikform sein soll? Einfach Quatsch.

Christine: Ja, sicher. Aber deine Art von Kritik ist mir einfach zu destruktiv. Du verlierst dabei die Zielvorstellungen derjenigen, die so etwas machen, aus den Augen. Ich finde es nach wie vor wichtig, auch wenn mal was mißlingt, da diese Antifa-Demos eine erstaunliche Mobilisierungskraft haben, die sonst nicht so ohne weiteres existiert. Also müßte eher darüber nachgedacht werden, wie gerade die, die länger zurückreichende Erfahrungen haben, versuchen, damit umzugehen.

Die Stärke der AA/BO, der Antifa (M), besteht ja darin, daß sie diejenigen sind, die handlungsfähig sind, die sich Vorstellungen machen, mit denen sich auch andere auseinandersetzen können.

Spielt denn bei euren Diskussionen und euren unterschiedlichen Positionen, was die weitere Vorgehensweise anbetrifft, so ein Begriff wie »antifaschistische Kultur« eine Rolle?

Achim: Ein Problem ist sicherlich, daß es keinen Organisationsansatz gibt, der einen Austausch herstellen könnte, zwischen denen, die in Politgruppen fest drinnen stecken, und denen, die anpolitisiert sind und z.B. ein entsprechendes Konzert besuchen.

Die Antifa-Jugendfront ist so ein Ansatz gewesen, aber auch hier hat es sich als schwierig erwiesen, sie später in eine weitergehende politische Arbeit zu integrieren. Es sind doch relativ wenige, die am Ball bleiben.

Benno: Das ist aber ein Problem, welches die gesamte autonome Linke betrifft: eine deutlich zunehmende Unattraktivität. In den 80ern waren die Autonomen für viele attraktiv, weil es ein Modell zu sein schien, in der es ein Zusammengehen von einer unmittelbaren Lebensform und einem inhaltlichen Anspruch, von Alltag und politischer Position gab. Im Häuserkampf wurde potentiell der Raum für eine grundsätzliche Opposition aufgemacht, an denen alle möglichen Leute leicht 'rankamen und auch in der Szene Erfahrungen weitergegeben werden konnten. Es bedarf eben mehr als einer im strengen Sinne politischen Arbeit, mehr als Referate, Demos und Veranstaltungen organisieren. Es muß einen emanzipatorischen Ansatz von Leben geben, etwas, was sich hier und jetzt umsetzen läßt, etwas Attraktives, was die Menschen agitiert, etwas, wo Politik und Alltagsansprüche zusammengeführt werden. Es ist offensichtlich, daß das im Laufe der 80er immer schlechter hingehauen hat und als Modell in den Köpfen nicht mehr vorhanden ist.

Bedeutet das, daß Jüngere vor zehn Jahren im Kontext einer allgemeinen linken Szene anpolitisiert wurden und dann zu autonomen oder Antifa-Gruppen kamen und sie heute direkt von den Gruppen anpolitisiert werden müßten und daß darin ein Hauptproblem liegt?

Achim: Ende der 70er, Anfang der 80er war es so, daß sehr viele versuchten, sich Freiräume zu erkämpfen, erst in der Jugendzentrumsbewegung, später im Häuserkampf. Denen ging es darum, kleinere utopische Vorstellungen eines besseren Lebens konkret umzusetzen. Das war vom Anspruch her viel offensiver, als wenn sie sich heute in einer Antifa-Jugendfront zusammenschließen, da sie in der Regel direkt von der faschistischen Repression betroffen sind. Die sind in der Regel schon damit konfrontiert, daß sie aus einer defensiven Situation heraus agieren müssen. Oft ist es dann auch so gewesen, daß Jüngere, die in Vororten oder irgendwelchen Kaffern unter Druck standen und sich organisierten, in die sogenannte, Szene-Viertel nach Berlin oder Hamburg zogen und dann im Szene-Sumpf verschwanden.

Benno: Es ist ja auch so, daß es bei der autonomen Linken nie ein Weitergeben von Erfahrungen gegeben hat. Um reinzukommen, hat es immer gereicht, ein entsprechendes Outfit zu haben, an den entsprechenden Orten rumzuhängen und halt irgendwie dabei zu sein. Das nervt seit Jahren, ohne das eine Lösung gefunden wäre. Im Grunde gibt es mittlerweile ein richtiges Generationenproblem, ein Riesengefälle an Auseinandersetzungen und Inhalten. Dazwischen liegen oftmals 10 bis 15 Jahre politische Erfahrung, ohne daß es einen öffentlichen Austausch gäbe.

Und dann steht man da und fragt sich: »Warum reden die so, warum treten die so auf, müssen die alle Fehler wiederholen, die man selber gelernt hat zu vermeiden?« Und: »Wieso sagt das denen denn keiner?« Das ist ein Schuh, den sich alle anziehen müssen.

GenossInnen, die Kritik an der autonomen Linken oder der Antifa-Politik haben, haben sich seit Jahren eher still und leise rausgezogen oder sich eben so am Rande, an der Seite der Szene positioniert und arbeiten nur noch mit denen zusammen, die auf dem gleichen Level sind. Das gilt für sehr viele, und für mich selbst gilt das auch. Ich habe mit den Autonomen nichts zu tun, außer mit denen, die ich persönlich kenne und einschätzen kann.

Irgendwann wird dir das einfach zu blöd, irgendeine Diskussion anzuleiern, dann wackeln alle mit dem Kopf, finden das wichtig, und das nächste Mal ist gleich nur noch die Hälfte da, und so geht das weiter. Die Diskussionsbereitschaft ist auch unter autonomen Linken nicht so groß und schon gar nicht die Fähigkeit, sich selbst einmal zur Disposition zu stellen. Es gibt gewisse Verhaltensweisen, die werden sich angeeignet, der Rest wird ausgesessen. All diese Billigkritik in den Flugzetteln, »Scheiß-Staat«, »Scheiß-Bullen«, überall Nazis und alles Kacke, und fünf Jahre später machen sie dann ihr Hausprojekt, haben halt Kinder und abonnieren »Psychologie heute« plus »Ökotest«.

Christine: Der zieht aber hier vom Leder, da kommt man überhaupt nicht mehr mit.

Achim: Ich glaube aber schon, daß es möglich ist, diese Entwicklung umzudrehen. Natürlich fällt es auf und macht traurig, wie viele GenossInnen sich gerade in letzter Zeit stillschweigend verabschieden. Mich nervt das auch, aber ich habe keine Lust, mich dauernd mit Typen rumzuschlagen, die frustriert sind und alles niederreden. Wenn ich selber als älterer autonomer Linker irgendwo aufkreuze und höre da einen alten resignierten Laberkopf, da habe ich auch keine Lust drauf, und auf Jüngere wirkt das bestimmt noch weniger motivierend. Dabei gibt es eine ganze Menge Jüngere, die Elan haben und zu gewinnen wären.

Wir würden jetzt ganz gern das Gespräch an dieser Stelle unterbrechen, um noch auf einen anderen Kontext zu sprechen zu kommen. Und zwar würde uns interessieren in welcher Weise sich, das was sich seit 1989 hier verändert hat, auf eure Politik ausgewirkt hat?

Christine: Also, ich könnte eure Frage auch umdrehen und fragen, was hinter dieser Frage steckt. Mit dem Anschluß der DDR und dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind wir mit einer weltweit veränderten Situation konfrontiert, mit einem völlig veränderten Kräfteverhältnis und einem neuen Großdeutschland. Und bei der Auseinandersetzung mit der ehemaligen DDR muß man hier schon darauf achten, nicht in ein bestimmtes Schema zu fallen, die reaktionären Totalitarismusthesen sind ja mittlerweile wieder hochaktuell, diese Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus. Das muß ich mitbedenken, wenn ich mich mit diesem Kontext beschäftige. Und ich finde es schon schwierig, wenn ich vorher keine Kontakte in die DDR hatte, daß ich jetzt sofort welche haben soll, das finde ich zwanghaft. Sicherlich ist das in Berlin was anderes, wo die Szenen unmittelbar miteinander konfrontiert sind. Aber geographisch bin ich davon in Hamburg weiter weg, und die DDR hat eine andere Geschichte und war ein anderer Staat. Und auch wenn man die gleiche Sprache spricht, ist mir das erstmal fremd und eben weniger zugänglich.

Achim: Der Schwerpunkt hat sich bei den meisten verlängert, hin zu antirassistischer Politik. Es wurde stärker versucht, mit MigratInnen-Gruppen zusammenzuarbeiten, gegen die Abschaffung des Asylrechts agitiert und versucht, Kontakte in Flüchtlingsunterkünfte zu bekommen. Die wurden gegen Angriffe vor Ort geschützt, und gleichzeitig wurde versucht, mit Flüchtlingen zu kommunizieren, um, soweit vorhanden, eine Selbstorganisation zu unterstützen.

Benno: Obwohl das auch unabhängig von der Antifa lief. Bei der Flüchtlingsarbeit taten sich dann schnell verschiedene Probleme auf. Neben dem Sprachproblem waren wir vor allem mit den sehr verschiedenen Interessen der Flüchtlinge konfrontiert. Da gab es welche, Aussiedler aus Polen oder Rußland, die sich auf Teufel komm raus als Deutsche verstanden und mit den »Zigeunern« oder den »Negern« und Menschen aus dem Trikont nichts zu tun haben wollten. Wo Menschen waren, die als Politische geflüchtet waren, konnten wir gemeinsame Feste und Diskussionen organisieren. Aber die ständige Fluktuation in den Heimen und die Schikanen der Behörden erschweren zudem die Entfaltung einer kontinuierlichen Arbeit. Zu einzelnen Flüchtlingsunterkünften wurde über sehr lange Zeiträume hinweg gearbeitet. Ein weiteres Problem bestand darin, weder in eine reine Sozialarbeiterrolle zu rutschen, noch aus den sehr heterogen zusammengesetzten Flüchtlingen irgendein »revolutionäres Subjekt« der weltweit Marginalisierten zu konstruieren.

Noch eine ganz andere Frage: Habt ihr Kontakt zu Antifa-Gruppen aus der ehemaligen DDR?

Achim: Hhm, ja seit kurzem.

Warum erst seit kurzem, die DDR ist ja schon länger abgeschlossen?

Achim: Das ist so weit weg.

So weit weg?

Achim: Sehr weit weg, damit meine ich weniger die Kilometer. Wir hatten auch vorher wenig reale Berührungspunkte mit der DDR.

Da gab es eine Menge Projektionen unsererseits, also ganz platt gesagt, daß es vorher keine 17 Millionen AntifaschistInnen waren und nachher keine 17 Millionen Nazis sind. Vorher waren es zwei unterschiedliche Gesellschaftssysteme und auf einmal war man damit konfrontiert, ohne eine genauere Vorstellung davon zu haben. Damit will ich aber nicht sagen, daß es das Gebot der Stunde gewesen wäre, erstmal mit irgendwelchen Leuten aus der ehemaligen DDR auf Tuchfühlung zu gehen. Also, ich habe mich denen gegenüber fremder gefühlt, als wenn ich zum Beispiel nach Italien gefahren bin und da GenossInnen besucht habe.

Warum?

Benno: Das ist doch klar. Die radikale Linke in Westeuropa hatte in ihren unterschiedlichen Kämpfen relativ ähnliche Erfahrungen gemacht. Und das hat natürlich zu Kontakten und einer gemeinsamen Kommunikation geführt. Wir hatten z.B. einen Reisebus gemietet und sind in die Niederlande gefahren, um mit den Amsterdamer Autonomen zu diskutieren. Es gab einfach real mehr Berührungspunkte zwischen der holländischen Kraakerbewegung und der Besetzerbewegung hier als mit Linken aus der DDR. Die DDR war ein ganz anderes Gesellschaftssystem und hat eine andere Opposition mit anderen Kampfformen hervorgebracht, die eine andere Sprache gesprochen hat.

Die Vorgänge in der DDR sind mit einer gewissen Arroganz und Ignoranz behandelt worden, so in dem Stil Edas interessiert mich alles gar nicht. Für viele Linke, mich inklusive, waren der Fall der Mauer und die nationalistischen Exzesse, die dem vorangegangen und gefolgt sind, natürlich eine Katastrophe. Und das nicht nur auf einer politischen, sondern auch auf einer sehr persönlichen Betrachtungsebene. Die DDR und erst recht die Sowjetunion war trotz aller Kritik immer so der antagonistische Punkt gewesen, und mit dem Wegfall des Sowjetsystems ist für mich und viele andere

Linke im Westen auch eine immanente persönliche politische Krise ausgebrochen. Und man hat es einfach weggeschoben und wollte damit nichts zu tun haben.

Damit wir uns nicht missverstehen, heißt das: Der Feind meines Feindes ist mein Freund, oder war die DDR der Staat eurer Projektionen, wo ihr eure sozialistischen Wunschvorstellungen hingeträumt habt?

Achim: Das erste.

Also, der Feind meines Feindes ist mein Freund.

Benno: Das war ja auch real so. Das war eben lange der Gegner der imperialistischen Staaten, und jeder Gegner dieser Staaten ist auch mein ... zumindest nicht mein Gegner. Heute haben wir zu einzelnen Gruppen in der ehemaligen DDR Kontakte, und so, wie es aussieht, werden wir mit denen auch längerfristig zusammenarbeiten. Erschwerend kam anfangs auch die veränderte Situation hier, die Konfrontation mit einem aggressiveren Nationalismus, dazu. Die schwache Linke im Westen war darauf nicht vorbereitet und hatte viele Fehleinschätzungen aufzuarbeiten und wurde von neu aktivierten Begriffen wie Nation, Volk, Vaterland, Identität und Rasse zunächst völlig überrollt.

Anmerkungen:

- 1 Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten, dessen Chef Michael Kühnen war. Die ANS wurde im Dezember 1983 verboten, die Mitglieder konnten sich jedoch weitgehend unbehelligt in der FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) reorganisieren.
- 2 Savage Army: Gruppe von neofaschistischen Jugendlichen, die in erster Linie als Schläger (in der Punk-Szene) auftraten. Wacker: Carsten Wacker, ehemaliges Mitglied der Wiking-Jugend aus Bad Oldesloe, war maßgeblich an der rechten Organisation der Skins beteiligt.
- 3 Siegfried (ESS-Siggi) Borchardt: Leitender Schläger der Borussen-Front, NPD-Mitglied. Heute Generalsekretär der FAP.

auch darum, daß gerade auch Frauen und Lesben Opfer von faschistischen Umtrieben sind. Aus diesen Diskussionen hat sich die Fantifa in Kassel dann entwickelt.

Ulla: Also, ich kam zum Beispiel nicht direkt aus Antifa-Zusammenhängen dazu. Ich war zuvor in einer »gemischten« Gruppe, die zu den politischen Gefangenen gearbeitet hat. Die Arbeit in dieser Gruppe ist auch persönlich sehr gut gelaufen, aber es war natürlich schon ein sehr eingrenzendes Thema. Und als ich dann angesprochen wurde, bei der Fantifa mitzumachen, fand ich das total gut. Der persönliche Draht spielt bei so Entscheidungen natürlich immer eine große Rolle, und Antifa-Arbeit im Zusammenhang mit einer Frauengruppe leuchtete mir ein.

Bettina: Bei mir war es so, daß ich die ganzen Jahre vorher schon Antifa-Arbeit gemacht habe, seit der Schulzeit schon, und auch die ganze Zeit schon parallel dazu Frauenarbeit. Für mich waren das die zwei Bereiche, die mir immer schon am wichtigsten waren, die aber normalerweise von getrennten Szenen bearbeitet werden. Ich habe immer nach einer Organisation gesucht, bei der sich das verknüpfen läßt, und deswegen kam das für mich mit der Fantifa auch keineswegs zufällig.

Welche »Frauenarbeit« meinst du?

Bettina: Damit meine ich Politik in Gruppen der autonomen Frauenbewegung, also zum Paragraphen 218 oder zur Gen- und Reprotechnik, aber auch in »sozialen Bereichen« wie den Frauenhäusern, das ganze autonome Spektrum halt der Aktivitäten in den 80er Jahren.

Gab es irgendwelche gravierende Vorfälle, die euch veranlaßt haben, euch nicht, oder nicht mehr direkt, über »gemischte« Antifa-Strukturen zu organisieren?

Miriam: Also, es gab wirklich eine Vielfalt von Entwicklungsgründen, und jetzt darauf rumzureiten, was unterscheidet uns von den »gemischten« Gruppen, fände ich verkürzt. Ich habe zum Beispiel früher im Frauenhaus mitgemacht,

und ich hatte, außer persönlich, keinen Kontakt zur autonomen Szene. Also, für mich gab es den Konflikt mit »gemischten« Gruppen schon gar nicht, weil ich einfach in keiner vorher drin war.

Bettina: Aber was für Frauen, die vorher schon autonome Antifa-Arbeit gemacht haben, bestimmt eine Rolle gespielt hat, war diese langjährige Erfahrung, daß frauenspezifische Themen in »gemischten« Gruppen immer nur einen gewissen Raum einnehmen konnten. Das wird dann irgendwann nervig, wenn das allein durch die Zusammensetzung schon immer feststeht.

Ulla: Vielleicht ist jetzt noch wichtig zu sagen, daß wir aber nach wie vor verschiedene Sachen mit »gemischten« Antifa-Gruppen zusammen machen. Also, wir ziehen jetzt nicht einfach nur unser eigenes Ding durch ...

Also, ihr nehmt getrennt von »gemischten« Antifa-Gruppen eine eigenständige Positionsbildung vor, tauscht euch aber schon weiterhin mit denen aus und entscheidet bei Aktionen von Fall zu Fall, mit wem ihr wann und wie was zusammen machen wollt, ist das so einigermassen richtig interpretiert?

Anette: Es ist schon so, daß einige von uns auch noch zusätzlich in »gemischten« Gruppen mitmachen. Also, ein beständiger Kontakt und Austausch ist schon da.

Ulla: Kassel ist ja auch schon 'ne ziemlich kleine Stadt. Und die Szene ist insgesamt auch ziemlich klein, und da kennen sich halt viele. Und das macht natürlich eine Trennung sehr schwer.

Bettina: Das macht es nicht nur schwer, sondern erleichtert auch einiges. Von unserer politischen Position her würde ich das schon eher so definieren, daß wir uns halt als ein Teil von zwei Szenen empfinden, also einerseits zur Frauen- und Lesbenszene gehören und andererseits Bestandteil der »gemischten« Antifa-Szene sind. Wir gehen auch zu den allgemeinen Antifa-Plenen, allein schon weil Antifa für die Frauen- und Lesbenszene hier ein Nebenthema ist. Von unserem Selbstverständnis gehören wir in beide Strukturen rein.

In Kassel existieren also mehrere Antifa-Gruppen?

Bettina: Ja.

Seid ihr denn hier in der Stadt mit offen auftretenden Neonazis unmittelbar konfrontiert? Und wie ist die Situation im Umland?

Anette: Also, im Umland mehr als in der Stadt selbst. Die Neonazis ziehen nicht in Horden durch die Stadt. Aber vereinzelt treten Glatzen auf. So wurde neulich ein Punk tagsüber von zwei Glatzen mit einer Eisenstange bedroht. In letzter Zeit tauchen auch vermehrt rechte Flugblätter und FAP-Aufkleber auf.

Ulla: Faschisten, die im Hintergrund arbeiten, gibt's hier auch, beispielsweise das Thule-Seminar.

Bettina: Ja, die haben ihren Sitz hier. Das Thule-Seminar ist eine der Ideologiefabriken der Neuen Rechten. Auch die Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) oder andere solcher Vereine (wie die DKEG) machen schon öfter hier Veranstaltungen. Aber oft ist das so, daß wir das erst hinterher mitkriegen, und offen faschistisch auftretende Gangs sind hier nicht an der Tagesordnung.

Wenn ihr das erst hinterher mitkriegt, heißt das, so was wie Recherche-Arbeit wird hier nicht gemacht?

Anette: Doch.

Bettina: Einige wenige machen das schon, also, wenn es Anhaltspunkte gibt, wird natürlich recherchiert. Von unserer Gruppe aus haben wir aber in letzter Zeit darauf wenig Zeit verwendet.

Und worauf habt ihr mehr Zeit verwendet, was waren eure Arbeitsschwerpunkte?

Anette: Wir haben uns ziemlich intensiv mit dem Thema Mädchen/Frauen und Rechtsextremismus beschäftigt. Wir haben dazu zwei Jahre lang diskutiert und Material gesammelt und dann einen Reader mit den brauchbaren Texten, die wir gefunden haben, veröffentlicht.

Ulla: Den Reader haben wir gemacht, nachdem wir bei Veranstaltungen gemerkt haben, daß ein großes Interesse besteht, aber es gar nicht so viel Arbeit ist, sich diese Texte zusammenzusuchen.

Bettina: Inhaltlich ging es uns darum, daß wir gemerkt hatten, daß die populären Erklärungsmuster für den Neofaschismus sich überhaupt nicht auf Mädchen und Frauen anwenden lassen. Es gibt ja so ein weitverbreitetes Schema, mit dem behauptet wird, daß es durch eine fortschreitende Modernisierung und Individualisierung in der Gesellschaft zu einer zunehmenden Orientierungslosigkeit und Verunsicherung bei vielen Menschen käme, die als Gegenreaktion zu einem aggressiven und rassistischen Gewaltweg führt. Ob dieser Ansatz überhaupt etwas erklärt, sei mal dahingestellt. Für Frauen erklärt er gar nichts, weil sonst müßten, was Perspektivlosigkeit, schlechtere Arbeitsmarktsituation usw. angeht, gerade die Frauen jetzt reihenweise loslegen und die Menschen zusammenschlagen und abmurksen. Das ist aber nicht so. Der Prozentsatz von Frauen, die sich an neonazistischen Angriffen beteiligt haben, liegt bislang bei etwa vier Prozent. So sind zumindestens die offiziellen Zahlen in den Straftatstatistiken des Verfassungsschutzberichts.

Wir haben daraus aber jetzt nicht den Schluß gezogen, wie einige andere, daß Frauen weniger rassistisch und faschistisch seien, von wegen Frauen seien von Natur aus irgendwie netter und friedfertiger oder so. Statt dessen haben wir uns gefragt, ob es für Frauen andere Motivationen gibt, faschistisch draufzukommen, und ob es für Frauen nicht auch andere Formen gibt, rechtsextreme Einstellungen auszugieren, als für Männer. Die Arbeiten von Birgit Rommel-spacher haben uns da ziemlich weitergeholfen. Also, wir gehen halt schon davon aus, daß viele Frauen für ihren Rassismus andere Ausdrucksformen wählen, was es nicht besser als bei Männern macht. Freilich müssen wir etwas über das hinaus schauen, was von männlicher Seite normalerweise als Politik definiert wird. Also zu gucken, wo sind die Räume, die in der Gesellschaft üblicherweise den Frauen zugewiesen

werden, und wie drückt sich da eine rassistische Einstellung aus. Und natürlich, für uns spielt es eine Rolle, wie wir dagegen arbeiten können.

Anette: Also, ein praktischer Ansatz war dann, mit Mädchen an einer Schule zu diskutieren. Während einer Woche gegen AusländerInnenfeindlichkeit haben wir in einer Arbeitsgruppe darüber geredet, wie das neofaschistische Frauenbild halt so ausschaut.

Miriam: Ja, das war aber nur ein kleiner Teil. Es ging auch darum, rauszuhören, was sie selber für Erfahrungen mit rechten Jugendlichen haben. Und da kam schon einiges über so spezifische Rollenverhalten heraus, also, in was für geschlechtstypische Festlegungen Mädchen gegenüber männlichen Jugendlichen oft gedrängt werden. Aber das hat mehr mit der Struktur der gesamten Gesellschaft zu tun als mit Neofaschismus. Viele Mädchen wachsen so auf, daß sie sich auf die Männer fixieren und sich ihre Orientierung bei den Männern holen, die sie gerade toll finden, in die sie verknallt sind. Wer verhindern will, daß Mädchen rechts draufkommen, muß genau da eingreifen und dies knacken.

Also ist eine Konsequenz aus eurer theoretischen Beschäftigung, jetzt mehr auf Jugendarbeit mit Mädchen zu setzen, stärker in deren Alltagssituationen hineinzuwirken, und so eine tradierte Politik wie mit einer Demo durch die Stadt zu ziehen, ist für euch eher zweitrangig ...?

Bettina: Nein. Beides. Hier in Kassel ging es in letzter Zeit oft gegen die Republikaner, die hier mit 5,4 Prozent der Stimmen im Rathaus sitzen.

Clara: Dann gab es die Demo gegen die Wahl von Lewandowski von der CDU zum Oberbürgermeister. Der hat viele rechte Sprüche gegen AusländerInnen, BettlerInnen und Junkies losgelassen. Der hat mit seinem Gefasel den Zusammenhang von Kriminalität und AusländerInnen hergestellt, also im Grunde die ganzen REP-Themen bedient.

Anette: Diese Demo ist zum größten Teil von MigrantInnen

organisiert worden, wir hatten vor dieser Demo auch schon zu Gruppen »ausländischer« Frauen in der Stadt Kontakt. Also, bei solchen Sachen oder wenn es Anschläge gibt, wie in Solingen oder Mölln, läuft das immer so in einer Art Bündnis.

Habt ihr euch auswärts in diesem Zusammenhang in letzter Zeit an was beteiligt?

Bettina: Nein, wir haben, wenn was anstand, das hier gemacht. Also, so fahrfreudig sind wir nicht, nicht mehr.

Warum nicht mehr?

Clara: Das ist einfach ziemlich kräfteverschleißend, überall hinzufahren. Aber es ist schon so, daß einige von uns nach Rostock oder zur Bundestagsblockade nach Bonn gefahren sind. Wir müssen halt jeweils für uns schauen, was für jede einzelne leistbar ist, und manchmal sind für uns lokale Aktionen auch sinnvoller.

Bettina: Daß wir nicht einfach blind überall hinrennen, ist auch ein Grund für die Stabilität und Kontinuität unserer Gruppe. Wir orientieren uns an unseren eigenen Kapazitäten und vermeiden damit diesen permanenten Druck zur Selbstüberforderung. Für uns ist das sehr produktiv, und manchmal gibt es Sachen, die wir gut finden, an denen wir halt trotzdem nicht teilnehmen können, und punktum.

Wie ist eure Arbeit vor Ort eingebunden, gibt es Zentren, öffentliche Orte, über die ihr euch organisiert?

Anette: Es gibt das Frauenzentrum, wo wir uns treffen, mit verschiedenen Diskussionsräumen, Frauendisco usw. Dann gibt es noch das Autonome Zentrum, wo die offeneren Sachen laufen. Also die allgemein zugänglichen Veranstaltungen oder einmal in der Woche das Antifa-Café. Wir nehmen, wie gesagt, als Gruppe an den allgemeinen Plenen teil und machen halt sonst so unsere Sachen, Flugis verteilen, Veranstaltungen usw.

Miriam: Seit wir den Reader gemacht haben, kriegen wir auch ab und zu Einladungen, da und dort zu sprechen.

Werdet ihr vorwiegend von anderen Fantifa-Gruppen angesprochen, oder wer lädt euch ein?

Miriam: Das sind vorwiegend andere, Schulen ...

Bettina: Oder ein alternativer Arbeitskreis oder das Frauenforum, die halt an dem Thema Frauen und Faschismus interessiert sind. Das war halt der theoretische Schwerpunkt unserer Arbeit, was jetzt nicht heißt, daß wir sonst nichts machen würden. Wir unterschreiben ja nicht alles, was wir tun, wenn wir uns z.B. bei einer Demo oder Aktion gegen Faschos einklinken, dann steht da nicht immer unten auf dem Flugblatt Fantifa mit drauf. Manchmal ist es ja, aus naheliegenden Gründen, klüger, anonym zu bleiben, und manchmal, wenn die ganze Szene an was dranhängt, spielt die Namensnennung auch keine besondere Rolle mehr.

Habt ihr denn in letzter Zeit Schwierigkeiten mit den staatlichen Repressionsapparaten gehabt?

Bettina: Wir speziell nicht. Aber es gibt ein Problem in der Region. Das war, als die Faschos für ihren alljährlichen Heiß-Aufmarsch nach Wunsiedel mobilisierten. Da gab es ein Aufeinandertreffen von Antifas hier im Umkreis und Nazis. Dabei wurde der Führer der faschistischen Sauerländer Aktionsfront sehr heftig, ich glaube lebensgefährlich, verletzt. Danach gab es unter Antifas viele Festnahmen, wobei jetzt noch unklar ist, ob das noch weitere Kreise ziehen wird.

Gab es denn unter euch eine Diskussion, inwieweit ihr solche Aktionen für sinnvoll haltet?

Bettina: Von unseren eigenen, selbstbestimmten Aktionsformen her ist das erstmal nicht unsere Linie. Also, es ist schon klar, wenn jetzt Alarm ist, Faschos wollen ein Flüchtlingsheim überfallen oder so, dann gehen wir, soweit irgend möglich, hin. Aber jetzt ganz gezielt die körperliche Konfrontation mit Nazis zu suchen, ist weniger unser Ding. Wie wir das bewerten, wenn andere das machen, ist allerdings eine andere Sache, also, das heißt nicht, das wir das immer

schlecht finden. Manchmal kannst du dir die Situation nicht aussuchen. Aber wenn du die Möglichkeit hast, dir selber überlegen zu können, wie du die Faschos angehen kannst, suchen wir doch nach anderen Möglichkeiten.

Und wenn sie wie in Wunsiedel oder Fulda aufmarschieren?

Bettina: Ich erzähle jetzt mal eine Geschichte, die vielleicht verständlich macht, warum ich auf so was wenig Lust habe. Als die Urne von Michael Kühnen in Kassel beigesetzt wurde, kamen natürlich viele Faschos. (Später ist die Urne ja dann geklaut und vernichtet worden.) Von der Antifa ist auch überregional mobilisiert worden, und es gab ziemliche Keilereien. Das wäre ja an und für sich nicht schlecht gewesen, aber es war ziemlich chaotisch. Und es sind Sachen passiert, die vielen Leuten hier nicht gepaßt haben. Ohne gemeinsame Absprache sind halt die schnellsten und lautesten draufgegangen, und alle anderen sind dringegangen. Es gab nur die Möglichkeit, mit drin zu hängen oder sich in einer Scheißsituation zu entsolidarisieren, was auch unmöglich ist. Bei lokalen Kasseler Demonstrationen kann so etwas normalerweise nicht passieren, da kann ich die Situation in etwa einschätzen und weiß, was wohl laufen wird. Bei einer Antifa-Bundesmobilisierung ist das oft unberechenbar, und auf eine Auseinandersetzung mit Leuten in der eigenen Demo, die außer Zusauen und Draufschlagen nichts im Kopf haben, darauf habe ich keine Lust mehr.

Aber man muß doch auf Bundesebene weiter aktionsfähig sein, auch wenn es dabei Situationen geben kann, wo man sich die Wahl der Mittel nicht mehr aussuchen kann. Das würde doch sonst heißen, den Nazis die Straße zu überlassen, bzw. wenn sich die Bullen einmal nicht dazwischenschieben, hast du doch gar keine andere Möglichkeit, als zu drastischen Mittel zu greifen. Das Problem ist doch nicht so einfach aus der Welt zu schaffen.

Bettina: Ich will auch aktionsfähig sein, wenn ich ungewollt in so eine Situation komme, aber ich muß sie nicht suchen, wenn ich sie eigentlich ziemlich schrecklich finde und weiß, daß ich da so furchtbar viel nicht ausrichten kann. Wenn

sich einige dem eher gewappnet fühlen, sich entsprechend darauf vorbereiten, sollen sie es tun, aber nicht vergessen, daß es da auf einer Demo auch noch andere Menschen gibt. Mein Schwerpunkt ist das nun mal nicht.

Gerade bei der Antifa-Arbeit ist es notwendig, ganz verschiedene Formen zu wählen und zu akzeptieren. Bei den Neuen Rechten gab es in den letzten 15 Jahren eine Intellektualisierungswelle, der du nicht allein mit Aktionen auf der Straße beikommst. Die sind heute viel etablierter, geben sich nicht mehr als die schlagenden Nazi-Hohlköpfe und können mit ihren Positionen viel breiter über die Massenmedien in die allgemeine Bewußtseinsbildung eingreifen. Und dem muß auch was entgegengesetzt werden. Also, es reicht nicht, nur den Faschos auf der Straße auf's Maul zu hauen, und es reicht leider auch nicht, nur theoretische Arbeit zu machen. Und ich kann mir schon ein bißchen aussuchen, wo ich für mich meinen eigenen Schwerpunkt setze, genauso wie ich eine Position zu Antifa-Aktionen finden kann, ohne an allem selbst unmittelbar beteiligt gewesen zu sein. Also, das, was hier in der Region am Wunsiedel-Tag geschehen ist, war ein Grenzfall, der diskutiert werden muß. Also, ich finde es nicht richtig, Tote in Kauf zu nehmen. Aber das müssen wir als Fantifa erst selbst noch diskutieren.

Ulla: Neben diesen allgemeinen Kriterien, also, wo die Grenze bei militantem Vorgehen liegt, gibt es noch den Punkt mit der eigenen Ohnmacht bei gewissen Aktionen. Antifa-Gruppen, in denen Männer das Sagen haben, vermitteln oft den Eindruck, als hätten sie kein Problem mit so direkten Aktionen, keinen Schiß usw. obwohl ich weiß, daß das nicht stimmt. Und dann komme ich daher, und ich habe einfach Angst vor bestimmten Sachen, egal, was es nun ist, auch wenn ich zu einer Demo fahre, das kostet oft viel Überwindung und Energie. Da muß ich nicht erst einem Fascho direkt gegenüberstehen, da reicht mir schon ein ganz normales Arschgesicht oder irgendein Bulle. In unserer Fantifa-Gruppe kann ich darüber, wieviel ich mir persönlich zutraue, offen reden, und deswegen sind gerade Fragen über

Militanz ohne die Männer für mich erstmal viel besser zu diskutieren.

Anette: Von den »gemischten« Antifa-Zusammenhängen wird doch auch kaum thematisiert, warum z.B. so wenig Frauen nachts alleine rumrennen können. Daß Frauen in dieser Gesellschaft allgemein schon in so eine Ohnmachtsrolle gedrängt werden, das wird doch kaum gesehen. Und da kann ich auch nicht einfach losrennen und Vergewaltiger suchen gehen, das können schließlich ziemlich viele sein, und ich kann ja wohl nicht alle vorher finden und plattmachen.

Bei der Antifa gibt es diesen Mythos, man müsse ständig bereit sein, ständig was machen. Gut, wenn ich weiß, da sitzt einer, okay, aber das allein löst noch nicht das Problem. Frauen generell, und »ausländische« Frauen, schwarze Frauen noch viel mehr, sind sehr alltäglich mit einer strukturellen, patriarchalen Gewalt konfrontiert.

Bettina: Auch bevor wir Antifa-Arbeit gemacht haben, haben wir uns damit rumschlagen müssen. Das ist jetzt nichts spezifisch Neues für uns, und entsprechend der jeweiligen Befindlichkeit gehe ich jetzt damit um. Wenn ich als Frau z.B. gut drauf bin, dann gehe ich auch mal alleine einen riskanten Weg, ein andermal kann es sein, daß ich nachts daheim bleibe oder mir ein Taxi nehme, oder ich sehe zu, daß ich in Begleitung bin. Bei Konfrontationen mit den Faschos machen wir das auch nicht viel anders. Wenn wir die Wahl haben, überlegen wir halt, ob wir uns eine Auseinandersetzung zutrauen oder eben nicht.

Miriam: Um in diesem Zusammenhang vielleicht noch einmal auf die Kühnen-Demo in Kassel zurückzukommen: Ein Problem war, daß wenige mit ihrem Vorpreschen die ganze Demo in eine brenzlige Situation, mit Wasserwerfern und so, brachten. Aber vorher gab es schon aus dem Antifa-Block unheimlich viele bescheuerte Sprüche in Richtung Faschos und Bullen wie »schwule Sau«, »dumme Fotze« etc. Also absolut schwulen- und frauenfeindliche Sprüche; und die gleichen Typen waren nachher auch dabei, als die Situation

eskalierte. Also, solche Männer, mit denen will ich nicht zusammen auf eine Demo gehen noch sonst irgendwas.

Clara: Ich weiß von einigen Frauen, die nach dieser Geschichte nichts mehr mit den »gemischten« politischen Zusammenhängen zu tun haben wollten. Für mich war das genauso, ich hab mich erstmal von allem zurückgezogen.

Worauf führt ihr denn solche Entwicklungen zurück? Anscheinend habt ihr ja mit so üblen Erscheinungen auch nicht unbedingt gerechnet?

Bettina: Woran das liegt? Also, ich denke, es gab so was wie einen Zusammenbruch von überregionalen autonomen Strukturen, die in den 80er Jahren so einigermaßen funktioniert haben, gerade was die Antifa betrifft. Früher hatte ich auf militanten Demos ein sicheres Gefühl. Auch wenn es immer mal Panikaktionen gab, waren die Demos in Blöcken organisiert, und ich konnte relativ sicher sein, daß Absprachen eingehalten wurden. Heute habe ich das Gefühl, daß die Eigenverantwortung nachgelassen hat, und auch wenn das blöd klingt, daß es ein Disziplinproblem gibt, mit der Sauferei und dem Wenig-aufeinander-Achten. Auf der anderen Seite reagiere ich aber total allergisch auf diese Vorschläge von Antifa (M) & Co, also, etwas überspitzt ausgedrückt, alles bundesweit straff durchzuorganisieren, am besten in Reih und Glied mit Ausweis und Fahne ... Ein Problem ist sicherlich, daß viele Erfahrungen und Diskussionen, die in den 80ern mit militanten Aktionen gemacht wurden, von den älteren AktivistInnen nicht weitervermittelt wurden und halt viele jetzt einfach weggeblieben sind oder andere halt auf so Organisationsideen wie Antifa (M) kommen. Das liegt alles ziemlich im argen.

Allgemeine Gründe spielen dabei sicherlich auch eine Rolle. Die gesellschaftliche Situation hat sich in den letzten Jahren ziemlich verändert, und die Jüngeren erfahren wahrscheinlich eine völlig andere Sozialisation als die, die heute um die 30 sind. Der Zusammenbruch der Sowjetunion, der Anschluß der DDR und die Verschiebung der Gesellschaft

nach rechts und die allgemeine Vereinzelung gehen ja auch an der Linken nicht spurlos vorbei ...

Könnt ihr diese allgemeinen gesellschaftlichen Veränderungen mit ihren Auswirkungen für autonome Antifa-Politik noch etwas präzisieren? Inwiefern werden Jugendliche heute anders sozialisiert bzw. politisiert als in den 80er Jahren?

Miriam: Die die Zeit nach '68 noch ein bißchen mitgekriegt haben, Anti-Atomkraft- oder Friedensbewegung, die haben noch andere Formen und Möglichkeiten der Politik erlebt. Natürlich auch den Frust, als dann nichts geklappt hat. Also, mit der Friedensbewegung haben wir nichts verhindert. Aber trotzdem war es so eine Form der Kultur mit großer Ausstrahlung, an der sich oppositionelle Jugendliche erstmal orientieren konnten. Man hat sich zusammengesetzt, um die Pershings zu verhindern, ob das nun geklappt hat oder nicht. Und danach kam für viele ein Loch, das zu Vereinzelung und Einzelaktionen führte.

Meintest du eben Friedensbewegung oder autonome Antikriegsbewegung?

Miriam: Antikriegsbewegung gab es in den 50ern.

Die nationalistische und pazifistische Friedensbewegung wurde doch sehr zwiespältig betrachtet, und die autonome Organisation stand links davon und hat sich nie mit den allgemein apokalyptischen Vorstellungen der Friedensbewegung vereinbaren lassen. Das waren zwei getrennte Spektren, die mit unterschiedlichen Zielen auf die Straße gingen.

Miriam: Ich meine die Friedensbewegung, da sie meiner Meinung nach für das Gros der Jugendlichen eher das gewesen war, was sie beeinflusst hat.

Bettina: Das Loch kam aber nicht für alle. Also, im Antifa-Bereich war das so: Nach der Abgrenzung der autonomen Antifa von der KB-orientierten Antifa-Politik war es schon klar, daß es um linksradikale Politik geht und nicht um irgendein Blümchen-Heiteitei wie bei den Friedensbewegten. Es ging auch nicht mehr so ausschließlich wie noch bei den

kommunistischen Gruppen um Antikapitalismus, sondern der Gedanke nach einer emanzipatorischen Selbstorganisation war ein ganz wichtiger Punkt. Der Gedanke einer spontan möglichen, autonomen Selbstorganisation ist auch bis heute ganz gut weitergetragen worden. Aber obwohl eine gewisse Handlungsfähigkeit bewahrt wurde, ist auf der anderen Seite so ein politisches Umfeld weggebrochen. Also, die Orte, wo alle möglichen Leute zusammengekommen sind, ob sie nun organisiert waren oder nicht, und sich über alles mögliche unterhielten, wo du verschiedene Ansichten und auch verschiedene linke Traditionen kennengelernt hast, von denen du Sachen übernehmen oder dich dagegen abgrenzen konntest, das existiert heute weniger, glaube ich. Für mich war zum Beispiel die Auseinandersetzung aus einem Lebenszusammenhang heraus oder mit denen, die schon länger linksradikale Politik in Antifa-Strukturen machten, oder mit älteren Frauenzusammenhängen, einmal sehr wichtig. Heute scheint mir der Austausch zwischen den verschiedenen Szenen weniger zu funktionieren; und obwohl die Antifa viel mehr Thema als früher ist, hat sich die Qualität der Arbeit inhaltlich und strukturell nicht unbedingt verbessert. Was nicht heißt, daß es »früher« nur toll war. Zum Beispiel taten sich die Antifas in den 80ern sehr schwer mit der Patriarchatsdiskussion.

Von dem Versuch verschiedener Antifa-Gruppen, mit einer bundesweiten Organisation in der AA/BO aus dem Dilemma herauszukommen, davon haltet ihr gar nichts? Beteiligt ihr euch überhaupt an dieser Diskussion?

Bettina: Nein. Der erste Punkt ist schon mal, daß sie die Fantifas erst gar nicht eingeladen hatten. Dann hatten wir hier zur BO auch inhaltlich diskutiert, und dabei kam eine relativ einheitliche Position heraus, daß wir gewisse Anteile an der BO, diese straffe Organisationsrichtung, ablehnen. Wir sind für eine bundesweite Organisation, aber nicht unter diesen Vorzeichen. Dazu kommt noch, daß für uns eine bundesweite Fantifa-Organisation erstmal Vorrang hat.

Was haltet ihr von der Losung der Göttinger Antifa (M), die ja eine wichtige Kraft in der AA/BO ist: »Antifaschismus auf anti-imperialistischer Grundlage«?

Bettina: Wir machen Antifa-Arbeit auf antipatriarchaler Basis, und da gehört der Antiimperialismus selbstredend mit dazu. Aber ich würde sagen, daß wir unter Antiimperialismus was anderes verstehen, als so in den einschlägigen Broschüren zu lesen ist. Das scheint doch eine sehr verkürzte Kapitalismuskritik zu sein, antipatriarchale Aspekte sind kaum eingebunden, also, das ist nicht unsere Linie.

Wenn ihr euch bundesweit stärker auf Fantifa-Gruppen bezieht, würde es mich interessieren, ob ihr denn zu vergleichbaren Gruppen im Gebiet der ehemaligen DDR Kontakte habt oder, wenn es dort keine Fantifas gibt, dann zu »gemischten« Gruppen? Kassel liegt ja ziemlich nahe an der alten Grenze ...

Clara: Wir haben weder zu Antifa- noch zu Fantifa-Gruppen im Osten Kontakt, obwohl ich schon denke, daß es da auch Fantifas gibt. Wir sollten uns vielleicht in nächster Zeit mal darum kümmern ...

Habt ihr euch mit dem Anschluß der DDR an die BRD beschäftigt, oder war das für euch kein Thema?

Miriam: Kaum.

Bettina: Komisch, nicht? Aber das war irgendwie kein Thema.

Also, das hat eure Arbeit in den letzten drei Jahren gar nicht beeinflusst, das hat euch überhaupt nicht tangiert?

Clara: Natürlich haben wir darüber schon mal geredet, aber unsere Fantifa-Arbeit hat das kaum beeinflusst, daß das jetzt ein Schwerpunkt der Auseinandersetzung geworden wäre, oder so.

Bettina: Bei Einzelpunkten taucht das immer mal auf. Zum Beispiel wenn wir über die soziale Verschärfung oder die Verschiebung nach rechts in der BRD diskutieren, oder die Verschärfung beim 218, da spielt der Kontext der Vereini-

gung schon eine Rolle. Aber es ist jetzt nicht so, daß dies der Aufhänger für unsere Politik geworden wäre.

Ulla: Daß die DDR für uns so ein weißer Fleck auf der Landkarte ist, ist uns schon aufgefallen. In unserem Reader sind ja auch keine Texte von Frauen aus der ehemaligen DDR drin, einfach weil wir keine für uns brauchbaren gefunden haben. Wir hatten aber auch nicht so gezielt danach geguckt. Und natürlich tangiert mich dieser ganze Vereiningungskram. Ich empfinde das als Bestätigung der herrschenden Politik in der BRD, so daß was vorher hier schon beschissen war, sich jetzt nochmal verstärkt hat. Und das ist mir logischerweise nicht egal.

Gibt es jetzt noch etwas, was wir vergessen haben, was ihr jetzt am Ende dieses Gespräches noch gerne loswerden möchtet?

Bettina: Ich möchte noch einmal betonen, daß das, was wir erzählt haben, nicht heißen soll, daß jede Antifa-Arbeit so aussieht oder so aussehen sollte wie die unsere. Gerade zur Frage der direkten Konfrontation wird es von anderen Gruppen sicherlich auch andere Positionen geben. Auch zur Frage einer Zusammenarbeit mit »gemischten« Gruppen. Wir sprechen ausschließlich für unsere Gruppe und nicht als Repräsentantinnen bundesweiter Zusammenhänge. An einem bundesweiten Selbstverständnis wird ja erst noch gearbeitet, und dazu kann vielleicht ein solches Gespräch etwas beitragen, mehr nicht.

Antifaschismus auf antiimperialistischer Grundlage

Gespräch mit der Göttinger Antifa (M)

Die Antifa (M) aus Göttingen gilt als Motor einer straffen antifaschistischen Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. Mit der Initiative zu einer »Antifaschistischen Aktion – Bundesweite Organisation« (AA/BO) wird hauptsächlich diese Gruppe in Verbindung gebracht. Das von den GöttingerInnen vorgeschlagene Organisationsmodell ist jedoch nicht unumstritten.

Kaum einer der KritikerInnen hat sich allerdings mit der Arbeitsweise, den Zielen und dem politischen Selbstverständnis der Antifa (M) auseinandergesetzt. So mutet der Streit innerhalb der bundesdeutschen Antifa-Szene über weite Strecken abgehoben an und ist von Mißverständnissen geprägt.

Vielleicht könnten wir zunächst darüber sprechen, wie eure Gruppe entstanden ist.

Jürgen: Die Gruppe besteht aus sehr unterschiedlichen Leuten, von daher läßt sich das nicht in zwei Sätzen sagen. Einige von uns sammelten ihre ersten Erfahrungen bereits Anfang der 80er Jahre durch die Mitarbeit im Zusammenschluß norddeutscher Antifa-Gruppen. Die Politik, die sie dort mittrugen, scheiterte endgültig im Herbst 1987. Eine aufwendige Kampagne gegen das Nazi-Jugendlager in Hentendorf erwies sich damals als ziemlicher Schlag ins Wasser. Das lag vor allem daran, daß die Politik, die zu Beginn der 80er Jahre – mit der erfolgreichen Demonstration gegen den NPD-Parteitag in Fallingbostenl¹ – entwickelt wurde, unverändert fortgesetzt worden war. Diese Politik bestand im wesentlichen darin, bei allen Bündnissen und Absprachen

mit anderen Gruppen zu allererst auf die eigene Kraft zu vertrauen. Dahinter stand auch die Erfahrung, daß reformistische Gruppen bis dahin entweder nicht an den Orten gegen Faschisten demonstrierten, an denen die auch waren, oder aber keine Leute mobilisieren konnten.

Mit dieser Politik gelang es autonomen AntifaschistInnen erstmals, von der linken Öffentlichkeit überhaupt wahrgenommen zu werden. Die ideologische und praktische Öffnung zu anderen Gruppen blieb jedoch mit der Zeit auf der Strecke. Außerdem war der Höhepunkt der autonomen Bewegung insgesamt Mitte der 80er Jahre überschritten. So führte dieser Weg trotz einiger Erfolge nach und nach in die politische Isolation, die jedoch von vielen nicht als solche begriffen wurde.

Das Fiasko von Hetendorf – trotz bundesweiter Mobilisierung kamen nur 300 DemonstrantInnen – markierte den Beginn von Überlegungen, über den engen Szene-Horizont hinaus Bündnisse mit Gruppen einzugehen, die Antifa-Arbeit machten. Etliche GenossInnen hatten erkannt, daß 2000 entschlossene Menschen zusammenzutrommeln nicht ausreichte, um der faschistischen Entwicklung in der Gesamtgesellschaft, die damals auch schon gesehen worden ist, etwas entgegenzusetzen. Bei diesen neuen Bündnisplänen ging es nicht um militante Demos, sondern um eine Verankerung antiimperialistischer Politik in weiten Bereichen des sich als Widerstand oder Opposition verstehenden Potentials in der Gesellschaft. In Göttingen gab es damals Berührungspunkte mit fortschrittlichen Gewerkschaftern, die Schwierigkeiten mit Faschisten in Betrieben hatten. Vor allem daraus hat sich 1987 das Antifa-Bündnis in Göttingen entwickelt. An dieser Bündnispolitik gab es von Teilen der alten Antifa-Szene in Göttingen von Anfang an Kritik. Zunächst einmal gelang es jedoch, für den 7.5.88 eine breite Bündnisdemo gegen das FAP-Zentrum in Mackenrode² zu organisieren. Dazu mußten natürlich gewisse Kompromisse eingegangen werden. Für uns war dabei ganz wichtig, nach der politischen Niederlage von Hetendorf überhaupt wieder als politischer Faktor in Erscheinung zu treten. Natürlich

wollten wir bei diesem Bündnis nicht unser Gesicht verlieren und hatten deshalb immer auch ein taktisches Verhältnis zu den reformistischen Gruppen, der Gewerkschaft vor allem. Das Konzept ist unseres Erachtens damals voll aufgegangen. Innerhalb der autonomen Szene Göttingens blieb dieser Ansatz trotzdem umstritten, und daraus resultierte dann letztendlich eine Differenzierung der Szene. Die einen waren der Meinung, diese Politik ist falsch, wir müssen stärker eigene Positionen klarmachen und die harte Linie in der Abgrenzung zu anderen Gruppen fahren. Andere wollten nicht weiter im eigenen Sud braten und traten für eine Öffnung zu anderen Gruppen ein. Im September 1988 endete in Göttingen das Bündnis dann und trennte die alte Antifa in zwei große Lager. Aus der einen Strömung ist die autonome Antifa (M) entstanden, allerdings zuerst noch nicht unter diesem Namen. Uns war sehr wichtig, daß eine Politik eben auch Kontinuität zeigen muß, daß klar gesagt werden muß, wo bestimmte Sachen – Erklärungen oder Demo-Aufrufe – herkommen. Eine Gruppe muß nach unseren Vorstellungen ansprechbar sein, braucht also auch einen Namen und eine Adresse, damit Interessierte sich auch an sie wenden können. Deswegen war es notwendig, daß wir einen eigenen Namen haben, und wir sind halt auf das M verfallen. Ein tieferer Sinn steckt nicht dahinter. Erstmals aufgetaucht ist dieses M bei der Nie-wieder-Deutschland-Kampagne 1991. Damit waren wir eine der ersten autonomen Gruppen, die immer unter einer klaren Adresse ansprechbar war. Das war auch unerlässlich, wenn wir gegenüber anderen Gruppen als ernstzunehmende Bündnispartner auftreten wollten. Wenn man kontinuierliche Politik macht, muß man sie auch öffentlich vertreten.

Welche Bündnispartner battet ihr im Auge, als ihr dieses Konzept entwickelt habt?

Jürgen: Wer dem anwachsenden Faschismus etwas entgegenzusetzen will, muß gesellschaftlich relevante Impulse setzen können. Das gelingt nicht, wenn man als kleine Gruppe herumwurschtelt, sondern nur in Zusammenarbeit mit

möglichst vielen fortschrittlichen Kräften, wobei es natürlich auch Grenzen gibt. Wir arbeiten in erster Linie mit anderen Antifa-Gruppen zusammen, aber auch mit GewerkschafterInnen und Grünen, Uni- und SchülerInnengruppen oder fortschrittlichen Christen. Dabei müssen die politischen Inhalte bei einer konkreten Aktion immer wieder überprüft werden. Bei jeder einzelnen Aktion stellt sich die Frage, ob sie in dem konkreten Bündnis mitgetragen werden kann. Für uns gibt es klare inhaltliche Knackpunkte für eine Zusammenarbeit. Zum einen tragen wir keinen proklamierten Gewaltverzicht mit, zum anderen ist für uns unerlässlich, daß bei Aktionen unser antiimperialistischer Ansatz erhalten bleibt. Wenn das akzeptabel ist, gibt es eigentlich keine Gruppe, mit der wir nicht zusammenarbeiten können.

Wie weit seid ihr in dem Spektrum, dem ihr euch bündnispolitisch öffnen wollt, akzeptiert?

Jürgen: In der Region Göttingen eigentlich voll und ganz. Bei unserer letzten Aktion – einer Demonstration in Adelsborn³ – haben von Antifa-Gruppen bis zum DGB und zur SPD-Ortsgruppe alle möglichen Gruppen mitgemacht.

Welche anderen, aktuellen Schwerpunkte hat eurer Arbeit, abgesehen von der Bündnispolitik?

Ulla: Momentan bereiten wir unsere Aktionen für den 2. Oktober vor. Da werden wir – in diesem Jahr zum vierten Mal – dem nationalen Feiertag am 3. Oktober antinationale Feierlichkeiten entgegensetzen. Wir bereiten wieder Publikationen, Veranstaltungen und Agitprop-Aktionen vor.

Jürgen: Ein weiterer Schwerpunkt 1993 war auch die Arbeit mit ehemaligen RAF-Gefangenen. Wir haben eine Veranstaltung zum Paragraphen 129a unter dem Motto »Zusammen gehört uns die Zukunft« organisiert. Und ein drittes aktuelles Thema, das wir eher arbeitsgruppenmäßig bearbeitet haben, war die Verschärfung des Paragraphen 218. Wir haben uns auch an einer Aktion gegen einen an der 218-Entscheidung beteiligten Bundesverfassungsrichter beteiligt, der an der Göttinger Uni ein Seminar abhalten wollte.

Welche Rolle spielt Symbolik bei eurer Arbeit? Bei eurem öffentlichen Auftreten – bei Demonstrationen im geschlossenen Schwarzen Block – vermittelt ihr nach außen eine gewisse Militanz. Für viele entsteht auch der Eindruck einer Neuaufgabe der KPD-Politik vom Anfang der dreißiger Jahre. Uns würde interessieren, welche Intention dahinter steckt und was für ein ästhetisches Selbstverständnis ihr habt.

Jürgen: Daß der Schwarze Block auf Demos an die 30er Jahre erinnern soll, ist ein bißchen seltsam. Ich werde aber mal versuchen, unser Auftreten zu erklären. Es gibt für jede Demonstration, die wir durchführen, ein politisches Konzept, das auch unser praktisches Auftreten bestimmt. Wir haben dieses Vorgehen in den Auseinandersetzungen, die wir führen mußten, entwickelt, und es hat sich bewährt.

Ein Beispiel: Am 17. November 1991 wurde die Mahnwache für Connie⁴ von der Polizei unter Einsatz von Wasserwerfern und Knüppeln aufgelöst. Wir haben daraufhin gesagt, wir werden Silvester aus Anlaß des Todes von Alexander Selchow mit Helm und Knüppel demonstrieren, weil die Polizei hier angegriffen hat und sie natürlich auch diese Demonstration angreifen wird. Dazu kam erstens, daß zu jener Zeit die Atmosphäre durch eine Reihe von Brandanschlägen ziemlich aufgeheizt war.⁵ Und zweitens ermittelte das Landeskriminalamt in Göttingen in einem 129a-Verfahren gegen autonome Antifas. Unter diesen Bedingungen ohne Masken, mit Palmzweigen in der Hand und einem weißen Büßerhemd durch Göttingen zu gehen, wäre der helle Wahnsinn gewesen. Also haben wir demonstriert, wie wir es für richtig hielten: Wir haben uns und unsere Identität geschützt. Und Polizei und Staatsapparat hatten das zu akzeptieren. Diese Überlegungen haben wir von vornherein öffentlich gemacht, damit klar wurde, unter welchen Ausgangsbedingungen wir demonstrieren und wir durch diese Öffentlichkeit Druck auf den Polizeiapparat ausüben konnten. Dieses Konzept ist dann auch aufgegangen. Später hat man oft versucht, uns nachzusagen, wir hätten Absprachen mit der Polizei getroffen. Es gab aber keine Absprachen, es

gab keinen Kontakt zur Polizei. Diese Gerüchte entstanden, weil sich viele nicht vorstellen konnten, daß solch ein offensives Konzept funktioniert.

Außer dieser Demonstration haben wir in den letzten Jahren aber lediglich eine weitere in derartig militantem Outfit durchgeführt. Man kennt Autonome meist nur als Klischee, entweder als Schwarzen Block oder als Autoren von Flugblättern. Unsere Aktionen sollen sich phantasievoll von diesen Klischees unterscheiden. Bei unseren Aktionen zum 2. Oktober haben wir in einem Jahr falsche Hundertmarkscheine, versehen mit entsprechenden inhaltlichen Erklärungen, an die Bevölkerung verteilt, sozusagen als Verarschung dieses Begrüßungsgeldes für ehemalige DDR-Bürger. Ein Jahr später haben wir einen Umzug veranstaltet, bei dem ein großer Überwachungskrake von DemonstrantInnen, die sich als Polizisten verkleidet hatten, getragen und am Ende verbrannt wurde. Das sind Beispiele für Bilder, die wir öffentlich produziert haben, weil wir denken, die »Bevölkerung« denkt in Bildern, ist über solche Bilder schneller und besser für Gespräche erreichbar.

Wenn ihr in euren Papieren von Antifaschismus redet, ist das immer an den Antiimperialismusbegriff gekoppelt. Was ist unter einer antiimperialistischen Politik eurer Meinung nach zu verstehen?

Jürgen: Wenn wir Faschismus bekämpfen wollen, müssen wir natürlich die Ursachen für Faschismus bekämpfen. Für uns ist Faschismus nur eine bestimmte Spielart des imperialistischen Machtapparates. Damit ist Faschismus Teil des ökonomischen Unterdrückungsapparates, der heute weltweit herrscht. Gegen Faschismus zu kämpfen, heißt also, das System zu bekämpfen, das eigentlich dahinter steht, das Faschismus erst möglich macht, das ist für uns auch immer mit einem internationalistischen Ansatz verflochten.

In den letzten Jahren ist aber gerade innerhalb der linksradikalen Szene der alte Antiimperialismusbegriff weggebrochen, da er sich sehr stark an nationalen Befreiungsbewegungen orientierte, die,

einmal an der Macht, wieder zu neuer nationalstaatlicher Herrschaft führten. Und linksradikale und damit auch Antifa-Politik ist ja gerade antistaatliche Politik.

Ulla: Die antiimperialistische Politik, die wir machen, ist sicher nicht die klassische antiimperialistische Politik. Wir beziehen uns nicht vordergründig auf nationale Befreiungsbewegungen im Trikont, das ist nicht der Schwerpunkt unserer politischen Arbeit. Wir sehen unsere Politik zwar im internationalen Zusammenhang, verorten uns aber hier.

Jürgen: Wir können das Machtgefüge des internationalen Imperialismus nur verändern, wenn wir auch mit Bewegungen aus anderen Ländern zusammenarbeiten. Denn wir kämpfen, wenn auch unter unterschiedlichsten Voraussetzungen, gegen das gleiche System. Und das gemeinsame Ziel muß sein, dieses System aus den Fugen zu bringen, durch linke und emanzipatorische Verhältnisse zu ersetzen. Unsere Antifa-Politik muß sich diesem Ziel unterordnen, das ist der gemeinsame Anknüpfungspunkt mit anderen Gruppen, denn in diesem Kampf haben alle einen gemeinsamen Feind. Der gleiche Imperialismus, der hier bürgerliche Freiheiten zubilligt, organisiert in Lateinamerika beispielsweise faschistische Regime und organisiert die Vernichtung politischer Gefangener.

Bei befreiungsnationalistischen Gruppen wie den Roten Khmer, beim Sendero Luminoso oder bei der PKK kann doch nicht per se von einem Kampf für »emanzipatorische Verhältnisse« die Rede sein?

Jürgen: Die Roten Khmer, die PKK und der Sendero können so nicht über einen Kamm geschoren werden. Inwieweit emanzipatorische Prozesse im kurdischen Befreiungskampf vorangetrieben werden, darüber können wir diskutieren. Die nationale Frage, so wie sie sich bei vielen Befreiungsbewegungen stellt, wird von uns natürlich auch kritisch betrachtet. Uns geht es eher darum, über Alternativen zu informieren. Auch in Peru, einem Land, das kaum wie ein anderes zum revolutionären Pulverfaß geworden ist, kämpfen

fortschrittliche bewaffnete Gruppen, die neben dem mehr als zweifelhaften Kampf von Sendero Luminoso von der deutschen Linken kaum beachtet werden. Wir meinen die MRTA, die seit Jahren einen guevarisch orientierten Befreiungskampf organisiert. Wir haben über Kampf und Geschichte dieser Gruppe ein Video und Veranstaltungen erarbeitet. Derartige Aktivitäten verstehen wir unter differenziert beurteilender Internationalismusarbeit. Unsere einzige Hoffnung besteht darin, das weltweit organisierte System des Imperialismus durch eine weltweite Gegenbewegung zu überwinden. Wenn du in dem Zusammenhang Pol Pot erwähnst, reden wir einfach von zwei verschiedenen Welten.

Das mag wohl sein. Inwieweit schließt eure antiimperialistische Politik auch Flüchtlingsarbeit mit ein?

Jürgen: Wir finden diese Arbeit richtig und sinnvoll, aber durch die Struktur unserer Gruppe können wir so etwas momentan nicht leisten. Außerdem ist es ein etwas anderer Ansatz als unserer. Bei unsrem Ansatz antiimperialistischer Politik geht es vor allem um den Kontakt zu Bewegungen vor Ort.

Wie steht ihr zu Überlegungen, unter den aktuellen Bedingungen in der Bundesrepublik müßte auch so etwas wie eine »antifaschistische Kultur« entwickelt werden?

Jürgen: Das propagiert »Kunst und Kampf« ja schon seit Jahren. Auch wir versuchen, das umzusetzen. Unsere Plakate haben durchaus künstlerischen Anspruch, und unsere Demonstrationen sind auch Ausdruck unserer Kultur. Kultur und Kulturfähigkeit sind für uns Grundbedingungen für revolutionäre Identität. Andernfalls wären wir nur ein Abziehbild der Gesellschaft.

Euch wird häufig vorgehalten, daß ihr euch sehr am vorgegebenen Rahmen orientiert und zum Teil auch negativ darauf fixiert seid. Vor dem Hintergrund dieser Kritik: Mit welchen Inhalten und Formen denkt ihr, die herrschende Kultur durchbrechen zu können, um eben kein Abziehbild derselben zu werden?

Jürgen: Mir kommt es immer etwas vorschnell vor, wenn gesagt wird, wir stricken hier nur an alten Schwarz-Weiß-Mustern. Man kann nicht von einem Plakat oder einer Aktion verlangen, daß damit alles ausdrückt wird, was an gesellschaftlich komplexen Fragen und Wirkungsmechanismen besteht. Das ist unmöglich. Das können nur Schlaglichter sein, mit denen wir versuchen, der Bevölkerung klarzumachen, daß gesellschaftliche Widersprüche sich eben nicht mit dem Polizeiapparat erschöpfen, sondern daß es auch andere wichtige Punkte – beispielsweise die patriarchale Gesellschaftsstruktur oder das Drogenproblem – gibt. Damit setzen wir uns auseinander und versuchen, das umzusetzen. Das gelingt mal gut, mal weniger gut.

Und wenn man in diesem Zusammenhang die Schlagworte Kunst oder Kultur benutzt, dann heißt das natürlich für uns, sich auseinandergesetzt zu haben mit Tendenzkunst, mit Neuer Sachlichkeit, mit den Kunstdebatten in den 20er/30er Jahren, mit den Kunstdebatten in der Oktoberrevolution. In diesen Traditionen sehen wir uns schon – und dieser Bezug unterscheidet uns von der herrschenden Kultur.

Auf einem eurer Plakate ist im Mittelpunkt ein stilisierter Rotarunist wiedergegeben. Mit dieser Darstellung wurde historisch für die Oktoberrevolution und dann für den Bürgerkrieg geworben. Ihr bezieht euch eindeutig positiv auf dieses Symbol. Für viele andere ist der historische Prozeß, aus dem dieses Symbol stammt, keineswegs als ein rein emanzipatorischer zu begreifen. Die aus diesem Prozeß hervorgegangenen sozialistischen Staaten waren ja nicht frei von Repression. Ist das nicht ein etwas laxer Umgang mit der Geschichte, oder genauer gefragt: Seht ihr euch in der partei-kommunistischen Tradition stehend, wenn ihr mit solchen Symbolen arbeitet?

Jürgen: Wir verwenden ganz bewußt in unserem kulturellen und politischen Ausdruck Symbole aus der Vergangenheit, und wir beziehen uns auch auf Daten und auf Aussagen der Vergangenheit. Wir sehen uns nicht als Korken, der im Wasser schwimmt und sonst mit nichts zusammenhängt,

sondern wir sind Teil einer langen historischen Entwicklung. Unsere Geschichte fängt nicht einfach an dem Punkt an, an dem wir uns plötzlich politisiert haben, sondern wir haben uns politisiert über andere Menschen, die vorher von anderen Menschen politisiert worden sind, über Ideale, die in den jeweiligen Zeiten wichtig waren. Egal wo ich anfangen, mich mit Geschichte und Kultur zu befassen, ob beim Bauernkrieg oder bei der 1848er Revolution, überall ist es auch die Geschichte von Widerstand. Jetzt zu sagen, bloß weil gewisse Dinge in die Sackgasse geführt haben, weil Experimente eben danebengegangen sind oder weil Widerstand mit einer Niederlage endete, ist das schlecht – das ist Unsinn. Es gab in diesen Bewegungen immer auch positive emanzipatorische Prozesse, die bis heute weitergewirkt haben und mit denen es lohnt, sich auseinanderzusetzen. Wer das nicht tut und sich quasi von der eigenen Geschichte abschneidet, kann unmöglich daraus lernen und auch nicht mehr analysieren, warum bestimmte Entwicklungen in bestimmte Richtungen gegangen sind.

Wir benutzen heutzutage vor allen Dingen das Symbol der Antifaschistischen Aktion, aber in einer modifizierten Form. Allein schon die Modifikation macht klar, wir beziehen uns zwar auf einige Inhalte der historischen Antifaschistischen Aktion, aber verbinden damit ganz andere Sachen aus unserer Geschichte. Das Organisationsmodell der 20er Jahre beispielsweise, den demokratischen Zentralismus und die stalinistischen Methoden lehnen wir absolut ab.

Wenn ihr euch aus der Geschichte und der Kunstgeschichte nur die euch positiv erscheinenden oder für eure heutigen Zwecke verwendbaren Dinge herausucht, könnte man euch ein rein instrumentelles Verhältnis zur Historie unterstellen.

Jürgen: Wer Kunst nur als ein x-beliebiges Medium be- greift, dessen sich bedient werden kann, ohne es verstanden zu haben, muß natürlich ein instrumentelles Verhältnis dazu haben. Instrumentelle Kunst aber wäre platte Propaganda, und die taugt nichts. Und wenn Geschichte in großen Di- mensionen abgegrast wird, besteht immer die Gefahr, daß

Sachen falsch gesehen oder falsch dargestellt werden. Das Problem sehen wir auch. Ich glaube nicht, daß uns Propaganda oder platte Geschichtsschreibung unterstellt werden kann. Mit verschiedenen Aktionen, beispielsweise indem wir zu historischen Stätten des Bauernkrieges fahren, versuchen wir, daß sich die Menschen ein eigenes Bild von der Ge- schichte machen können.

Ich würde euch gerne mit einem Zitat aus einer eurer Broschüren konfrontieren. Da heißt es: »Trotz aller Kontinuitäten wäre es aber falsch, die heutige Polizei der BRD mit der des Hitler-Faschismus einfach gleichzustellen. Dazu haben sich die Bedingungen und vor allem der technische Fortschritt zu sehr verändert. Die heutige Gesellschaft ist vor allem durch ihre Durchtechnisierung auf sehr hohem Niveau von Geheimdiensten und politischer Überwachung regelrecht durchseucht.« Mir scheint, daß ihr an der Stelle, wo ihr die Unterschiedlichkeit der Verhältnisse betont, im Grunde noch eins draufsetzt.

Jürgen: Wenn die gesellschaftlichen Bedingungen aktuell eskalierten, würde das Wissen der Sicherheitsapparate differenziert eingesetzt werden. Gegen bestimmte Teile des Widerstandes in abgeschwächter Form, gegen andere Teile in vollem Umfang. Auf jeden Fall aber hätte dieser Apparat aus dem Stand viel größere Macht, als er von '33 bis '45 je hatte. Von den personellen Kontinuitäten der bundesdeutschen Sicherheitsbehörden mit denen des Dritten Reiches ganz zu schweigen. Es wäre also eine Bagatellisierung zu sagen, daß dieser Staat überhaupt nichts mit diesem faschistischen Re- gime zu tun hat. Praktisch sind wir schon heute in den Klauen dieses Systems, es bräuchte nur noch zuzupacken.

In der Vergangenheit gab es mehrere Strafverfahren gegen eure Gruppe, unter anderem auch ein 129a-Verfahren.

Jürgen: Sie haben jetzt zum wiederholten Male bei Redak- tionen von Zeitungen, die mit uns Interviews gemacht ha- ben, nach dem Material gefragt. Wenn wir eine Veranstal- tung machen, jagen sie uns hinterher. Observation und Er- mittlungen laufen mit unverminderter Wucht.

Ulla: Wir ziehen uns unter diesen Bedingungen allerdings nicht in die Konspirativität zurück, sondern machen alle Informationen, die wir über die Ermittlungen kriegen, sofort über Flugblätter oder Presseerklärungen öffentlich.

Hat sich in dem Maße, wie sich eure Gruppe für Bündnisse öffnete, die Repression verstärkt?

Jürgen: Es gibt Aussagen von Verfassungsschützern, daß unser Konzept gefährlicher sei als das der RAF, weil es auf eine Verbindung mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zielt. Das sind sehr große Worte, aber sie zeigen, daß sie die Entwicklung, die wir angestoßen haben, wahrnehmen. Wir erfahren jedenfalls, daß bei jeder Aktion, die wir machen, ein ziemlich massiver Kriminalisierungsdruck aufgebaut wird.

Unterscheidet ihr in euren Schriften zwischen Faschismus und Nationalsozialismus?

Jürgen: Nationalsozialismus ist für uns eine spezifische historische Form, die eng zusammenhängt mit der NSDAP und den Verhältnissen in den 20er und 30er Jahren in Deutschland. Das ist eine Phase, die sich in dieser Art und Weise nicht wiederholen wird, weil sich die gesellschaftlichen Verhältnisse seitdem verändert haben. Faschismus hingegen betrachten wir als eine Spielart der imperialistischen Herrschaft, was nicht platt verstanden werden darf nach der Formel: Imperialismus ist gleich Faschismus. Das wäre Unsinn. Faschismus ist für uns auch der computerüberwachte Staat; er muß nicht immer mit Hakenkreuzfahne und Marschkolonnen daherkommen. Es gab einen Franco-Faschismus, es gab einen Mussolini-Faschismus, es gab das faschistische Regime der griechischen Generäle oder das Pinochets. Wenn ich Faschismus und Nationalsozialismus gleichsetze, laufe ich in die Falle bürgerlicher Reformisten. Deren Parole »Nie wieder Faschismus« bedeutet nur: Nie wieder Drittes Reich. Aber das wird es sowieso nicht mehr geben.

Wie organisiert sich eure Gruppe?

Ulla: Die Größe der Gruppe ist in den letzten vier Jahren stark angewachsen, was auf die generelle Öffnung der Gruppe zurückzuführen ist. In der letzten Zeit sind vermehrt Leute, die nicht so aus der klassischen autonomen Szene stammen, zu uns gestoßen. Wir organisieren uns in Arbeitsgruppen, die zu bestimmten Themenbereichen arbeiten, sei das die Arbeit zu politischen Gefangenen, die Gestaltung des Organisationsprozesses, Arbeitsgruppen, die Vorträge ausarbeiten, oder Arbeitsgruppen zu bestimmten aktuellen Ereignissen. Die Arbeitsgruppen treffen sich einmal wöchentlich im Plenum, wo die Arbeitsergebnisse ausgetauscht werden und Dinge, die die ganze Gruppe betreffen, besprochen und abgeglichen werden.

Jürgen: Pflicht jedes einzelnen ist die Teilnahme an diesem wöchentlichen Gesamtplenar und die Arbeit in mindestens einer Arbeitsgruppe.

Das bedeutet klassische Mitgliedschaft?

Ulla und Jürgen: Ja.

Habt ihr eine Art Hierarchie in der Gruppe?

Jürgen: Nein.

Ulla: Entscheidungsinstanz ist die Gesamtgruppe. Wir halten das Arbeitsgruppenprinzip für eine relativ gute Möglichkeit, Hierarchien vorzubeugen. Auf diese Weise können neue Leute auch besser integriert werden, weil sie ihre unterschiedlichen Erfahrungen und ihren unterschiedlichen Wissensstand gut in die Arbeit einbringen können, ohne daß sie bei Entscheidungen hintanstellen müssen.

Habt ihr auch eine Jugendgruppe im Sinne der Antifa-Jugendfront?

Ulla: Es gibt in der Stadt eine Antifa-Jugendfront, mit der wir auch sehr gut zusammenarbeiten, aber sie gehört nicht zu unserer Gruppe.

Und wie ist es mit der Beteiligung von Frauen in eurer Gruppe?

Ulla: Über ein Drittel der Gruppenmitglieder sind Frauen. Durch die Öffnung unserer Politik, durch die Abkehr von klassischer Anti-Nazi-Politik ist die Gruppe verstärkt für Frauen attraktiv geworden.

Welche Kontakte habt ihr zu anderen Antifa-Gruppen?

Ulla: Das Rückgrat solcher Kontakte ist die Arbeit hier in der Region. Überregional sind wir in die Antifaschistische Aktion – Bundesweite Organisation, AA/BO, eingebunden. Parallel dazu sind wir noch in einem zweiten bundesweiten Organisationsprozeß eingebunden, die beteiligten Gruppen treffen sich unter dem Namen »fels« seit dem Frühjahr 1993 regelmäßig und streben ebenfalls die Bildung einer Organisation an.

Jürgen: Wie man ja überall lesen kann, ist das ein sehr umstrittener Prozeß. Unser Engagement fußt auf unserer Analyse autonomer Politik in den 80er Jahren, die wir ja schon beschrieben haben. Wir hatten den Anspruch, daß wir, wenn wir diesen Kampf gegen Faschismus ernst nehmen, überhaupt erst wieder als politische Kraft in Erscheinung treten müssen. Die sattsam bekannten autonomen Plenen der Vergangenheit waren am Ende ein unerträglicher Zustand. Um wieder zu verbindlichen Strukturen zu kommen, um ansprechbar zu sein, schien uns ein bundesweiter Zusammenschluß verschiedener Gruppen, der über die lockere Vernetzung, den Infoaustausch, hinausgeht, unumgänglich.

Könnt ihr kurz erläutern, wie die Organisation in der AA/BO aussieht?

Ulla: Zur Grundstruktur ist zu sagen, daß zehn bis zwölf Gruppen aus verschiedenen Städten regelmäßig bundesweite Treffen veranstalten, zu denen die Gruppen Delegierte schicken. Da es in den einzelnen Gruppen keine Spezialisten für bundesweite Treffen gibt, rotieren die Delegierten. Diese Treffen sind das Entscheidungsgremium für die Organisation. Es gibt noch keine Pressesprecher, Ansprechpartner für die Organisation sind die jeweiligen Gruppen vor Ort. Die Kriterien für eine Mitgliedschaft in der AA/BO wurden

in einem Grundlagenpapier festgelegt. Im wesentlichen ist das eine regionale Verankerung der Gruppen. Hinzu kommt, daß die Gruppen gefestigt sein müssen, eine politische Kontinuität besitzen und regelmäßig nach außen treten. Inhaltliche Kriterien sind bislang eher unkonkret formuliert. Es gab eine große Auseinandersetzung um den Begriff Antimperialismus innerhalb der Organisation. So wie wir ihn füllen, hätten staatstragende oder reformistische Gruppen keinen Platz in der AA/BO. Bislang gibt es zwei Broschüren, die die AA/BO gemeinsam herausgegeben hat. Die eine heißt »Einsatz« und stellt die Grundlagen der Organisation und die beteiligten Gruppen vor. Die andere erschien begleitend zu der Kampagne zum 9. November. Beide sind über unsere Adresse erhältlich.

Mit der AA/BO seid ihr harter Kritik ausgesetzt. Wie geht ihr damit um?

Ulla: Ein Problem ist, daß die AA/BO sehr stark mit unserer Gruppe identifiziert wird. Das mag daran liegen, daß wir die Gruppe sind, die in dieser Organisation am meisten öffentlich in Erscheinung tritt. Und es liegt sicherlich an dem Organisationspapier, das wir vor zwei Jahren vorgestellt haben, das aber längst überholt ist.

Jürgen: Teilweise haben wir uns an den Kopf gefaßt, welch absurde Befürchtungen in diesem Zusammenhang an die Wand gemalt worden sind. Das ging so weit, daß man uns unterstellte, wir wollten eine KPD nach historischem Vorbild aufbauen. Diese Absurdität hat uns das Reagieren auf Kritik teilweise unmöglich gemacht, weil wir das Gefühl hatten, daß die Papiere gar nicht richtig gelesen wurden, und uns so die politische Glaubwürdigkeit abgesprochen wurde.

In den Erwidern auf eure Position kann man in der Tat häufig zwei Vorwürfe finden. Zum einem wird euch vorgehalten, ihr wolltet eine Organisation mit Parteicharakter aufbauen, und zum anderen würdet ihr für euch einen Avantgarde-Anspruch reklamieren.

Jürgen: Ich glaube, das ist eine Frage, was aus bestimmten Texten herausgelesen und dabei unterstellt wird. Das hört sich jetzt zwar polemisch an, wenn ich sage, das sind Unterstellungen, aber ich kann das nur so empfinden. Was wir vorschlagen, wird nicht als offene Möglichkeit – die man diskutieren kann – gesehen, sondern es wird als fertiges Konzept betrachtet, nachdem jetzt alle zu verfahren hätten. Das kann natürlich nur in eine katastrophale Richtung gehen.

Im Laufe der Diskussion um die AA/BO sind eine ganze Menge Städte abgesprungen. Wie seid ihr damit umgegangen?

Ulla: Im wesentlichen sind die Städte abgesprungen, die sich nicht organisieren wollten.

Der Vorbehalt gegen Organisation wird häufig auch von Gruppen aus der ehemaligen DDR vorgebracht. Zieht ihr daraus besondere Schlüsse?

Jürgen: Im Grunde genommen gibt es dort mittlerweile eine ähnliche Situation wie hier. Es gibt einige Gruppen, die sich in den AA/BO-Ansatz einbringen oder mit ihm sympathisieren, und es gibt auf der anderen Seite Gruppen, die ihn völlig ablehnen.

Nun gibt es aber seit einiger Zeit DDR-weite Vernetzungstreffen, die deutlich in Abgrenzung zu eurem Modell entstanden sind.

Jürgen: Ich will mir kein Urteil über diese reichsbahnweiten Treffen anmaßen. Ich sehe aber, daß sie dort politisch andere Ansätze als wir vertreten. Die Gruppen haben eher eine anarchistische Grundposition, wie ja überhaupt der anarchistische Ansatz aktuell in der alten DDR eine wesentlich größere Rolle spielt als hier. Bei konkreten Aktionen arbeiten wir mit allen Gruppen und allen Zusammenschlüssen zusammen. Uns geht es darum, daß begriffen wird, daß so eine Organisation nur einer kontinuierlichen Arbeit dient. Wenn sich andere antifaschistische Organisationen gründen, ist das um so besser. Es geht ohnehin um den Prozeß der Organisation. Und wenn andere Gruppen andere ideo-

logische Ausgangspunkte haben als wir, müssen sie sich auch anders organisieren.

Euer Organisationskonzept mit einem festen Rahmen unterscheidet sich ja deutlich von den autonomen Organisationen der 80er Jahre. Da wurden ja, wenn ich beispielsweise an die IWF-Kampagne oder die vielen »Nie-wieder-Deutschland«-Demos denke, bundesweite Initiativen organisiert, ohne daß es dauerhafte Strukturen gab. Ist eurer Ansicht nach die traditionelle autonome Organisation überholt?

Jürgen: Objektiv ist sie das. Gut, die Unberechenbarkeit hat auch Vorteile. Relativ schnell viele Menschen zu mobilisieren, vermittelt Stärke. Die Beispiele, die ihr hier ansprecht, waren doch letztlich der hilflose Reflex auf einen Zug, der schon längst abgefahren war. Die meisten Gruppen existieren in autonomen Zusammenhängen zwei bis vier Jahre, und dann sind sie von der Bildfläche verschwunden. Natürlich gibt es Gruppen, die für eine gewisse Zeit einen relativ hohen organisatorischen Grad entwickeln. Aber irgendwann ist diese Politik am Ende, weil sie keine politische Perspektive mehr bieten kann und auch keine persönliche mehr für die Leute. Was ist übriggeblieben von der Bundestagsblockade, was ist übriggeblieben von »Nie-wieder-Deutschland«, was ist übriggeblieben vom IWF? Es gab Aktionen, doch selbst von den AktivistInnen sind sie ein, zwei Jahre später schon fast wieder vergessen. Dabei wäre wichtig, eine kontinuierliche Politik zu betreiben.

Was wäre euch zum Abschluß des Gespräches noch wichtig?

Jürgen: Ich möchte nochmal ein paar Thesen zusammenfassen.

Neue Politikfelder müssen erschlossen werden und alte neu besetzt werden.

Neue Methoden der Arbeit müssen entwickelt werden. Es ist beispielsweise wichtig, ein vernünftiges politisches Verhältnis zu den Medien zu gewinnen, um sie zu nutzen. Das meint vor allem bürgerliche Medien, denn linke Medien sind in ihren Möglichkeiten relativ begrenzt.

Wir müssen aus unserem Ghetto herauskommen und uns mit anderen Gruppen und Initiativen verzahnen. Aber nicht dogmatisch, sondern wir müssen ein politisches Verhältnis zu anderen finden.

Wir müssen verstärkt eine Kulturfähigkeit zurückgewinnen, wozu auch gehört, sich gegenseitig in dem Prozeß, in dem wir alle gemeinsam stehen, ernst zu nehmen. Was zur Zeit bei vielen Gruppen passiert, ist die Selbstdefinition durch Abgrenzung von anderen Gruppen. Und das finden wir falsch.

Anmerkungen:

- 1 Rund 2 000 autonome AntifaschistInnen behinderten im Oktober 1982 massiv den NPD-Parteitag in Fallingbostal und versuchten den Veranstaltungsort zu stürmen.
- 2 In dem 14 Kilometer von Göttingen entfernten Dorf besaß der niedersächsische FAP-Landesvorsitzende Karl Polacek ein Haus, bis er 1992 nach Österreich ausgewiesen wurde.
- 3 Eine Demonstration vor dem Haus eines dort ansässigen Nazi-Funktionärs
- 4 Conni Wissmann wurde am 17.9.89 bei einer Antifa-Aktion von Polizisten vor ein fahrendes Auto gehetzt und kam dabei um.
- 5 Später stellte sich heraus, daß die Brände von einem Patienten des psychiatrischen Landeskrankenhauses gelegt worden waren, der unter Pseudonym eine »autonome Gewaltherrschaft« forderte.

Sich abzuschotten, nützt nichts

Gespräch mit einer Antifa-Gruppe aus Guben

Neben größeren Städten wie Berlin und Potsdam, in denen Antifa-Gruppen unter dem Dach der evangelischen Kirche noch zu DDR-Zeiten entstanden, gehörten Jugendliche in der brandenburgischen Kleinstadt Guben zu den ersten, die eine eigenständige autonome Antifa-Gruppe aufbauten. Dies ist um so erstaunlicher, weil Guben – 35 000 Einwohner, unmittelbar an der polnischen Grenze gelegen – immer abseits des aktuellen politischen Geschehens lag.

Aus einer diffusen linken Orientierung, ausgelebt in Hausbesetzungen und ähnlichem, entwickelte sich hier unter dem Druck der Verhältnisse schnell eine durchsetzungsfähige Antifa-Szene, die seit fast vier Jahren trotz aller Widerstände kontinuierlich arbeitet.

Wann und aus welcher Situation heraus ist eure Gruppe entstanden?

Axel: Am Ende der DDR waren wir in Guben ein Kreis von vielleicht 30, 40 Leuten, die sich regelmäßig in einer Kneipe getroffen haben. Ursprünglich machten wir nichts Politisches, nur eben lustige Abende, bißchen Trouble mit den Bullen und so. Im Juli oder August '89 haben wir dann auf einer Reise in Potsdam in einem kircheninternen Blatt das erste Mal von Übergriffen auf ausländische Arbeiter in der DDR gelesen. Gerüchteweise hatten wir zwar das eine oder andere gehört, gerade aus dem Süden der DDR. Aber wir hatten nicht gewußt, daß es damals in der DDR schon richtig organisierte Gruppen von Faschisten gab. Dazu kam noch, was wir selber mitgekriegt haben, bei Konzerten in Cottbus oder in Berlin. Einige von uns hatten da die Nase voll und haben gesagt: Wir machen jetzt Antifa-Arbeit. Am Anfang haben wir uns gesagt, um eine gute Antifa-Arbeit

machen zu können, müssen wir das Ganze als Gruppe aufziehen und nicht bloß so als lose Sache. Wir haben uns so eine Art Statut gegeben und dann ein Grundlagenpapier rausgegeben, um in Guben auch öffentlich präsent sein zu können. Wir haben dann zunächst Vorfälle gesammelt, die in Guben passiert sind, und über Aushänge und Flugblätter publik gemacht.

Was war in Guben passiert?

Axel: 1985, zur 750-Jahr-Feier, gab es zwei, drei Tage Ausschreitungen in Guben, ziemlich rabiat. In einem Bierzelt sind Arbeiter aus Mosambique und Vietnam, von denen ziemlich viele im größten Betrieb hier, dem Chemiefaserkombinat, gearbeitet haben, von Einheimischen verprügelt worden.

Von organisierten Rechten?

Axel: Nein, eher so Otto-Normal-Verbraucher. Das hatte sich irgendwie aufgestachelt. Erst haben sie sich untereinander geschlagen, dann haben sie alle gemeinschaftlich die anrückenden Bullen plattgemacht, und dann haben sie sich wieder untereinander beharkt. Am Ende ist dann sogar das Wohnheim, in dem die Arbeiter aus Mosambique gewohnt haben, angegriffen worden. Zu DDR-Zeiten ist das nie groß publik gemacht worden. Wir haben versucht, im nachhinein nachzufragen und zu recherchieren. So fing das damals an. Aber eigentlich sind wir an die Sache ziemlich pimpelig 'rangegangen. Also leger. Und dann kam die Wende.

Kannst du kurz skizzieren, was ihr euch anfangs vorgenommen habt?

Axel: Das wichtigste war, zu versuchen, die Menschen, die hier als Vertragsarbeiter arbeiteten, irgendwie zu integrieren. Die wurden wirklich wie in einem Ghetto gehalten, konnten nirgends hin. In Kneipen wurden sie rausgeschmissen. Da haben wir sie mal eingeladen zu uns nach Hause, Essen für sie gemacht, sie besucht, gemeinsam Sport getrieben und all so'n Zeug.

Außerdem haben wir versucht, aus unserem damaligen Jugendklub rechte Politik völlig rauszuhalten. Leute, die irgendwie rechts eingestellt waren, oder ausgewiesene Faschos sind dort nicht mehr reingekommen. Da gab es dann öfter mal handfeste Auseinandersetzungen.

Gab es denn schon organisierte neofaschistische Strukturen?

Axel: Das ging erst im Dezember '89 los. Einige von denen, die damals schon rechts eingestellt waren, sind rüber und haben aus Westdeutschland immer fleißig Propagandazeug geschickt, vor allem von der DVU. Dadurch fühlten sich die Hiergebliebenen ganz doll bemüßigt, hier ihre Gubener Heimatfront, Gubener Hitlerjugend und Bund deutscher Mädchen zu gründen.

Wie war denn damals das Kräfteverhältnis zwischen Rechten und Linken?

Axel: In Guben hatten wir damals einen sehr schweren Stand. Aktive, die uns nahestanden, gab es vielleicht 30. Und beim Häuserkampf standen uns fast 200 Nazis gegenüber. Die wenigen, die sich zu uns bekannt haben, hatten ziemlich viel Streß. Unser damaliger Jugendklub wurde angegriffen, weil wir Jugendliche mit Nazi-Aufnehmern nicht mehr reingelassen haben. Einige von uns wurden von Rechten abgegriffen und haben ziemlich heftig was auf's Maul bekommen. Du konntest nicht mehr abends auf die Straße gehen. Die haben dich gohrfeigt, wie sie lustig waren.

Wie habt ihr unter diesen Bedingungen über Militanz diskutiert?

Axel: Für uns hat sich natürlich die Frage gestellt, ob wir bei diesem ganzen Aufrüstungswahn mitziehen wollen. Einige unserer Leute sind schon voll durchgeknallt, rannten mit zwei Knarren, ein paar Messern und Knüppeln rum und haben voll den Harten markiert. Der Höhepunkt war dann die Auseinandersetzung um unser Haus.

Du erwähnst das jetzt zum zweiten Mal ...

Axel: Im Frühjahr '90 hatten wir ein Haus besetzt und begonnen, es zu einer Art Zentrum für uns hier in Guben aus-

zubauen. Kurz darauf haben sich auch die Faschos ein Haus genommen, da haben sie zweimal eine Orgie gemacht, aber dann stand das Ding mehr oder weniger leer. Abgesehen davon, daß da noch monatelang eine Reichskriegsflagge raushing. Berliner Antifas hatten davon gehört, kamen eines schönen Tages im September '90 mit so einem alten Polizei-Lkw und haben das Haus zerdroschen von oben bis unten. Als Reaktion kamen abends dann 200 Nazis und haben unser Haus angegriffen. Die Faschos haben dabei zwar ziemlich derb auf die Fresse gekriegt, aber hinterher, als die Berliner wieder weg waren, standen wir wieder alleine in Guben.

Welche Konsequenzen hatte das für euch?

Axel: Negativ war, daß wir das Haus losgeworden sind und in Guben erstmal eine wirkliche Niederlage hatten. Alle, die irgendwie mit uns sympathisierten, haben sich schwer gehütet, das danach noch in der Öffentlichkeit zu zeigen. Wir selbst waren öffentlich im Grunde nicht mehr sichtbar. Zwei, drei Monate haben wir uns ganz zurückziehen müssen. Ich mußte mich damals mit meiner Freundin verstecken, zwei Monate mehr oder weniger konspirativ. Ich bin aus meiner Wohnung ausgezogen, weil die Nazis mir die Scheiben eingeschmissen haben.

Das Positive war, daß wir dadurch notgedrungen körperlich mehr Widerstand leisten mußten, und das hat uns als Gruppe zusammengeschweißt. Jeder hat den anderen gedeckt, so gut es ging. Dadurch sind wir eigentlich ziemlich stark aus der ganzen Sache rausgegangen. Unter uns haben wir natürlich versucht, den Schlamassel, so gut es ging, auszuwerten. Wir haben eingeschätzt, daß wir das Haus damals nie hätten halten können. Auch ohne diese Auseinandersetzung wäre es ein dauerhafter Kleinkrieg geworden, der uns von allen anderen Sachen abgelenkt hätte. Wir hätten nur noch damit zu tun gehabt, das Haus zu verteidigen. Unter solchen Bedingungen könntest du keine vernünftige Arbeit mehr machen.

Und wie habt ihr dann weitergemacht?

Axel: Die Stärke, die wir gewonnen hatten, hat uns noch im selben Jahr sehr genützt. Für Dezember '90 hatten die Nazis hier eine Demo angekündigt, an der auch Michael Kühnen teilnehmen sollte. Da sind drei von uns zum Bürgermeister gegangen und haben dem kraft unserer Wassersuppe gedroht, wenn er diese Demo nicht verbietet, holen wir uns hier weiß ich wieviel tausend Autonome her und schlagen die ganze Stadt kaputt. Das muß man sich mal vorstellen. Der hätte uns unter normalen Umständen sofort eingeknastet, bloß der wußte damals auch nicht Bescheid. Gut, es hat funktioniert. Die Bullen haben die Faschos abgegriffen, einige von denen haben bei den Bullen sogar um Schutzhaft gebettelt. Und wir saßen zu zehnt in einer Wohnung und haben uns total wohl gefühlt. Das hat uns auch ein paar gute Kritiken eingebracht, damals.

Welche Folgen hatte das?

Martin: Die Hochzeit der Nazis war vorbei. Die Faschos konnten ihre Mitläufer nicht weiter mobilisieren, da kam nichts mehr. Ihr Führer ist damals zu ein oder zwei Jahren auf Bewährung verurteilt worden. Der mußte sich danach völlig aus politischen Sachen raushalten. Unsere Leute haben ihre Waffen verkauft, weil sie sinnlos geworden waren.

Du hast erwähnt, daß ihr auch mit Gruppen aus anderen Städten zusammengearbeitet habt. Kannst du näher beschreiben, wie die Zusammenarbeit aussah?

Axel: Was uns ziemlich geprägt hat, war das Auftreten von Berliner Antifas bei diesem Häuserkampf hier. In den Jahren vorher hatte man ja vieles irgendwie glorifiziert, vor allem die jahrzehntelangen Erfahrungen der Westler im Kampf gegen diesen neuen Staat. Wir dachten immer: Wenn die herkommen, werden die uns Armen und Dummen schon was erzählen. Dann kamen sie, haben hier ihren Kleinkrieg veranstaltet, sich dabei ziemlich mackerhaft benommen und sind wieder abgehauen. Ich meine, wir mußten das schließlich ausbaden. Wir hatten uns die letzte Akzeptanz bei der Bevölkerung verspielt, weil die nur gesehen haben: Wir

schleppen hier irgendwelche bunthaarigen Typen in die Stadt rein, und die verwüsten dann alles. Ich durfte Wochen später bei den Bullen antanzen, die haben mir alle Fotos vorgelegt, die sie von uns geschossen haben. Sinnigerweise hatten sie die Fotos den Faschos auch gezeigt, und da wurde es natürlich ein bißchen kraß.

Es gab dazu eine Diskussion in der Berliner BesetzerInnen-Zeitung ...

Axel: Da haben sich einige aus Berliner Zusammenhängen ziemlich derb dagegen verwahrt und gefordert, daß so was in Zukunft nicht mehr passiert. Also, daß Antifas und Autonome in andere Städte fahren und dort einfach so auftrumpfen.

Martin: Nach diesem Ereignis war so ein bißchen der Lack ab von der Vorstellung von den »Berlinern«. Und dann kam noch dieser komische Buchschreiber, dieser Burkhard Schröder, und hat Interviews mit uns gemacht und sie dann völlig sinnentstellt wiedergegeben. Im Grunde hat der behauptet, wir wären nur die kleinen dummen Zonis, die von den großen Kämpfern aus Kreuzberg erst alles lernen mußten.

Axel: Interessant war allerdings: Aufgrund des Wirbels, den dieses Buch in Guben verursachte, kamen dann Gesprächsrunden mit den Rechten zustande.

Mit welcher Absicht habt ihr diese Gespräche geführt, und was ist dabei herausgekommen?

Axel: Wir wollten vorrangig die Militanz aus der Situation rausnehmen. Das ist schon eigenartig in einer Kleinstadt ... Du kennst jeden, du warst mit einigen von denen zusammen im Kindergarten, in der Schule, hast alles mit denen zusammen gemacht. Und auf einmal stehst du dir gegenüber und haust dir auf die Fresse. Das ist völlig unsinnig. Das haben wir damals versucht zu erklären, und eigentlich haben wir das auch ziemlich gut hingekriegt.

Wenn man böswillig ist, könnte man ja sagen, ihr habt sowas wie eine friedliche Koexistenz vereinbart.

Axel: Wir sind mehr oder weniger vom Standpunkt des Kräfteverhältnisses ausgegangen. Einen Krieg konnten wir uns nicht leisten mit den paar Hanseln, die wir waren. Die Faschos waren eindeutig mehr. Darum haben wir versucht, uns an einen Tisch zu setzen. Wenn man miteinander quatscht, kriegt man keins auf's Maul. Und die Zeit, die du da verquatschst, kannst du gut nutzen, um für dich was klar zu machen. Für uns war damals wichtig, Zeit zu gewinnen.

Das heißt, ihr wolltet nur die Luft aus der Situation rausnehmen?

Martin: Das haben wir auch geschafft.

Axel: Bei den Faschos muß es immer Aktionen geben, sonst hauen denen die Leute ins sogenannte bürgerliche Milieu ab. Viele, die damals voll dabei waren, sind jetzt Modetypen geworden, so mit Cowboy-Stiefeln und goldenen Schnallen, die teure Autos fahren.

Hattet ihr Streß mit Bullen?

Axel: Nein. Die haben sich nichts getraut. Es gab in Guben ein paar Vorkommnisse, und seitdem waren die Bullen völlig ruhig. Sie haben immer versucht, sich bei uns einzuschleichen, aber das haben sie nicht geschafft.

Wie sind die Bullen mit den Rechten umgegangen?

Martin: Na, dem Anführer haben sie ins Bein geschossen. Mit denen haben sie sich schon ein bißchen rumgeprügelt.

Wie war denn damals die Struktur eurer Gruppe?

Axel: Es gab zwei, drei von uns, die aufgrund besserer Voraussetzungen – weil sie ein Auto hatten und Telefon – damals ziemlich viel an sich gezogen haben. Die hatten Zeit, rumzufahren und irgendwelches Zeug zu organisieren, oder sind auf überregionalen Treffen gewesen. Nach denen haben sich die anderen weitgehend gerichtet. Dadurch entstand in der Gruppe eine gewisse Rangordnung. Hinzu kam, daß wir damals, das muß ich zu unserem Nachteil sagen, ziemlich elitär waren. Für Linke, die auch Antifa-Arbeit machen wollten, war es sauschwer, in die Gruppe reinzukom-

men. Es gab Beispiele, wo sich einige von uns wieder abgewandt haben, weil wir uns zu wenig um sie gekümmert oder sie überfordert haben. Wir haben außerdem wegen unserer hohen Ansprüche sehr stark unter den Interessenten an unserer Arbeit gesiebt.

Was waren denn das für Ansprüche?

Axel: Das Wesentlichste war, daß wir von denen, die bei uns mitmachen wollten, verlangten, daß sie die Antifa-Arbeit nicht nur so nebenbei machen. Es reichte uns nicht, wenn sie mal zur Versammlung kamen und da das Maul aufmachen, sondern sie sollten auch die sogenannte normale Arbeit mitmachen. Und dann haben wir neue Leute nicht sofort in alles reingucken lassen.

Stefan: Ich war damals mehr oder weniger Sympathisant. In meinem damaligen Freundeskreis sind wir zuerst auf die Hausbesetzung aufmerksam geworden. Ich ging damals zur Penne, in eine linke Klasse, wenn man das so sagen kann, und da wurde das erstmal begrüßt und unterstützt. Aber dann war die Sache mit den Berlinern, und das hat dann doch ein bißchen abgeschreckt. Und nachdem die Antifa einige Zeit nicht in Erscheinung getreten war, hatten wir den Eindruck, daß das doch bloß eine Gruppe ist, die in Kneipen abhängt.

Axel: Was wir gemacht haben, wenn wir nicht in der Kneipe waren, haben die Außenstehenden ja nie mitgekriegt.

Stefan: Deswegen habe ich auch erst ziemlich spät dazu gefunden.

Welche Konsequenzen hatte die Entwicklung für eure spätere Arbeit?

Axel: Es gab einen ziemlich harten Bruch aufgrund dieser Hierarchie-Diskussion. Auch die »Alt-Antifas«, also, die von Anfang an dabei waren, sich aber irgendwann zurückgezogen hatten, äußerten herbe Kritik an der Situation. Wir waren sauer, weil sie sich mehr und mehr raushielten, und sie warfen uns vor, daß wir sie nicht ranlassen würden. So

hat sich das aufgebaut. Es gab dann einige, die aus der Antifa wirklich ausgetreten sind und höchstens noch zu irgendwelchen Anlässen aufgelaufen sind. Das ging dann so weit, daß Leute schreiend die Plenen verlassen haben. Das größte Ding – das ich bis heute nicht verstehe – war die Sache mit der Frauengruppe.

Die war auf einmal da. Gut. Muß sein, haben wir alles eingesehen. Die Frauen wollten sich natürlich auch im Infoladen präsentieren. Aber sie haben erstmal Ansprüche gestellt, wollten einen eigenen Raum haben, mit den Männern im Infoladen nichts direkt zu tun haben. In den Streitereien darüber kamen wir das erste Mal darauf, daß die Meinung eines einzelnen nicht immer die Meinung der Gruppe sein muß. Ich zum Beispiel habe die Forderungen der Frauen völlig abgelehnt. Bis wir das geklärt hatten, sind zwei Monate ins Land gegangen. Der Streit war schrecklich gewesen.

Worum ging es denn inhaltlich?

Axel: Etliche von den älteren Antifas haben zu dem Zeitpunkt abgelehnt, daß die Frauengruppe in den Infoladen zieht, weil sie als Gruppe überhaupt noch nicht gefestigt war. Die haben nur Absichten erklärt, hatten aber noch gar nichts gemacht. Aufgrund dieser Streitigkeiten haben wir praktisch den letzten Anspruch verspielt, überhaupt politische Arbeit zu machen. Und weil wir uns zwei Monate lang letztlich über Mißverständnisse in der Wolle hatten, haben dann einige gesagt: Nein, bei uns ist jetzt Pumpe, wir steigen aus.

Martin: Der Streit war übertrieben, und wir waren auch total überreizt, da braucht man gar nicht diskutieren. Was ich aber nach wie vor gut finde, ist, daß die Frauen durch die Auseinandersetzung Selbstbewußtsein gekriegt haben. Sie wurden da meines Erachtens das erste Mal so richtig akzeptiert. Was für Antifa-Gruppen im Osten typisch ist, war ja auch hier so: männerdominiert – und die wenigen Frauen zurückhaltend oder nur als Begleitung ihres Freundes.

Wie löste sich diese Situation?

Axel: Indem sich die älteren Antifas praktisch aus dem Geschehen rausgezogen haben. Das lag vor allem auch daran, daß wir unser ursprüngliches Verständnis von Antifa-Arbeit verlassen hatten. Wir haben in diesen Diskussionen gemerkt, daß wir völlig abgehoben waren. Wir waren ja schon wie blöde vor lauter Politik. Dazu kam, daß der Streit intern aufbrach, als der äußere Druck auch nicht mehr so stark da war, als wir nicht mehr so mit Faschos beschäftigt waren. Wir mußten feststellen, daß die Antifa-Arbeit zwar ein übergeordnetes und einigendes Ziel war, aber daß bei vielen die Bereitschaft fehlte, sich auch bei übergeordneten politischen Sachverhalten zu einigen. Zum Beispiel war es nicht möglich, Einigung darüber herzustellen, daß man gegen den Kapitalismus kämpfen muß. Ein paar haben gesagt: Das ist doch Quatsch, ich lebe doch hier ganz gut, ich habe bloß was gegen Faschos.

Gab es unter euch auch eine Diskussion über den Anschluß der DDR?

Martin: Größtenteils wurde das abgelehnt. Andererseits hat es uns aber nicht so tangiert. Was sollten wir auch machen? Du mußt einfach erkennen, daß eh alles in den Arsch geht, du bist einer, und die ganze Stadt um dich herum jubelt.

Womit habt ihr eure Arbeit fortgesetzt?

Barbara: Wir haben begonnen, eine Jugend-Antifa aufzubauen. Da arbeiten ungefähr zehn Jugendliche im Alter zwischen 16 und 18. Wir stecken aber noch ziemlich in den Anfängen. Ich weiß nicht, ob das bei Neugründungen immer so ist, aber wenn wir keine Erfolge sehen oder keine Ideen haben, sind wir oft kurz davor, uns gleich wieder aufzulösen.

Wie hattet ihr euch die Arbeit der Jugend-Antifa denn vorgestellt?

Barbara: Das große Ziel war, die Fascho-Kids und die Hobbyfaschos von der Straße wegzubringen, bevor sie richtige Faschos werden. Dann versuchen wir zu verhindern, daß

sich die Deutsche Liga hier in der Gegend einnistet oder gar in den Gubener Kreistag einzieht. Das wollen wir erreichen, indem wir vor allem die Bevölkerung über den Charakter der DL aufklären.

Martin: Wir sind auch zeitweise regelmäßig in dem etwas außerhalb gelegenen Neubauviertel Spucke spaziergegangen, in dem diese Fascho-Kids zu Hause sind. Wir haben da oben Flugblätter verteilt und waren einfach präsent. Das war sehr umstritten in der Jugendfront, denn bei diesen Spaziergängen ging es darum, den Faschos Angst zu machen. Was auch funktionierte. Die sind regelrecht vor uns weggerannt.

Ist eure Arbeit bei Gleichaltrigen akzeptiert, oder seid ihr isoliert und werdet wie Exoten behandelt?

Barbara: Ich kann nur über die Schule reden, auf die ich gehe. Wir sind in meiner Klasse zwei, die linksgerichtet sind. Die anderen nehmen uns nicht so ganz für voll, die Mehrheit orientiert sich doch mehr nach rechts. Wenn wir Diskussionen anfangen, versuchen sie das immer abzublocken. Dann kommen natürlich Sprüche, daß wir aus der Klasse raus sollen, weil wir halt links sind, oder es wird einem »linke Sau« hinterhergerufen. Einigen aus der Jugendfront wurde von Faschos gedroht: Wenn ihr – also die Jugendfront – uns stört, dann seid ihr dran, dann machen wir euch fertig.

Martin: Früher war es irgendwie extremer. Jetzt ist das Gros der Schüler eher prollig, spießbürgerlich drauf. Die ziehen Markenklamotten an und vertreten die normale Bürgermeinung, eben daß Ausländer kriminell sind und nur »unser« Wirtschaft belasten. Sie sind auch nicht so organisiert wie früher. Meistens hängen sie rum, lassen sich volllaufen und markieren den Starken, aber wenn's hart auf hart kommt, verpissen sie sich. Sechzehnjährige Fascho-Kids haben mal beim Penny-Markt an der Grenze Polen angemacht, die da einkaufen gegangen sind. Irgendwann sind dann polnische Heavy Metals übergekommen und haben die ordentlich verdroschen.

Wie war die Stimmung in Guben, als die Grenze zu Polen geöffnet wurde?

Axel: Eigentlich ruhig. In Städten wie Frankfurt/Oder war es wesentlich schlimmer. Hier hat das Interesse der Deutschen überwogen, in Polen billig einkaufen zu können. Gut, bei einer Arbeitslosenquote von 18 bis 20 Prozent in Guben ist das auch zu verstehen. Da macht es sich schon bemerkbar, wenn du drüben tanken fahren kannst oder dort deine Lebensmittel für ein Viertel des Preises kriegst.

Stefan: Bemerkenswert ist höchstens, daß sich kurz nach der Grenzöffnung der Abgeordnete der DSU aus dem Gubener Stadtparlament nicht erblödet hat, mit den Faschos gemeinsame Sache zu machen. Die haben einen richtigen Aufmarsch veranstaltet, sind mit Reichskriegsfahnen durch Guben gezogen und haben einen Schlagbaum beschädigt. Der DSU-Mann ist dafür verurteilt worden, trotzdem sitzt er immer noch im Stadtparlament.

Habt ihr Kontakte zu polnischen Linken auf der anderen Seite?

Axel: Wir haben das mal versucht, aber die polnische Seite, die Stadtverwaltung in Gubin, hat da schnell einen Riegel vorgeschoben. Wir hatten zum Beispiel mal eine Band eingeladen, hier bei uns zu spielen, war auch alles fix und fertig vorbereitet, und dann bekam die Band die Auflage vom polnischen Zoll, daß sie keine Instrumente mitnehmen dürfen. Da ist das natürlich gestorben. Wir waren mal drüben, da mußten wir mehr oder weniger flüchten.

Wieso?

Axel: Es gibt gerade in Gubin ein paar Skins, die ziemlich antideutsch sind. Die sind auch faschistoid, haben Sprüche drauf wie: Polen den Polen und so. Letztens waren rund 50 polnische Glatzen in Cottbus und haben die Autos von ein paar Führungsmackern der DA plattgemacht. Aber eigentlich differenzieren sie nicht zwischen Linken und Rechten. Für die sind alle Deutschen gleich negativ und müssen weg.

Martin: Wir wissen im Grunde nichts über die polnische Szene. Mal abgesehen von den Sprachschwierigkeiten, die

halten ihre Jugend voll unter der Fuchtel. Es hat ein paar mal Konzerte gegeben, organisiert von den Städten Gubin und Guben zusammen, da kamen auf 100 Leute 20 Bullen, die beim Konzert mitten unter den Leuten rumstanden, mit Helm und Knüppel. Also, was soll sich da schon entwickeln?

Fahren deutsche Faschos rüber nach Polen?

Stefan: Die werden sich schwer hüten.

Ihr habt vorhin davon erzählt, daß nach eurem Streit vieles in die Brüche gegangen ist. Andererseits baut ihr wieder neue Strukturen auf. Was ist dazwischen passiert? Fangt ihr wieder bei Null an?

Axel: Es ist ja nicht alles zu Ende gewesen. Den Infoladen gab es die ganze Zeit über weiter, wir haben uns nach wie vor an überregionalen Sachen wie Wunsiedel beteiligt. Und dann hatten wir natürlich das Café. Das ist für die politische Arbeit, die wir jetzt machen, enorm wichtig geworden. Meiner Meinung nach kommen wir so viel besser an die Kids ran, als wenn wir die Stadt mit irgendwelchen Pamphleten vollkleben. Wir lassen jeden rein, außer bekannte Sexisten und Führungskader der Faschos. Natürlich sind bei denen, die kommen, auch welche dabei, die früher bei den Nazis waren. Wir hatten deswegen intern ernsthafte Auseinandersetzungen, weil einige sich davon gestört gefühlt haben. Nach Diskussionen sind wir dann übereingekommen, daß wir die Betreffenden reinlassen, solange sie weder hier noch anderswo Stunk machen, und das funktioniert auch.

Ihr habt also gute Erfahrungen damit gemacht, daß ihr euch geöffnet habt und nicht mehr so abschottet?

Axel: Die Ausgrenzung nutzt uns ja nichts. So haben wir ja auch viel mehr Akzeptanz gefunden. Auch wenn da jetzt welche mit Anti-Nazi-Aufhängern hier ins Café kommen, wissen wir doch, daß da politisch nicht unbedingt was dahintersteht. Die sind nicht von heute auf morgen große Antifaschisten geworden, aber sie haben für sich was klargekriegt. Und das werte ich erstmal als Erfolg.

Martin: In der Jugendfront gibt es nach wie vor eine Diskussion darüber. Wir fragen uns, ob man den rechten Jugendlichen militant Angst machen sollte, damit man sie erstmal rankriegt, oder nicht. Ich glaube schon, wenn wir in dem Neubaugebiet militant Präsenz zeigen, werden die sich überlegen, ob sie überhaupt noch was machen. Neulich war eine Reporterin bei uns, die bei den Kids im Neubauviertel rumgefragt hat. Der haben die Kids von einer riesengroßen, starken autonomen Szene in Guben erzählt. Da weißt du ja ungefähr, was die für einen Eindruck von uns haben.

Stefan: Auch nicht unberechtigt. Im vorigen Jahr, ich arbeitete damals im hiesigen Asylbewerberheim, hatten Cottbusser, Eishenhüttenstädter und Gubener Faschos geplant, das Heim hier anzugreifen. Am Ende tauchte der Gubener Babysturm alleine vor dem Heim mit Steinen in der Hand auf.

Babysturm?

Stefan: So Sechzehn- bis Achtzehnjährige. Wir haben das Heim geschützt, obwohl auch der BGS da war. Erst haben die Faschos von den Bullen Prügel bezogen, und dann von uns.

Axel: Als wir militant waren, hat uns das in den Augen der anderen Seite aufgewertet. Es war überhaupt die Voraussetzung, um an die Jugendlichen ranzukommen, von ihnen ernst genommen zu werden. Wir haben gezeigt, daß wir auch diese Sprache sprechen, uns körperlich auseinandersetzen können. Deshalb sind die gekommen, aus Angst.

Stefan: Du mußt dir mal so einen Vierzehnjährigen angucken. Wir haben mal einen auf den Kopf gestellt, und da ist ihm ein ganzes Waffenarsenal aus der Tasche gefallen.

Axel: Also, ich sehe mich da selber wieder, bloß eine Spur schlimmer. Die sind noch jünger als wir, als wir anfangen, und sind noch härter drauf. Dagegen muß was gemacht werden und dabei hat dieses Café eine wichtige Funktion, schon weil Gespräche relativ einfach möglich sind. Und auch die Jugendfront hat dabei eine wichtige Aufgabe. Wenn ich

mich hinstelle mit meinem Vierteljahrhundert und so einem Vierzehnjährigen was erzählen will, sagt der doch, verpiß dich, Alter.

Ihr macht in eurem Café auch Veranstaltungen?

Stefan: Unser Anwalt hat hier beispielsweise ein Seminar gemacht. Wir machen aber auch einen Haufen kulturelle Sachen, Konzerte, zeigen kritische Filme. Wobei das alles nicht auf Kommerz ausgerichtet ist.

Wie ist heute das Verhältnis zur Stadt?

Stefan: Wir sind jetzt salonfähig. Wir sind anerkannter Träger der Jugendarbeit, nur Geld kriegen wir von der Stadt nicht. Wir müssen alles selber erwirtschaften. Aber wir sind erstmal akzeptiert und können jetzt auch aus einer ganz anderen Position irgendwelche Sachen verklickern. Vor allem was die Deutsche Liga angeht. Der Extremismusausschuß der Stadt Guben hat mal hier getagt, da haben wir denen erstmal ein paar Sachen gegeben, Filme, Fotos, ein paar Bücher, ein paar Zeitungen. Damit die sich erstmal damit beschäftigen, was für ein Volk hier in der Stadt herumläuft.

Martin: Aufschlußreich für den Grad der Akzeptanz der Antifa ist auch, wie die Miete für das Café getragen wird. Stadtverordnete aller Fraktionen bestreiten die nämlich aus ihren Aufwandsentschädigungen.

Stefan: Interessant ist auch, daß in dem alten, kurz nach der Wende gegründeten Stadtjugendring ohne die Antifa gar nichts geht. Darin sind neben freien Gruppen wie uns die Jugendorganisationen von allen möglichen bürgerlichen Parteien zusammengeschlossen.

Haben sich die Kontakte zu anderen Antifa-Gruppen verändert, nachdem ihr eure Arbeit fortgesetzt habt?

Axel: Die eigentliche Regionalorganisierung geht ursprünglich von Guben aus. Das ist uns zwar auf die Füße gefallen, weil wir deswegen oft als arrogant verschrien wurden. Die anderen haben uns vorgeworfen, daß wir nur noch Kopfar-

beit machen und uns nicht mehr rumprügeln. Und nachdem wir die Diskussion um unsere Frauengruppe geführt hatten, haben wir wieder kritisiert, wie in anderen Gruppen mit Frauen umgegangen wird.

Es gibt bis jetzt einen gewissen Konkurrenzstreit. Vor allem durch diese AA/BO-Geschichte. Durch unsere Beteiligung daran sind wir auch über die Region hinaus bekannter geworden.

Welche Position habt ihr dazu?

Martin: Es gibt keine einheitliche Meinung über die bundesweite Organisation hier in Guben. Erst waren wir total begeistert, aber dann sind wir zu dem Schluß gekommen, daß es ein großer Fehler war, daß wir uns daran beteiligt haben. Wir als Antifa sind immer zu den Treffen gefahren, aber hier in Guben haben wir nichts mehr klargekriegt. Einige wollten mitmachen, weil es eine Organisationsform ist, über die du gute Pressearbeit machen kannst.

Ihr hattet ja hier ein Bundestreffen ...

Axel: Das war gut und schön, aber es sollte auch das letzte in Guben gewesen sein. Ich für mich sehe keinen Sinn darin, sich dermaßen überregional zu strapazieren, dafür sind wir zu klein. Wir sollten da eine Rolle spielen, die wir gar nicht hätten abdecken können. Irgendwelche bundesweiten Organisationen lehne ich sowieso eher ab. Das funktioniert besser, wenn der Osten alleine was untereinander klarkriegt.

Martin: Auf alle Fälle ist für uns die Ostvernetzung besser, wichtiger. Trotzdem begrüße ich immer noch eine bundesweite Organisation. Es gibt im Westen viel mehr Diskussionen als im Osten, und aus der Entwicklung der linken Szene in Westdeutschland läßt sich auch eine Menge lernen. Außerdem organisieren sich die Faschos ja auch in Ost-West-Zusammenhängen. Die Nazi-Parteien, die es hier gibt, die sind ja nur Ableger von Westparteien.

Axel: Bei uns wurde vor allem der Aufwand kritisiert, den die Westler betreiben wollten, um so eine Organisation auf

die Beine zu stellen. Was die sich für Festivitäten leisten wollten ...

Martin: ... um als gesellschaftlicher Faktor anerkannt zu werden ...

Axel: Ich will in dieser Gesellschaft ja gar nicht anerkannt werden.

Stefan: Mir hat bei diesem Bundestreffen vor allem der menschliche Faktor gefehlt. Von daher habe ich nur negative Erinnerungen daran. Die haben mit so vielen Fremdwörtern rumgeknallt, da haben mir nur die Ohren geschlackert. Und dann, wenn jemand aus anderen Zusammenhängen gesprochen hat, mußte er sich von Göttingern fragen lassen: Wo kommst du eigentlich her? Da ist mit glatt die Luft weggeblieben. Insgeheim habe ich mich gefreut, daß da immer mehr Städte abgesprungen sind.

Martin: Charakteristisch für das Ost-West-Verhältnis bei dem Treffen war auch, daß die Gruppe aus Forst¹ abgehauen ist. Sie haben gesagt: Die streiten sich hier über einzelne Worte, und wir wissen nicht, ob wir von Faschos was auf's Maul kriegen, wenn wir nach Hause kommen.

Ist euch noch etwas wichtig, was bisher noch nicht angesprochen wurde?

Axel: Wir machen über das Café eine ganze Menge sozialpolitischer Arbeit. Neben den erwähnten Gruppen wie Infoladen oder Jugendantifa hat auch die Schwulengruppe von Guben hier bei uns ihre Räume. Es passiert schon mal, daß eine Schulklasse ihren Unterricht bei uns abhält. Aber um richtig gute Jugendarbeit zu machen, müßte das natürlich dort stattfinden, wo die Jugendlichen den größten Teil ihrer Zeit verbringen: in der Schule oder in den Jugendklubs. Das jedoch hat uns die Stadtverwaltung strikt untersagt. An städtischen Einrichtungen dürfe nirgends in der neuen Bundesrepublik politische Arbeit gemacht werden. Die herrschende rechte Pöbelmeinung jedoch ist dort natürlich präsent. Und wird mit Geldern der Regierung noch gefördert. Wir haben

überhaupt kein anderes Feld mehr als die Straße. Und wo das hinführen kann ...

Anmerkung:

- 1 Kleinstadt im Süden des Landes Brandenburg, etwa 40 Kilometer von Guben entfernt und auch an der Grenze zu Polen gelegen.

Wir brauchen eine verbindlichere Struktur

Interview mit der Antifa Bonn/Rhein-Sieg

Die Antifa Bonn/Rhein-Sieg ist in den letzten Jahren zu einer festen Organisation gewachsen. Sie ist aus einem antifaschistischen Plenum und den seit 1989 in der Region entstandenen autonomen Antifa-Jugendfront-Gruppen hervorgegangen. Mit der Organisierung von Antifa-Gruppen antworteten linke Jugendliche auf die überaus starke FAP-Präsenz und die Untätigkeit autonomer Gruppen in den 80er Jahren im Bonner Raum.

Wann kam es zur Herausbildung von Antifa-Strukturen in Bonn?

Uli: Die Antifa Bonn hat sich Mitte der 80er Jahre wegen der zunehmenden Nazi-Angriffe gebildet. Den letzten Ausschlag gab ein brutaler Nazi-Überfall auf Punks, 1984. In dem Jahr danach begann sich die Antifa zu gründen. Das war eigentlich eine Entwicklung neben der bestehenden linken Szene in Bonn. Unser Schwerpunkt war erstmal, den militanten Nazis entgegenzuarbeiten. Die FAP ist in Bonn sehr stark. Sie hat hier einen ihrer größten »Gaue« und hat den Straßenterror in Bonn gesteuert.

Was meinst du mit »Entwicklung neben der Szene«?

Uli: Die Antifa hat sich damals parallel zu den autonomen Infoladenstrukturen entwickelt. Es gab natürlich vielfältige Beziehungen, auch gemeinsame Demos und Aktionen, aber es war schon eine eigenständige Organisierung.

Gibt es dafür Gründe?

Uli: Die autonome linke Szene war von einem enorm hohen Anspruch geprägt, am liebsten alles auf einmal verändern zu wollen. Dabei ist dann praktisch aber so gut wie gar nix her-

ausgekommen. Antifa hatte im Gegensatz dazu ein klar abgegrenztes Themenfeld (das damals vielleicht noch nicht so wichtig war wie heute) und die eigenen Ansprüche etwas tiefer gehängt.

Die linksradikale Szene war zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich mit internen Diskussionen beschäftigt, diesen lähmenden Richtungsauseinandersetzungen zwischen Antiimps und Autonomen, und das nicht nur hier in Bonn. Natürlich gab es noch inhaltliche Debatten, die wir auch aufgegriffen haben, z.B. über Vergewaltiger, Sexismus und Patriarchat, aber die Form solcher Diskussionen war oftmals total destruktiv, so daß im Endeffekt viele Gruppen daran zerbrochen sind. Es hat Jahre gebraucht, daraus resultierende Spaltungen wieder aufzuheben.

Außerdem gibt es ein Problem mit dem linken Szene-Anspruch, wie man sich ausdrückt und gibt, den können eigentlich nur wenige erfüllen. Jugendliche, die von der Hauptschule kamen und sich nicht so geschliffen ausdrücken konnten und diesen ganzen sexistischen Scheiß z.B. viel direkter ausdrückten, die waren von vornherein ausgegrenzt.

Und das war bei der Antifa nicht der Fall?

Uli: Es wurde versucht, die unterschiedliche soziale Herkunft nicht zu so einem Spaltpilz werden zu lassen, sondern die Diskussionen so zu führen, daß auch neue Leute ohne große Erfahrungen einen Zugang finden können. Denen wurde nicht gleich das ganze Glaubensbekenntnis abverlangt, »ja, ich bin gegen Rassismus, Sexismus, Faschismus usw.«. Diese Überlegungen führten dann später auch zur Entstehung einer Antifa-Jugendfront in Bonn.

Eurem Anspruch nach habt ihr also erstmal Antifa als direkte Anti-Nazi-Arbeit verstanden?

Uli: Für uns bedeutet Antifa, als Teil einer linksradikalen Bewegung einen Schwerpunkt zu setzen, an dem eine kontinuierliche Arbeit möglich ist, und nicht einer Kampagne nach der anderen hinterherzulaufen. Für uns in Bonn war

dieser Schwerpunkt, gegen die gewalttätigen Neofaschisten vorzugehen. Es wurde Recherche-Arbeit gemacht, also die Nazi-Strukturen ausgeleuchtet, und sich den Nazis militant entgegengestellt. Neben diesen ganzen Demos gegen Rep-Veranstaltungen und kleineren Scharmützeln war es besonders wichtig, gegen die bekannten Nazi-Kneipen in der Stadt was zu tun. Es gab Nazi-Kneipen, von denen aus regelmäßig normale Passanten, Linke und Ausländer angegriffen und zusammengeschlagen wurden. Es wurde dann im Gegenzug versucht, sich die Nazi-Führer rauszugreifen. Da gibt es symbolisch sehr wichtige Geschichten, daß sich drei Antifas z.B. einen Nazi-Chef herausnehmen und verprügeln, und sein ganzer Anhang von zehn Mitläufern schaut zu und traut sich nicht einzugreifen. Bei deren autoritärer Struktur war das sehr wirkungsvoll.

Rainer: Etwas anderes sehr Wichtiges war, daß die Nazis als Kristallisationspunkt bestimmte Uni-Feste wählten, um da auch von auswärts einzufallen. Die sind da offen aufgetreten und haben das Publikum richtig tyrannisiert. Wir haben uns dann, ich glaube, das war 1988, auch mit anderen Antifas zusammengetan, sind da hingegangen, haben Flugblätter verteilt und Nazi für Nazi rausgeprügelt.

Uli: Die Nazis liefen da in Montur und Abzeichen rum, nicht nur Bonner, sondern auch von der FAP aus Dortmund. Die haben ganz direkt versucht zu rekrutieren, und bis 1990 haben die in Bonn auch jedes Jahr einen immer größer werdenden Aufmarsch am 17. Juni veranstaltet.

Hat die starke FAP-Präsenz in Bonn etwas damit zu tun, daß Kühnen aus Beuel kam?

Rainer: Hier in Bonn war immer der Busse-Flügel¹ ausschlaggebender. Das sind Figuren wie Ralf Tegethoff aus Bad Honnef-Aegidienberg, der hier einen starken »Gau« leitet.

Haben die Nazis eine nennenswerte Bastion an der Universität, oder wie kommt es, daß sie ausgerechnet auf Uni-Festen agierten?

Rainer: Also, die Feste hat der AStA organisiert und viele Nazischläger sind da so hingekommen wie vor zehn Jahren etwa die Rocker.

Aber zur Uni wäre dennoch zu sagen, daß es hier sehr viele Burschenschaften gibt, die viele Veranstaltungen machen und auch Verbindungen zu organisierten Neonazis unterhalten. Eine schillernde Figur in diesem Spektrum ist sicher der »Extremismus-Forscher« Professor Knütter, der am Seminar für politische Wissenschaften lehrt. Er ist einer der intellektuellen Wegbereiter des »Anti-Antifaschismus«. Seine Bücher haben Titel wie »Deutschfeindlichkeit«, und unter seinem Mentorat hat ein Uni-Arbeitskreis Veranstaltungen mit dem Geschichtsfälscher David Irving und dem rechtsradikalen Barden Frank Rennicke in der Universität abgehalten.²

Wie geben denn die Bonner Stadtpolitiker mit ihren Nazis um?

Uli: Bonn wird von der CDU regiert. Der ging es hauptsächlich darum, militante Auseinandersetzungen erst gar nicht sichtbar werden zu lassen. Die Auseinandersetzungen mit Neonazis wurden bis Anfang der 90er auch von der Presse konsequent verschwiegen, außer es ging gar nicht mehr. Man konnte nichts darüber lesen, ob nun Nazis MigrantInnen angriffen oder sie umgekehrt auf's Maul bekamen. Das hat auch ein bißchen mit dieser Hauptstadt-Diskussion zu tun. Die Bonner hatten immer die Strategie gehabt, einen auf heile Welt zu machen, und in Berlin tobt der Mob ...

Rainer: Dabei war das eigentlich nicht zu übersehen. Da gab es zum Beispiel diese Kellerkneipe. Die hieß erst »Schlüssel« und später dann »Night-and-Day« hier mitten in der Innenstadt. Da hingen am Wochenende regelmäßig Nazis rum. Das ging dann so weit, daß man mit roten Haaren an der Kneipe nicht mehr vorbeilaufen konnte, ohne Ärger zu bekommen. Und da sind wir dann halt mit jugendlichen Antifas auch jedes Wochenende Patrouille gelaufen, ein halbes Jahr lang, und haben uns mit denen rumgeklöppt.

Also, das war richtig heftig, mit Straßenschlachten um acht Uhr abends im Sommer, wo total viele Bürger auf der Straße waren. Das war eigentlich auch unser erster größerer Erfolg, weil die Wirte des Lokals wegen dieser andauernden Randalen dann die Konzession entzogen bekamen.

Uli: Viel von unserem Gruppenzusammenhalt kam zunächst von diesen gemeinsamen Patrouillen und den direkten Aktionen. Aber es gab auch schon so erste Ansätze einer Öffentlichkeitsarbeit. Als Vorläufer von dem jetzigen Antifa-Info Rhein-Sieg haben wir bereits für das Berliner Jugendinfo einen Bonner Lokalteil gemacht, der dann kostenlos an den Schulen verteilt wurde. Die Antifa ist dann relativ rasch angewachsen, was natürlich auch zu einigen internen Widersprüchen führte.

Was für Widersprüche meinst du?

Uli: Ja, dadurch, daß auch mehr Leute kamen, gab es auch größere Unterschiede und verschiedene Bedürfnisse. Einige waren bereits politisiert, mit einem inhaltlichen Hintergrund und mehr Erfahrung, weil sie eben schon vorher was gemacht hatten. Aber es gab auch andere, für die erstmal die Aktion der Anreiz war mitzumachen und die auch zum Teil schulisch einen anderen Hintergrund hatten. Mit einem einzigen gemeinsamen Plenum war das nicht mehr zu fassen. Da fühlten sich auch die Jüngeren oftmals einfach überfordert und bevormundet. Als Ergebnis daraus entstanden mehrere Gruppen, oft auch nach lokalen Gesichtspunkten, in denen die unterschiedlichen Bedürfnisse besser geregelt werden konnten. Da gab es eine Gruppe mit Älteren, die stärker inhaltlich arbeiten wollte, und es gab eine Gruppe mit den Jüngeren, Unerfahreneren, und aus einem gegenseitigen Bedürfnis sind da zwei von den Älteren reingegangen, um konkrete Aufbauarbeit zu leisten und die bisher gemachte Erfahrung weiterzuvermitteln.

Und das hat funktioniert?

Rainer: Ja, es gab ein gemeinsames Vertrauenverhältnis. Wichtig war, daß auch total viel über die private Schiene

lief, daß man auch sonst etwas zusammen gemacht hat und sich eben nicht nur auf den Treffen gesehen hat. Also, daß es keine solche Trennung von privat und politisch gab. Ohne das Umfeld, das die Antifa-Jugendfront damals geboten hatte, wären die Leute auch wohl schnell wieder verschwunden.

Und wie haben sich die Gruppen untereinander koordiniert?

Uli: Als Modell ist dann ein Delegiertentreffen entstanden. Alle zwei Wochen treffen sich die Vertreter der Gruppen, um Diskussionen und Aktionen zu koordinieren. In den letzten Jahren konnten so nach dem oben beschriebenen Muster laufend neue arbeitsfähige Gruppen entstehen. Gerade im Zuge des Golfkrieges sind wieder viele neue dazugekommen ... Dieses Gruppenmodell ermöglicht einfach, die verschiedenen Interessen stärker zu berücksichtigen. Es ist auch gelungen, erheblich ältere Linke, die einmal Autonome waren und dann aus Mangel an Perspektiven ausgestiegen sind, für Antifa-Arbeit zu gewinnen. Also auch einige aus der autonomen Infoladenszene, die vorher in der Antifa keinen Sinn gesehen haben, aber im Zuge der immer stärker werdenden Faschisierung auch konkreter was tun wollten.

Was war denn die Kritik der anderen autonomen Linken an euch in den 80er Jahren, was machte denn den Unterschied zwischen Bonner Antifa und Bonner Autonomen genauer aus?

Manfred: Wir hatten hier in Bonn konkret das Problem, daß die Faschos sichtbar wurden und offenen Straßenterror ausübten und wir damit vor der Frage standen, was wir jetzt machen. Es hat sich dann schnell eine kleine Gruppe herausgebildet, die das mit militanten Aktionen anging. Es gab halt eine Diskrepanz zwischen dem eher praktischen, militanten Ansatz gegenüber den Faschos und dem eher theoretischen der alten autonomen Zusammenhänge.

Die waren ja alle sehr autonom, hatten ihre Kleiderkonvention, ihren Sprachkodex ... Du brauchtest ja nur ein paar Redewendungen draufzuhaben, dich auf eine bestimmte Art und Weise bei Treffen zu verhalten, und dann warst du Autonome/r. Diese ganze Oberflächlichkeit ... autonomer

Standardlook 1986 hieß: Bundeswehrrosen, Bundeswehrstiefel, Lederjacke und eine möglichst ausgefallene Frisur zu haben. Dazu dann noch das überkorrekte Szenegehabe: Alles schön gerade reden und sich schön ducken, dann kannst du auch nicht anecken ... Und da gab es halt auch welche, die das nicht gemacht haben und zum Teil auch gar nicht konnten, weil sie auch anders sozialisiert waren, und die kamen dann in der autonomen Antifa zusammen. Aber der Knackpunkt war die Gewalt auf der Straße, das Sich-Einlassen auf die offene Auseinandersetzung mit den Faschos, mit allem, was an Vorbereitung dazugehört, auch Kampfsport, das war der Knackpunkt.

Also wurde euch von den älteren Autonomen eine Militarisierung vorgeworfen?

Manfred: Ja, Streetfightertum. Die Antifas waren nun mal die jüngeren und unerfahreneren in der Szene, und so wurde eine mangelnde ideologische Grundlage für die militanten Aktionen unterstellt. Konkret sah das dann so aus, daß die JugendfrontlerInnen sich die Stadt alleine freiprügeln mußten.

Uli: Die linke Szene wohnt ja gerne in der Altstadt. Die bewegen sich vielleicht 100 Meter am Tag zwischen Wohnung und Stammkneipe hin und her, und es stimmt schon, da begegnet man wahrscheinlich keinem Fascho. Aber was um die Ecke los ist, an den Schulen oder in anderen Stadtteilen ...

Nun sind die Autonomen in den 80er Jahren, von denen ihr euch abgrenzt, ja nicht gerade als die großen TheoretikerInnen beschrieben ... ?

Manfred: Naja, das war eben sehr stark aufgesetzt, hat aber gewirkt. Und um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Diejenigen, die in Bonn die Antifa aufgemacht haben, kamen alle aus der autonomen Szene. Also, wir waren zum Teil an der Startbahn West oder in Wackersdorf aktiv dabei. Aber wir brauchten eine verbindlichere, weniger oberflächliche Struktur, gerade auch im Umgang untereinander, das war uns eben sehr wichtig, ob jetzt für Diskussio-

nen oder Aktionen. Diese autonomen Plenen waren immer offen, so offen, daß wir gar nicht bemerkt hatten, daß da z.B. auch ein Bulle in der ersten Reihe mit dabei saß, der sich irgendwann durch seine Sachkenntnis selbst geoutet hat, und da fiel uns allen die Kinnlade runter. Der war eigentlich kein Spitzel, der machte halt beruflich was anderes als in seiner Freizeit, und da hat es uns erstmal gelangt, und wir haben die Gruppe dichtgemacht und uns klarere Kriterien überlegt.

Griffen die Nazis zu jener Zeit schon massiv MigrantInnen oder andere diskriminierte Bevölkerungsgruppen wie Obdachlose an? So, wie ihr es bisher dargestellt habt, waren es vor allem Linke ...

Manfred: Zu der Zeit gab es vor allem Angriffe auf Jugendliche aus der Punk- und Independent-Szene. Alle Leute, die sich schwarz kleideten, waren potentielle Opfer. Das Feindbild der Faschos konzentrierte sich auf Linke und Punks.

Uli: Ja, und gerade an den Schulen gab es harte Auseinandersetzungen mit den Rechten, und das hat die autonome Szene gar nicht wahrgenommen.

Manfred: Weil sie eben auf die Autonomen in ihren Ghettos nicht rechnen konnten, sind die Jugendlichen zu uns gekommen und haben uns erzählt, wie übel es an den Schulen abgeht. Das ist so ein Bereich gewesen, wo wir als autonome Antifa gesagt haben, wir organisieren jetzt eine Antifa-Jugendfront.

Hat sich denn, um auf die Gegenwart zu kommen, das Verhältnis zwischen den übriggebliebenen Autonomen und der Antifa mittlerweile normalisiert?

Uli: Also, das ist ziemlich drastisch. Eine autonome Szene gibt es in dem Sinne eigentlich hier gar nicht mehr. Die Antifa ist inzwischen die größte linksradikale Gruppe in der Stadt, und natürlich gibt es noch andere kleine Gruppen, die gute Arbeit machen, aber etwas Faßbares, so eine autonome Szene-Struktur mit öffentlichen Orten wie Infoläden und Volkküche, gibt es einfach nicht mehr. Und so bitter das ist,

daß wir uns die Anerkennung mühsam erarbeiten mußten, so klopfen die Übriggebliebenen inzwischen auch mal an unsere Tür. Das hängt aber auch mit unserem veränderten Organisationsansatz zusammen, daß wir langsam und schrittweise eine sichtbare Organisation wurden, die in der Lage ist, öffentlich so zu agieren, daß niemand mehr dran vorbeikommt.

Manfred: Es gibt so einen nie eingelösten, aber in den 80er Jahren oft ausgesprochenen Anspruch der Autonomen: global denken, lokal handeln. Das wurde nie verwirklicht, und das versuchen wir jetzt zu ändern.

Aber gab es nicht anfangs ein Mißtrauen, auch aus anderen Städten, gegenüber dem, wie ihr linke Organisation betreibt, was ihr Aufbauarbeit nennt, daß dies wieder zu autoritären Anleitungen führt?

Anne: Also, vielleicht sollte ich mal dazu was sagen. Ich bin in einer Gruppe, die nun so seit einem dreiviertel Jahr existiert. Wir waren alles Schülerinnen und Schüler, und dazu kamen eben zwei von den erfahreneren Antifas. Da haben wir uns erstmal mit so allgemeinen Fragen auseinandergesetzt wie Militanz und staatliche Repression. Wir haben Filme angeschaut und darüber diskutiert, was für uns sinnvoll ist, was wir selbständig gegen Faschos machen können. Und im Moment macht unsere Gruppe bei einer Kampagne gegen Kioske mit, die faschistische Zeitungen verkaufen. Mittlerweile ist es so, daß die Gruppe auch ohne die Älteren funktionieren würde. Das sieht man schon, wenn die mal fehlen. Und warum sollen schon gemachte Erfahrungen nicht weitergegeben werden, warum sollen alle, die wie wir neu anfangen, die alten Fehler wiederholen?

Manfred: Ich glaube, es war ein prinzipieller Fehler der autonomen Szene, Selbstorganisation damit zu verwechseln, daß sich alle vom Nullpunkt aus alles selbst erarbeiten müssen.

Uli: Im Grunde hat sich die autonome Szene teilweise einfach selbst belogen. Es gibt einfach immer schon Hierarchi-

en, dadurch, daß ein paar erfahrener sind, dadurch, daß es Leute gibt, die mehr wissen, und das muß du erstmal überhaupt feststellen, bevor du so was abbauen kannst. Es bringt nichts, einfach zu sagen: Weil wir alle ohne Hierarchien leben wollen, sind wir schon gleich. Damit lügt man sich nur in die eigene Tasche. Im Endeffekt hat die autonome Szene dadurch nur diejenigen ausgeschlossen, die eben nicht auf ihrem Niveau reden konnten, die nicht einem gewissen Äußeren entsprachen ...

Und wie vermittelt ihr denn zum Beispiel die gemachten Erfahrungen, wie sieht das aus etwa in bezug auf militantes Vorgehen?

Manfred: Gerade anfänglich, als es klar war, daß es eine größere Häufigkeit an direkten Auseinandersetzungen geben wird, haben wir in den Gruppen besonders darauf geachtet, verbindlich zu klären, wie weit wir hier gehen. Im Klartext: Daß wir es hier in Bonn nicht verantworten können und es auch ideologisch für falsch halten, Faschisten so zu verprügeln, daß sie danach nicht mehr aufstehen können. Wir gehen eben davon aus, daß du eine Gesinnung ändern kannst, aber eine körperliche Behinderung vielleicht nie mehr. Und ein verantwortlicher Umgang mit Gewalt sollte uns auch immer von den Rechten unterscheiden. Wie ihr euch vorstellen könnt, ist das bei militanten Auseinandersetzungen in der Praxis oft sehr schwer einzuhalten. Um größere Schäden zu vermeiden, gibt es so ein paar Kriterien, zum Beispiel kein Holz, wenn, dann Gummiknüppel usw. ... Manchmal läuft das auch auf einem recht niedrigen Niveau, aber dadurch, daß darüber Gespräche stattfinden, wird dem im nachhinein wenigstens beigegeben. Dazu gehört auch eine gute körperliche Ausbildung. Wir haben unseren eigenen Trainingsraum, und bei uns sind genug erfahrene Leute, die ihr Wissen und den richtigen Einsatz von verschiedenen Techniken auch an Neue weitergeben können.

Uli: Es bleibt aber eine Gratwanderung, die auch nicht immer gelingt. Aber es wird sich auch viel Mühe gegeben, die unterschiedlichen Möglichkeiten und Bedürfnisse zu be-

rücksichtigen. Gerade wenn Leute körperliche Auseinandersetzungen bislang nicht so gewohnt sind und selber zum ersten Mal an etwas teilnehmen wollen, wo es möglich ist, daß was passiert.

Mittlerweile gibt es aber ein ganz anderes Problem. So viele Auseinandersetzungen mit den Faschos auf der Straße gibt es gar nicht mehr. Die laufen jetzt lieber so rum, daß man sie nicht gleich erkennt, und ein Teil der Bonner FAP-Szene arbeitet inzwischen auf einem viel höheren Niveau, bundesweit und mit guten Auslandskontakten. Die machen immer noch Sachen wie in anderen Städten auch, bloß laufen die halt nicht mehr so rum ...

Manfred: Es gibt ein ausgesprochenes Innenstadtverbot von der Antifa an die Faschos, an das sie sich die nächsten 2 000 Jahre zu halten haben. Und dadran halten die sich auch, das ist ja eine Frage des Kräfteverhältnisses, und das ist eindeutig. Die können hier nicht mit kleineren Gruppen durch die Stadt ziehen und sich eine Kneipe nehmen. Was sie aber immer noch können, ist hier eine Demonstration anmelden. Bei ihrem letzten Versuch am 8.2.1993 waren sie mit 120 Hanseln aufmarschiert, und die Antifa hat die Demonstration verhindert. Und im Rahmen der Verhinderung ist hier in Bonn auch zum ersten Mal die Polizei angegriffen worden.

Uli: Unsere Öffentlichkeitsarbeit ist ja mittlerweile viel besser, die militante Demo hat den Bullen ziemlich Druck gemacht, und die Auseinandersetzungen sind in der Stadt viel sichtbarer geworden. So sind die Bullen nun halt gezwungen, Naziaufmärsche im vornherein zu verbieten. Gegen die Rechten machen die überhaupt nur was, wenn sich die Geschichten nicht mehr totsichweigen lassen.

Spield Ereignisse, wie sie in Rostock passiert sind, eine Rolle, wenn es hier erstmals auch zu größeren Auseinandersetzungen mit der Polizei kam?

Manfred: Die Stimmung hat sich, gerade für viele Jugendliche, nach Rostock ganz klar geändert. Eine auf den Demos ganz oft gegen die Bullen gerichtete Parole ist ja dieses »Wo

wart ihr in Rostock?«. Denen nimmt niemand mehr was ab, und es wird eher von einer stillschweigenden Koalition ausgegangen, die dann an solchen Punkten wie der Demonstration, also wenn die Polizei Faschisten schützt, sichtbar wird.

Uli: Nach Rostock gab es auch zum ersten Mal nach langer Zeit wieder eine Scherbendemo, die auch konkret gegen Einrichtungen wie das Landgericht gerichtet war, wo Prozesse gegen Antifas stattfinden, während so Schweinereien wie in Rostock passieren. Für uns war es auch selbstverständlich am Tag X, bei der Abschaffung des Asylrechts, an der Blockade des Bundestages teilzunehmen.

Sichtbar als Antifa-Gruppe oder einfach als linke DemonstrationInnen?

Uli: Letzteres.

Warum nicht erkennbar als Antifa?

Manfred: Regierungsviertel und Bannmeile sind eine »no-go-area«. Das ist Bullenzone, und wer da hinfährt und etwas bekannter ist, kriegt schnell was ab oder hat ein Verfahren am Hals. Da sind wir etwas zurückhaltender geworden.

Seid ihr denn allgemein einem stärkeren Repressionsdruck ausgesetzt?

Manfred: Die Behörden leiten mit großer Regelmäßigkeit Verfahren gegen Linke aus der Antifa und der autonomen Szene ein. Wegen den Demos gegen den Golfkrieg gab's eine ganze Latte von Prozessen. Zur Zeit stehen Prozesse wegen Aktionen gegen die Reps in Bad Godesberg an, immer kleinere und größere Sachen, Landfriedensbruch, Körperverletzung und so weiter. Bonn ist halt eine kleine Stadt mit großer Bullendichte, da wirst du schon schnell mal erwischt, beim Sprühen oder sonst irgendwas.

Um nochmal auf den vorigen Kontext zurückzukommen: Ihr gehört doch zu den Antifa-Gruppen, die in letzter Zeit auch verstärkt antirassistische Arbeit machen?

Uli: Ja, nach Rostock hat sich in Bonn ein antirassistisches Bündnis mit verschiedenen linken Gruppen, Linksradikalen,

linken Hochschulgruppen gebildet, an dem die Antifa beteiligt war. Darüber ist die übliche antirassistische Arbeit gelaufen, also Flüchtlingsheime beschützen, Aktionstage in der Innenstadt usw. Wir stehen dieser Form von »Feuerwehr«-Politik aber kritisch gegenüber und haben versucht, etwas Weitergehendes zu entwickeln. Wir versuchen jetzt gerade, ein antirassistisches Infotelefon mit aufzubauen.

Inwiefern beinhaltet ein solches Infotelefon mehr als das, was ihr ohnehin schon macht?

Anne: Es soll offener sein, damit es auch Leute benutzen, die sich nicht so organisiert haben wie wir. Damit alle leichter an wichtige Informationen herankommen, auch wir.

Was für Informationen sollen das denn sein?

Manfred: Das geht vom Nachbarn, der sonntags ein braunes Hemd anzieht und Marschmusik hört, über Beamte in den Ämtern, die AusländerInnen schlecht behandeln, hin zu rassistischen Lehrern und Professoren; alles, was wichtig ist und den Alltag vieler beeinflusst, damit man das auch mal namhaft machen und thematisieren kann.

Arbeitet ihr denn direkt mit Flüchtlingsgruppen oder organisierten MigrantInnen zusammen, sind in euren Gruppen auch Menschen ohne deutschen Paß ... ?

Manfred: Ja. Und zu den Flüchtlingsheimen haben einige aus der Antifa kontinuierlich gearbeitet. Manchmal ging es dabei auch um ganz praktische Sachen. Z.B., die Stadt hatte sich geweigert, die Flüchtlingsheime mit ausreichend Feuerlöschern zu versorgen. Die wurden dann nachts besorgt. Oder daß überall ein Telefon ist. Es wurde geschaut, daß es konkrete Ansprechpartner in den Unterkünften gibt, und gemeinsam für einfache Schutzmöglichkeiten gesorgt. Falls es zu Angriffen kommen sollte, gibt es Telefonketten, um für eine Verteidigung mobilisieren zu können.

Es gibt auch eine Sondernummer des Antifa-Jugendinfos zu Rassismus und Flüchtlingspolitik in der BRD.

Haben sich nach 1989 und dem Anschluß der DDR eure politischen Positionen verändert, gab es bei euch eine Diskussion über die alte DDR, oder ist das für euch ganz weit weg?

Uli: Das ist schwierig. Also, geographisch sind wir hier erstmal näher an Brüssel als an Dresden dran, aber es spielt natürlich schon eine große Rolle, weil die ganzen Entwicklungen, die das ausgelöst hat, ja auch nicht vor dir haltmachen.

Manfred: Es ist ja nicht so, daß nur die Mauer und die DDR weg ist, der ganze Ostblock und die Sowjetunion als politischer Gegenpol zum Westen sind verschwunden. Das geht nicht an uns vorbei, das hat Konsequenzen, ob es nun um Bosnien oder Somalia geht, und da kommen wir als Linke nicht drum 'rum, eine Position zu finden ...

Uli: Also, praktisch heißt das für uns auch, daß wir in den Osten gefahren sind, um da antifaschistische Aktionen zu unterstützen oder um sich einfach zu informieren. Es gibt auch Kontakte zu Antifa-Gruppen in der alten DDR.

Haben sich eure politischen Vorstellungen mit dem Ende der DDR verändert, oder ist für euch alles relativ gleich geblieben?

Uli: Es hat sich viel verändert, allerdings sind auch viele und sehr existentielle Sachen gleich geblieben. Es gab vorher auf der Welt Armut, Hunger, Ausbeutung, Unterdrückung, Kriege, Faschismus usw. Das alles gibt es auch heute noch, und das ist das Entscheidende. Deshalb können wir auch die weinerlichen Linken, die in Hunderten von Reden und Schriften bejammern, daß seit 1989 alles ganz anders ist, nicht verstehen. Die Ausgangslage ist heute eine andere, unsere politischen Vorstellungen haben sich dadurch nicht geändert. Wie die DDR als Staat zu beurteilen ist, da gab es bei uns vor ihrem Ende unterschiedliche Positionen, und die sind heute immer noch unterschiedlich. Es gibt aber niemanden, der die DDR als anstrebenswertes Gesellschaftssystem gesehen hat.

Aber daß die BRD die DDR einfach mit übernommen hat und jetzt auch weltpolitisch eine ganz andere Rolle spielt ...

Wieder Soldaten und die dazugehörigen Kriegsberichterstatter in alle Welt schickt ...

Manfred: Oder als erstes Kroatien anzuerkennen ...

Uli: Und natürlich kommt auch der Aspekt dazu, daß jetzt die Verelendung in der DDR bewußt in Kauf genommen wird und der Rassismus der Bevölkerung von der westdeutschen Regierung auch dazu benutzt wurde, wie man in Rostock sah, um das Asylrecht abzuschaffen. Aber es gibt eigentlich niemand, der die DDR toll findet und meint, daß alles wieder wie früher werden soll.

Manfred: Naja, es gibt schon welche, für die die DDR kein verteidigungswerter Staat war, die aber jetzt anfangen, diesem System hinterherzuheulen, von wegen der Kinderhorte und den anderen schönen sozialen Errungenschaften. Es ist doch totaler Quatsch, die Legitimation eines Staates am Vorhandensein oder Nicht-Vorhandensein von Kinderhortplätzen festzumachen.

Nun gibt es ja Antifa-Gruppen wie die Antifa (M), denen eine gewisse Nähe zu orthodox kommunistischen Vorstellungen nachgesagt wird. Mit denen arbeitet ihr zusammen. Tun sich da keine ideologischen Schwierigkeiten auf?

Manfred: Also, erstens erkennen wir bei der »M« keine orthodox kommunistischen Vorstellungen. Zweitens verstehen wir nicht, wie man auf so was kommen kann, wenn man ihre Veröffentlichungen liest. Und drittens gibt es an einzelnen Punkten schon unterschiedliche Analysen und Vorstellungen, aber die sind Gegenstand gemeinsamer Diskussionen mit der »M« und in der AA/BO und nicht eines solchen Interviews.

Ihr beteiligt euch also an dem, was sich AA/BO (Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation) nennt?

Uli: Ja. Allerdings beteiligen wir uns nicht nur an der AA/BO, wir sind Teil der AA/BO. Wir haben zwar bei uns keinen einheitlichen ideologischen Ansatz, also, nicht weil wir jetzt darin den kommunistischen, anarchistischen, sonst-

was-istischen Ansatz sehen, sondern weil die AA/BO die konsequente Weiterentwicklung unserer Politik ist. Also, sich erst lokal, dann regional und dann bundesweit zu organisieren, betreiben wir aus praktischen Erwägungen heraus.

Und was ist mit dem »Antifaschismus auf antiimperialistischer Grundlage«, wie das die »M« zu formulieren pflegt? Schließlich ist sie ja keine unwesentliche Kraft in der AA/BO, und eine ganze Reihe von Antifa-Gruppen haben ja auch schon abgewunken ...?

Manfred: Naja, wir finden nicht, daß die »M« »zu formulieren pflegt«, sie beschreibt lediglich einen Aspekt ihrer Herangehensweise. Das Wegbleiben einiger Antifa-Gruppen mit dem »Antiimperialismus« der »M« oder anderer AA/BO-Gruppen zu begründen, wäre recht einäugig. Erstmal bleiben Gruppen weg, weil sie eine panische Angst haben, sich überhaupt zu organisieren. Es gibt auch die Befürchtung, daß die Gruppen, die die BO machen, unter dem Deckmantel des Antifaschismus jene antiimperialistische Politik weiterbetreiben, die die Antiimps schon früher einmal in den Sand gesetzt haben. Wer allerdings die Politik der AA/BO verfolgt, wird sehen, daß diese Befürchtungen keine Grundlage haben. Wer das heute der AA/BO weiterhin vorwirft, führt anderes im Schilde. In der BO sind viele verschiedene Gruppen, viele jüngere, die an diese ideologischen Auseinandersetzungen viel pragmatischer rangehen können. Die wissen, warum eine bundesweite Organisation notwendig ist, und die wissen vor allem auch, wie man verhindert, daß irgendeine Gruppe ideologisch alles in eine Richtung lenkt.

Uli: Diese ganzen Auseinandersetzungen um Antiimperialismus oder sonstwie revolutionäre Organisation sind doch bloß so Scheingefechte, anstatt daß wirklich geguckt wird, was denn da dahinter steckt und wer sich da alles beteiligt. Einfach auf die »M« als eine der Gruppen zu schießen, ist natürlich viel bequemer.

Ich denke, es geht darum, eine bundesweit sichtbare Organisation aufzubauen. Es ist nun mal Realität, daß Antifa-

Gruppen nur in etwas größeren Städten aktiv sind und hier auch mehr Möglichkeiten haben als in anderen Regionen, wo oftmals nur ganz wenige, manchmal nur Einzelpersonen, was machen. Über einen besseren Austausch können wir uns stärker unterstützen, so daß z.B. für alle Druckmöglichkeiten vorhanden sind oder auch Leute, die nicht auf jedes Treffen fahren, über Mailboxen schnell an wichtige Informationen rankommen können und nicht aus der Struktur rausfallen.

Inhaltlich wollen wir weg davon, daß diese Auseinandersetzungen um »Antiimperialismus«, »Kommunismus« oder »Anarchismus« weiterhin so schlagwortartig geführt werden. Wir unterstellen einigen, die mit diesen Begriffen herumwerfen, gar nicht so genau über deren Inhalt Bescheid zu wissen. In der BO wollen wir lieber an konkreten Beispielen unsere Position klären. Natürlich können und werden wir uns nicht auf Dauer auf eine rein antifaschistische Arbeit beschränken. Wie und in welchen Schritten dies geschieht, wird sowohl hier in Bonn als auch in der BO aktuell diskutiert. Wir werden uns über die gesamten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen Gedanken machen und auch an Gegenentwürfen zum bestehenden kapitalistischen System arbeiten, aber an eine inhaltliche Erweiterung werden wir uns langsam, und von unserer bisherigen Praxis ausgehend, herantasten.

Haben wir jetzt noch etwas vergessen, was ihr noch unbedingt loswerden wollt?

Manfred: Ja, ich möchte nochmal auf die Frage zur DDR zurückkommen. Da müssen wir wohl alle Selbstkritik leisten, denn vor 1989 war die DDR schon recht weit von uns weg. Das hat uns aber nicht daran gehindert, sie zu beurteilen. Die einen von uns haben die DDR (den Nebel der Westpropaganda im Hirn, Minenfelder an jeder Kreuzung usw.) für ein illegitimes Unrechtssystem gehalten, für die anderen war sie bei aller Kritik ein, im positiven Sinne, sozialistisches Land. Grundlagen für die eine oder andere Bewertung gab es wenige, denn beide Positionen kamen durch

indirekte und ideologisch gefärbte Informationen zustande, die nicht kritisch hinterfragt wurden. Wegen dieser Ignoranz konnten wir natürlich auch nie erfahren, daß es in der DDR eine Opposition gab, Menschen wie Silvio Meier (den Nazis umbrachten), und eine Geschichte, mit der uns als AntifaschistInnen vieles verbindet.

Uli: Ich würde gerne nochmal was zur Öffentlichkeitsarbeit sagen, weil die für uns eine sehr wichtige Rolle spielt. Das eine ist zum Umgang mit den bürgerlichen Medien und das andere zu den Antifa-Jugendinfos.

Im Gegensatz zu autonomen Fanzines setzen wir auf ein ansprechendes Layout, eine Vielfältigkeit von Texten, die inhaltlich noch nicht total ausgearbeitet sein müssen, dafür aber allein, wie sie geschrieben sind, schon interessant sind. Wichtig ist uns ein einfacher Zugang zu den Texten, also, es muß nicht immer möglichst kompliziert und mit vielen Fremdwörtern sein.

Und eure relativ professionell gemachten Zeitschriften werden von den Jugendlichen auch gelesen?

Manfred: Ja. Wir kriegen viel Resonanz, und ohne jetzt angeben zu wollen, beim Verteilen werden die uns aus den Händen gerissen.

Ihr verteilt die umsonst?

Uli: Ja, in einer Auflage hier von glaub' ich so 3 500 Stück.

Anne: Also, bei uns auf der Schule werden wir zumindest immer alle los. Und das siehst du schon, wenn's nicht gelesen würde, wären die Mülleimer voll.

Wie groß ist denn deine Schule?

Anne: Die hat rund 1 200 Schüler.

Und wie viele Jugendinfos verteilt ihr da?

Anne: 200. Mehr geht nicht, sonst kommen die anderen Schulen zu kurz.

Und der andere Aspekt, der Umgang mit den bürgerlichen Medien?

Uli: Wir hatten es satt, in den Zeitungen immer von der guten Mitte, der Polizei und von diesen Gleichsetzungen von rechten und linken Extremisten zu lesen. Und da haben wir halt begonnen, Presseerklärungen zu Aktionen der Antifa, zu Prozessen und Demos zu schreiben. Inzwischen versorgen wir die Medien vor Ort regelmäßig mit unseren Publikationen, und es hat sich gezeigt, daß zu einzelnen Journalisten sich sehr wohl ein Vertrauensverhältnis entwickeln läßt. Es gibt ja immer welche, denen es auch zu wenig ist, den Polizeibericht, angereichert mit der Stimme einer Anwohnerin, als einzige Meldung zu bringen. Also, du läßt das mit dem »imperialistischen Schweinesystem« mal weg und lieferst journalistisch verwertbare Hintergrundinformation. Dann gibt es zumindest auf der unteren Ebene der Presse JournalistInnen, die damit was anfangen können.

Etwas anderes ist es mit dem Fernsehen und bundesweiten Zeitschriften. Da haben wir schlechte Erfahrungen gemacht, die sind doch meistens nur an den Jungs und Mädels mit der Sturmhaube interessiert, die am besten noch vor der Kamera die Keule schwingen. Da muß man eher vorsichtig sein.

Anmerkungen:

- 1 Nach einem zweieinhalbjährigen Streit spaltete sich die FAP 1989 in einen sogenannten Kühnen-Flügel und einen Busse-Flügel. Die FAP von Busse steht für die dumpfe Version einer Hitler-Nachfolgepartei. Sie hat 24 von 25 Punkten aus dem NSDAP-Programm von 1920 übernommen.
- 2 David Irving leugnet die Massenvernichtung in Auschwitz und hat mittlerweile in der BRD Einreiseverbot, Rennie ist ein neofaschistischer Liedermacher.

Was hast du denn mit 14 im Kopf gehabt?

Interview mit den Edelweißpiraten aus Berlin

Antifa-Gruppen als Teil der bundesdeutschen autonomen Szene sind, wenn sie nur lange genug bestehen, auch den allgemeinen Entwicklungstendenzen dieser Szene unterworfen. Am Hinderlichsten erweist sich dabei immer wieder, daß sich die Gruppen nach einer relativ offenen Gründungsphase (auch der Not gehorchend) immer weiter abschotten und es besonders für Jüngere schwierig wird, in einem solchen geschlossenen Mikrokosmos ihren Platz zu finden.

Ende der 80er Jahre trug dieser Erscheinung das Konzept der Antifa-Jugendfront Rechnung. Zu Beginn der 90er Jahre öffnen sich Gruppen, die sich »Edelweißpiraten« nennen, vor allem für 12- bis 15jährige. An manchen Orten wurden diese Gruppen anfangs von den »Älteren« mit einem gewissen Mißtrauen betrachtet.

Im November 1993 sprachen wir mit Berliner Edelweißpiraten über die Grundidee und die Ziele dieser Organisation.

Wer und was sind die Edelweißpiraten?

Sebastian: Entstanden ist die Gruppe aus einer Clique, die zusammen rumgegangen hat. Zum Teil waren das Leute, die vorher bei der Jugendfront waren und nun was Neues machen wollten. Das Pogrom in Hoyerswerda im Herbst 1991 war für uns der Anlaß, gemeinsam mehr politisch zu arbeiten. Bei der Suche nach einem Namen für die Gruppe sind wir auf die Edelweißpiraten aus der ersten Hälfte der 40er Jahre gestoßen. Deren Konzept – gegen Nazis zu arbeiten, aber auch darüber hinaus zusammenzuhalten – entsprach dem, was auch wir wollten. Darum haben wir uns so genannt. Der Altersdurchschnitt der Gruppe liegt bei ungefähr 15 Jahren, nur wenige von uns sind bereits volljährig.

Worin unterscheidet ihr euch von anderen Antifa-Gruppen?

Sebastian: Auch wenn uns die Antifa-Arbeit sehr wichtig ist und wir uns klar als Linke sehen, geben wir uns doch nicht als revolutionäre Jugendbewegung aus. Dafür ist einerseits die Zusammensetzung der Gruppe zu unterschiedlich, und andererseits würden Interessenten, die damit zunächst mal nichts am Hut haben, nur abgeschreckt. Außerdem waren viele von uns mit der politischen Arbeit, die von sogenannten revolutionären, autonomen Antifa-Gruppen gemacht wird, ziemlich unzufrieden.

Warum?

Sebastian: Nach außen hin sind diese Gruppen oft sehr abgeschottet und basteln an ihrem Mythos, ohne daß die eigentliche Arbeit viel Substanz hätte. Es werden große Revolutionsreden geschwungen, aber wenn du fragst, inwieweit antifaschistische, antirassistische Inhalte tatsächlich in die Bevölkerung getragen werden, sieht das oft mau aus. Das liegt unserer Meinung nach vor allem an einer gewissen Arroganz den sogenannten Normalbürgern gegenüber, die sich dann in der Sprache dieser Gruppen ausdrückt. Beispielsweise halten wir »Deutschland, verrecke« für eine falsche Losung, weil dieses Land auch unser Land ist, in dem wir was verändern wollen. Und das geht eben nicht gegen 99,9 Prozent der Bevölkerung. Diese Parole bedeutet doch praktisch, sich als Szene völlig vom Rest der Bevölkerung abzunabeln – und genau diesen Eindruck vermitteln viele Veröffentlichungen der Szene, deren Sprache die meisten gar nicht mehr kapieren. Vom Äußeren ganz zu schweigen. Wir wollten das anders machen.

Wie?

Sebastian: Unsere Arbeit ist nicht auf rein politische Dinge beschränkt. Mindestens genauso wichtig sind uns Kultur und Lebensweise. Jugendliche haben ja noch mehr im Kopf als nur Antifaschismus. Wir gehen oft gemeinsam zu Konzerten, einige von uns machen auch selbst Musik. Wir haben vor, demnächst Konzerte oder auch Straßentheater selber zu

organisieren. Ab dem nächsten Jahr werden wir in einem Jugendzentrum in der Innenstadt Räume nutzen können, wo Leute abhängen und – wenn sie sich dafür interessieren – Antifas kennenlernen können. Dies wollen wir dann auch für Jugendliche offenhalten, die sich nicht unbedingt von vornherein als antifaschistisch oder links verstehen. Im Umfeld des Jugendzentrums gibt es sehr viele Hooligans. Wir wollen versuchen, auch mit einigen von denen zusammenzukommen, um ihnen zu zeigen, daß man auch anders miteinander umgehen kann. Viele Jugendliche sind doch froh, wenn sie mal für ein paar Stunden oder für ein Wochenende nicht bei ihren Eltern zu Hause abhängen müssen. Da ist so eine Möglichkeit eine Menge wert.

Thomas: Bis es die Eltern dann verbieten.

Den Umgang mit euch?

Sebastian: Es gab Eltern, die versucht haben, uns beim Sektenbeauftragten der Kirche anzuzeigen. Und nachdem das nicht geklappt hat, sind sie zum Staatsschutz gegangen und haben dort ihr Herz ausgeschüttet, haben alles, was sie über Treffpunkte und Mitglieder unserer Gruppe wußten, ausgeplaudert.

Hatte das Folgen?

Sebastian: Es gibt eine Kampagne gegen den Verkauf von Nazi-Zeitungen. Im Zusammenhang damit ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen einer angeblichen Bedrohung von Zeitungshändlern gegen uns. Die Verfahren sind zwar eingestellt worden, weil keine Nötigung vorlag, aber die Bullen haben von sich aus weiterermittelt. Seit zwei Jahren wird die Antifa-Demonstration in Halbe unter anderem mit der Begründung verboten, daß wir dazu mit aufgerufen haben – wir hätten schließlich die Händler bedroht.

Im Zusammenhang mit dem Namen eurer Gruppe habt ihr vorhin von den Edelweißpiraten der vierziger Jahre gesprochen. Ist mit der Namensgleichheit auch ein direktes Anknüpfen an deren Tradition verbunden?

Sebastian: Am Anfang hatten wir ein zu verklärtes, romantisches Bild der damaligen Edelweißpiraten. Nach 1945 gab es ja im Grunde zwei offizielle Bilder dieser Gruppen. In der DDR kamen sie überhaupt nicht vor, da gab es nur den kommunistischen und ansatzweise den sozialdemokratischen Widerstand gegen die Nazis. Im Westen wurde hauptsächlich der bürgerliche Widerstand um Stauffenberg wahrgenommen. Die Edelweißpiraten wurden in der BRD – wenn überhaupt – als kriminelle Gruppen dargestellt. Andererseits gab es in der Bundesrepublik auch Veröffentlichungen, in denen die Edelweißpiraten als ganz toller antifaschistischer Zusammenhang dargestellt wurde, der zwar nicht primär aus einem bestimmten politischen Bewußtsein heraus entstand, sich aber aus der Situation entwickelt hat, quasi der Not gehorchend. Dieses Bild ist vor allem von Linken gezeichnet worden.

Wir haben uns eigentlich nie richtig in der Tradition dieser alten Gruppen stehend begriffen, aber bestimmte Übereinstimmungen mit unserer Situation und unseren Zielen sahen wir schon. Wir haben dann zu einigen alten Edelweißpiraten und zu Menschen, die sich damit beschäftigt haben, Kontakt bekommen, und da hat sich das Bild doch relativiert. Es gab damals auch Epi-Gruppen, die politisch bewußt gehandelt haben, die Flugblätter gemacht haben, die Parolen gemalt haben und so weiter. Es gab aber auch Gruppen, die nach damaligen Maßstäben wirklich eher dem Zuhältermilieu angehörten. Dazu kommt, daß die Gestapo ab 1941 im Prinzip alle unkontrollierten Jugendgruppen pauschal als Edelweißpiraten bezeichnet hat. Uns wurde klar, daß der alte Name »Edelweißpiraten« eher eine Bezeichnung der damaligen Repressionsorgane war. Deswegen kann man sicher nicht sagen, daß wir in so einer Tradition stehen. Ganz bestimmten Grundzügen, nämlich dem Cliquengedanken, fühlen wir uns aber schon verwandt. Auch damals ging es nicht nur um Politik. Wobei natürlich unsere politischen Möglichkeiten ganz andere sind. Deswegen läßt sich das auch schwer vergleichen.

Gruppen unter dem Namen »Edelweißpiraten« gibt es ja nicht nur in Berlin.

Jörg: Es gibt größere Gruppen in zehn bis fünfzehn Städten. Insgesamt existieren bundesweit 30 bis 40 Gruppen – die sogenannten »Stämme« –, zu denen nochmal rund hundert Einzelmitglieder kommen. So sind die Epis in rund 150 Städten präsent.

Arbeiten diese Gruppen unabhängig voneinander?

Jörg: Sie sind völlig autonom, trotzdem aber in ein bundesweites Netzwerk eingebettet. Darüber wird vor allem die gegenseitige Unterstützung in technischen Fragen organisiert. Was die Stämme im einzelnen machen, bleibt ihnen selbst überlassen, da gibt es keine übergeordnete Ebene oder so.

Wie arbeitet ihr mit anderen Gruppen zusammen?

Thomas: Wir haben einige Kontakte zu den »Falken«, weil sich da ein paar Mitgliedschaften überschneiden. Es gibt Falken, die bei den Epis sind, und umgekehrt. Unsere Gruppe ist halt bunt durcheinandergewürfelt, der einzige gemeinsame Nenner ist der Antifaschismus. Dabei ist der eine eben Christ, ein anderer glaubt an Anarchie, ein dritter findet alles beides doof. Die meisten sehen sich aber schon als AnarchistInnen.

Jörg: Viele Eltern sehen lieber, daß ihre Kids bei den »Falken« sind, quasi »unter Aufsicht« der SPD. Bei uns hätten sie eher Angst, daß ihre Kids radikalisiert und in eine bestimmte politische Richtung gedrängt werden. Für die meisten Eltern ist ein autonomer Zusammenhang einfach kriminell. Und »Antifa« wird eben oft mit »autonom« gleichgesetzt. »Falken« – das hört sich halt eher nach Pfadfindern an, und da erlauben die Eltern dann auch mehr.

Und wie verhält es sich mit Antifa-Gruppen?

Sebastian: Das ist schwierig, denn viele aus der »Erwachsenen-Antifa« behandeln die Edelweißpiraten wie einen Kin-

dergarten. Dagegen kannst du dich eigentlich nur durch Sprüche zur Wehr zu setzen. Ich frage immer: Was hast Du denn mit 14 im Kopf gehabt? Da werden viele Großmäuler schon verdammt ruhig.

Und bei der Antifa-Jugendfront ist das genauso?

Thomas: In Berlin ist der Kontakt nicht so toll, und bundesweit gab es in der Vergangenheit auch einige Streitigkeiten.

Warum ?

Thomas: Sie werfen uns zum Beispiel vor, daß wir gegenüber Rechten zu offen seien.

Sebastian: Im Grunde genommen stehen die Epis faktisch zwischen Autonomen und Falken. Wobei wir für die Falken offiziell die autonomen Gewalttäter sind, und für einige Autonome haben wir halt eine viel zu offene Struktur. Trotz allem versuchen wir, mit möglichst vielen Gruppen zusammenzuarbeiten. Allerdings nur auf lokaler Ebene. Einige von uns gehen allerdings auch zu den Treffen der Abspaltung von der »Antifaschistischen Aktion – Bundesweite Organisation« und zu Treffen der Jugendfront, aber mehr aus informellen Gründen. Wenn es möglich ist, sind wir für eine punktuelle Zusammenarbeit immer offen. Das kann aber nur gleichberechtigt laufen.

Habt ihr auch Kontakte zu Gruppen im Ausland?

Jörg: Ja, schon. Mit Gruppen in etwa 7 bis 8 Ländern gibt es einen Austausch.

Wenn ihr so offensiv auftrittet, mit euren »Edelweißpiraten«-T-Shirts an euren Schulen herumläuft, bekommt ihr dann Schwierigkeiten?

Thomas: Kommt drauf an. An rechten Schulen sicher. Die meisten Jugendlichen machen sich darum aber keinen Kopf. Die meisten tragen ein »49-Shirt«, und wenn du das nicht hast, bist du halt ein Linker. Aber es ist schon so, daß man viel mit Vorurteilen zu tun hat: Da, der Dreckige, halt die

Handtasche fest ... Es gibt immer das Risiko, daß du mal eins auf die Nase kriegst. Mir ist es allerdings angenehmer, ein bißchen aus der Rolle zu fallen. Das wiegt das Risiko auf.

Sebastian: Fast alle von uns mußten schon die Erfahrung machen, selber angegriffen zu werden. Unter uns sind viel mehr von denen, die schon mal auf's Maul gekriegt haben oder oder sich prügeln mußten, als solche, die es noch nicht mußten.

Worin liegen die aktuellen Schwerpunkte eurer Arbeit?

Sebastian: Wir arbeiten in vier Bereichen. Der erste ist Öffentlichkeitsarbeit in verschiedensten Formen. Neben Flugblättern machen wir auch eine eigene Zeitung, eigene Plakate und Graffities.

Der zweite Bereich umfaßt unsere Bemühungen, mit rechten Jugendlichen ins Gespräch zu kommen.

Dazu kommen drittens die Diskussionen, die wir unter uns führen. Indem wir unsere jeweils eigenen Erfahrungen aufarbeiten, aber auch durch Gespräche mit Gästen versuchen wir herauszubekommen, wohin wir als Guppe wollen. Das ist für uns praktisch wie eine Weiterbildung.

Und viertens beteiligen wir uns an Aktionen – Demos, Kundgebungen, Platzbesetzungen und ähnlichem. Je nachdem, wie wir uns dazu in der Lage fühlen.

Mit rechten Jugendlichen zu sprechen, ist ja nicht ganz unumstritten. Was versprecht ihr euch davon?

Sebastian: Es gibt zwei Voraussetzungen für solche Gespräche. Erstens mußst du eine Position der Stärke haben, von der aus du in so ein Gespräch gehst. Es ist wichtig, daß du zeigst: Hier sind wir, wir sind gesprächsbereit, aber wir lassen uns nichts gefallen. Wir könnten euch halbtot schlagen, wenn wir wollen, aber wir sind nicht so'ne Arschlöcher, und wir sind sogar bereit, mit euch zu reden. Nur so kommst du in eine Position moralischer Stärke. Ohne sie machen rechte Jugendliche mit dir, was sie wollen.

Und die zweite Voraussetzung ist, nicht mit organisierten Nazis zu reden. An die, die in der Nazi-Szene so weit drin-

stecken, daß sie dort die Ideologie bereits gefressen haben, kommst du nicht mehr ran.

Es geht ja im Grunde darum, den Rechten nicht die ganze Jugendorganisation zu überlassen. Es gibt eine rechtsradikale Jugendbewegung in Ost- und immer stärker auch in Westdeutschland. In vielen Dörfern und Kleinstädten dominieren Rechte die Jugendeinrichtungen. Dem muß man sich stellen.

Habt ihr konkrete Erfahrungen mit solchen Gesprächen?

Sebastian: In einem Vorort von Berlin hatten einige von uns an der Schule Ärger mit Hools und unorganisierten Rechten. Da sind wir dann mit ein paar Epis hin und haben den Glatzen klargemacht, daß so etwas nicht akzeptiert wird. Es ist ihnen nichts passiert, aber Angst hatten sie schon. Gleichzeitig haben wir aber auch angeboten, sich mal zusammzusetzen und vernünftig miteinander zu reden. Das Ziel war, in der konkreten Situation die Eskalation zurückzunehmen, denn unsere Leute dort hätten das auf Dauer einfach nicht ausgehalten. Und es hat funktioniert. Die Zahl von rechtsorientierten Jugendlichen geht an dieser Schule zurück. Die immer noch so drauf sind, haben zwar immer noch eine große Klappe, aber sie machen keine Aktionen mehr.

Was habt ihr in den anderen Bereichen eurer Arbeit erreicht?

Jörg: Unsere Kampagne gegen Nazi-Zeitungen war relativ erfolgreich. In Berlin werden diese Zeitungen seit einem halben Jahr von über der Hälfte der Kioske nicht mehr verkauft beziehungsweise nicht mehr offen verkauft. In die Kampagne haben sich mittlerweile auch so viele verschiedene Gruppen eingeschaltet, daß es längst keine Epi-Aktion mehr ist, auch wenn wir das angeleiert haben.

Sebastian: Der Erfolg von Öffentlichkeitsarbeit hingegen ist kaum meßbar. Wenn du ein Flugblatt verteilst, und du kriegst hinterher zehn oder zwanzig Antworten, die Hälfte davon zustimmend, die andere Hälfte sind zerrissene oder mit Hakenkreuzen beschmierte Flugblätter, dann weißt du

wenigstens, daß du manche zum Denken angeregt hast, in welche Richtung auch immer.

Die Mitglieder eurer Gruppe kommen ja aus beiden Stadthälften. Schafft das Probleme?

Jörg: Politisch gar nicht. Es tauchen schon Unterschiede auf, aber die sind, denke ich, eher eine Bereicherung. Ich erfahre da neue Sachen, wie es halt im Westen so war. So ergänzt sich das eben gegenseitig.

Gibt es noch etwas, was euch wichtig wäre, bisher aber noch nicht angesprochen wurde?

Sebastian: Wichtig ist innerhalb der Gruppe, daß die Jugendlichen Selbstvertrauen kriegen. Die meisten, die zu uns kommen, sind noch sehr jung. Wir versuchen, sie in die Lage zu versetzen, Dinge selbst einzuschätzen. Sie dürfen Sachen nicht einfach nachplappern, sondern sie sollen lernen, selber zu Ergebnissen zu kommen, indem sie eigene Erfahrungen machen. Ihre Persönlichkeit soll sich entwickeln und/oder weiterentwickeln, das ist für uns wichtig. Im Laufe der Zeit müssen sie zu der Situation um sie herum einen eigenen Standpunkt finden. Da passiert es dann auch öfter, daß einige sagen, das ist mir zu wenig, oder sie wollen mit unserer Arbeit gar nichts mehr zu tun haben, wollen lieber Musik machen und die Gruppe verlassen. Das ist auch in Ordnung so. Ich wundere mich ehrlich gesagt darüber, daß doch so viele in der Gruppe bleiben. Denn wenn Jugendliche sich entwickeln, müßte ihnen eigentlich unsere politische Arbeit ab einem gewissen Punkt nicht mehr ausreichen. Andererseits hilft uns das natürlich, unter uns zu ernsthafterer Organisation und größerer Verbindlichkeit zu kommen.

Auch im Alltag gegen Rassismus kämpfen

Gespräch mit einer Hamburger Fantifa-Gruppe

In Hamburg existieren mehrere Fantifa-Gruppen. Mit einer, die sich erst 1992 gegründet hat, führten wir dieses Gespräch. Für die Hamburger Fantifas bedeutet es nicht mehr als eine »Momentaufnahme«, von deren Abdruck sie sich erhoffen, Frauen und Mädchen zu erreichen, die sich in »gemischten« Gruppen nicht wiederfinden und in der Fantifa vielleicht eine Möglichkeit sehen, sich politisch eigenständig zu organisieren.

Erzählt doch einfach mal, wann, wie und warum ihr eure Gruppe gegründet habt.

Beate: Wir haben uns im Herbst 1992 gegründet, das war kurz nach Rostock.

Petra: Die meisten von uns hatten aber vorher schon in »gemischten« Antifa-Zusammenhängen oder in Flüchtlingsgruppen mitgearbeitet. Meiner Meinung nach hat es keinen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Rostocker Pogrom gegeben ...

Beate: Ja, vielleicht ist das bei den einzelnen auch unterschiedlich. Also, bei mir waren die Ereignisse von Rostock ausschlaggebend. Vorher hatte ich in Richtung Antifa-Arbeit nicht mehr allzuviel gemacht.

Was habt ihr denn vorher gemacht, und warum habt ihr euch dann als Frauen-Antifa organisiert?

Petra: Also, das ist bei allen unterschiedlich gewesen.

Renate: Aber bei fast allen war es so, daß in den »gemischten« Gruppen, in denen sie vorher gearbeitet haben, sich ziemlich starke Hierarchien herausgebildet hatten. Oft war es so, daß die Männer agiert haben, die Themen vorgaben,

und daß sie allein für kritische Nachfragen schon kein Verständnis hatten. Wenn ich in Frauengruppen was gemacht habe, war das viel einfacher; man konnte auf einer viel besseren Ebene diskutieren und seine Vorstellungen entwickeln.

Claudia: Die Arbeit in »gemischten« Gruppen orientiert sich häufig an irgendwelchen Leistungsmaßstäben, die oft von Männern vorgegeben werden. Du hast dann die Wahl, an den vorgegebenen Sachen mitzumachen, oder du läßt es eben bleiben, aber dann hast du in der Gruppe auch nicht viel zu suchen und kannst es eigentlich gleich bleiben lassen. Und andere Themen, mit denen ich mich als Frau anders auseinandergesetzt habe, fallen dort kaum ins Gewicht. Es wird meistens nicht offen gesagt, aber die Unterteilung in Haupt- und Nebenwiderspruch, wichtig und unwichtig, scheint es da immer noch zu geben.

Du hast gerade von Leistungsdruck geredet ...?

Claudia: Ja, Leistungsdruck, durch den mögliche Entwicklungen genommen werden.

Und wie vermeidet ihr den unter euch? Oder ist das eine blödsinnige Frage?

Petra: Blödsinnig ist sie wahrscheinlich nicht, aber irgendwie haben wir den nicht. Das ist uns gleich bei unseren ersten Treffen aufgefallen, daß sich keine mehr lächerlich vorkam, weil sie eine Frage gestellt hat, die ihr selbst saudoof vorkam, die sie woanders nicht gestellt hätte, weil knallrot werden und ...

Beate: Ich finde es schwer, das kurz zu beantworten, weil das schon ausführlich beantwortet werden müßte, warum viele Frauen nicht mehr mit Männern in einer Gruppe zusammenarbeiten wollen.

Renate: In den »gemischten« Gruppen gab es immer so ein Macker- und auch Mackerinnenverhalten. Einzelne haben sich die ganzen Sachen, die es so zu tun gab, gekrallt und durchgezogen, so daß du irgendwann gar nicht mehr hinterherkommen konntest und rausgefallen bist. Bei uns, und

auch in anderen Frauenzusammenhängen, ist es eher so, daß immer mal andere etwas übernehmen, einzelne etwas einbringen und auch mal mehr machen, sich das dann aber wieder ändert und sich die Frauen abwechseln. Das halte ich für ziemlich wichtig, weil so hat jede die gleiche Verantwortung für die Politik der Gruppe.

Beate: Mir geht es nicht darum, jetzt nur zu gucken, was da alles schiefgelaufen ist, oder jetzt zu sagen: Uh, ich will keine »gemischte« Gruppe mehr, weil das Scheiße war und das Scheiße war.

Wir waren einfach so und so viele Frauen, und wir wollen jetzt einfach ausprobieren, ob wir so vielleicht nicht besser zusammenarbeiten können. Uns geht es vor allem darum, für alles, was wir tun, unsere eigenen Maßstäbe zu setzen. Wir wollen uns als Frauen nicht mehr länger an irgendwelchen Ansprüchen orientieren, die uns von außen, von einer »gemischten« Szene, vorgegeben werden.

Was meint ihr mit »irgendwelchen Ansprüchen einer »gemischten« Szene«, auf die ihr keine Lust mehr hattet, einzugeben?

Renate: Damit ist zum Beispiel auch diese »Feuerwehrpolitik« gemeint, also, irgendwo brennt es, oder irgendwas soll los sein, und dann müssen eben alle hinrennen. Ziemlich oft fühlst du dich dazu gedrängt, bei Aktionen mitzumachen, denen du in dem Moment vielleicht gar nicht gewachsen bist. Also immer »wichtig-wichtig-Handschuhe-anziehen-und-los«, und bloß nicht drüber nachdenken, was da eigentlich warum gerade passieren soll ...

Ist das eine generelle Kritik an »Militanz«? Oder an der Art und Weise, was unter Militanz von bestimmten, ihr sagt »gemischten«, Gruppen verstanden wird?

Renate: Also, für uns ist es so, daß wir meinen, es sollte nicht darum gehen, wer am besten Kampfsport kann; das kann nicht das einzige Kriterium für eine militante linke Politik sein. Militant zu sein, heißt auf allen möglichen Ebenen, eben auch im Alltag, zum Beispiel gegen Rassismus zu kämpfen. Direkte Konfrontation ist nur eine von vielen

Möglichkeiten, etwas zu verändern. Manchmal kannst du auch mit einer öffentlichen Aktion viel bewirken.

Beate: Was nicht heißen soll, daß es nicht Situationen gibt, in denen spontan gehandelt werden muß. Dabei ist es uns aber wichtig, die Grenzen, die jede von uns hat, einzuhalten. Daß du über Ängste offen reden kannst, macht einen Teil unseres guten Gefühls in der Gruppe aus.

Welche Konsequenzen hatte diese Kritik für eure Politik?

Claudia: Wichtig war für uns, erstmal zu sehen, wie wir uns eigene Kriterien und Standpunkte erarbeiten können, uns dafür Zeit zu nehmen und eben nicht in allen aktuellen Diskussionen mitzumischen.

Renate: Um da voranzukommen, mußten wir uns erstmal auch theoretisch mit den anstehenden Fragen auseinandersetzen. Dabei haben wir in der Gruppe möglichst Texte von feministischen Frauen diskutiert, mit dem thematischen Schwerpunkt auf Rassismus und Nationalismus.

Beate: Wir streben eine andere Form von Antifa-Arbeit an. Uns geht es halt nicht nur darum, sich nur mit Faschogruppen auseinanderzusetzen, über die Recherche-Arbeit zu machen. Wir fassen Antifa-Arbeit viel weiter, gegen die viel alltäglicheren Formen rassistischer und nationalistischer Politik. Wir wollen nicht nur gegen offen auftretende Faschos was machen, sondern eben auch gegen den Alltags-Rassismus der sogenannten Normalbevölkerung, und das hat dann eben auch unsere theoretischen Diskussionen bestimmt.

Gibt es andere Fantifa-Gruppen, auf die ihr euch stärker bezieht, die bereits eine Praxis entwickelt haben, die dem, was ihr wollt, in etwa nahe kommt? Oder agiert ihr da auch in stärkerer Abgrenzung zu anderen Fantifa-Gruppen?

Petra: Na, in Abgrenzung schon mal auf jeden Fall nicht. Und stärker dadruf beziehen ...? Also, es ist schon so, daß, wenn einzelne Gruppen einen Aktionsvorschlag machen, sich die anderen daran beteiligen, oder zumindest mehrere andere Gruppen.

Renate: Vielleicht wäre es wichtig, hier zu erwähnen, daß es unter den Fantifa-Gruppen eine Vernetzung mit regelmäßigen Treffen gibt. Hier werden auch Vorschläge für anstehende Aktionen gemacht und darüber diskutiert, ob sich beteiligt wird oder nicht.

Arbeitet ihr auch mit »gemischten« Zusammenhängen zusammen? Oder arbeitet ihr generell nicht mehr mit Männern zusammen?

Petra: Bei uns läuft das eher zweischienig: Also, es gibt Sachen, die wir ausschließlich mit Frauen zusammen und andere, die wir in »gemischten« Zusammenhängen machen können.

Renate: Deshalb sind wir auch nicht unbedingt repräsentativ für die bundesweiten Fantifa-Gruppen. Es gibt Fantifas, bei denen das ganz anders ist.

Wie anders?

Petra: Die sich ausschließlich auf Frauen und Lesben beziehen. Die auch mit den »gemischten« Zusammenhängen nichts mehr zu tun haben.

Und warum ist das bei euch nicht so?

Petra: Erstmal lebe ich hier in der Szene, ich lebe mit Männern und Frauen zusammen, ich würde das für mich als merkwürdige Trennung ansehen, wenn ich politisch nur was mit Frauen machen würde, obwohl ich in meinem Alltag mit Männern zu tun habe. Das würde für mich nicht hinhalten, zumindest im Moment nicht.

Beate: Einerseits haben wir viel Kritik an der »Szene«, andererseits gibt es aber auch Strukturen, die für uns nützlich sein können. Und wenn es halt von »gemischten« Gruppen Aktionen gibt, die wir gut finden, dann ist es ja auch sinnvoll mitzumachen. Ich halte es schon für richtig, eigene Strukturen mit anderen Frauengruppen aufzubauen und trotzdem nicht die ganzen bereits vorhandenen außer acht zu lassen.

Claudia: Einige von uns wollen auch inhaltlich noch was mit »gemischten« Gruppen zusammen machen.

Was heißt denn »eigene Strukturen aufbauen«?

Beate: Eigene Vernetzungstreffen haben, eigene Telefonketten, einfach, daß du halt selbst Bezugsgruppen hast, und das nur unter Frauen.

Das geht also eher in Richtung Austausch mit schon bestehenden Gruppen?

Beate: Ja, das habe ich gemeint, aber um dadurch auch nach außen treten zu können, damit auch noch andere dazukommen können. Ich weiß jetzt nicht, ob ich deine Frage richtig verstanden habe, aber im Moment geht es um einen Austausch mit anderen vorhandenen Gruppen.

Du hast vorhin von der Kritik an »der Szene« gesprochen und hast das relativ weit gefaßt ...

Renate: Unsere Kritik richtet sich ja dagegen, daß die autonome Szene und auch die Antifa-Bewegung doch so ziemlich im eigenen Saft schmort. Das drückt sich auch durch die Art, wie Aktionen oft durchgeführt werden, aus. Zum Teil ist es ja notwendig, daß Politik wegen der staatlichen Repression auch konspirativ ablaufen muß, aber vieles könnte doch öffentlicher passieren. Wir haben Lust darauf, und das gerade in den Frauen-Antifa-Zusammenhängen, daß da eben auch spektakuläre und mobilisierende Aktionen gemacht werden. Insgesamt fällt es der Szene viel zu schwer, offensiver in die Öffentlichkeit zu treten.

Beate: Es war auch so, daß wir keine Lust mehr hatten, ständig dieses Schema zu haben, auf Demos zu gehen, um irgendetwas zu blockieren, sondern daß wir uns auch mal was überlegen, was uns auch Spaß machen kann. Allein das Element Spaß bei politischer Arbeit ist den meisten doch relativ fremd. Wir hatten zum Beispiel die Idee, so ein »unsichtbares Theater« zu machen, um damit zu versuchen, unsere Inhalte in einer alltäglichen Situation zu vermitteln.

Was versteht ihr unter »unsichtbarem Theater«?

Beate: Das ist, wenn du in einer ganz alltäglichen Situation, z.B. in einem Supermarkt, halt eine Diskussion, einen Streit

vom Zaun brichst, dir das vorher überlegt hast. Wenn du also vor Bananen aus Südafrika stehst, und die eine steht da und will welche kaufen, und die andere kommt wie zufällig daher und verwickelt dich in eine Diskussion und es entspinnt sich eine Kontroverse über Südafrika. Halt mit der Zielrichtung, daß andere in dem Supermarkt das mitkriegen und sich eine allgemeine Debatte entwickelt. Also, über einen einfachen simulierten Streit ein politisches Thema anreißen und reintragen.

Claudia: Solche Aktionsformen werden doch immer noch von vielen Polit-Leuten belächelt. So nach dem Motto: Das sind doch irgendwelche Kultursachen ... Sobald etwas nicht in die traditionellen Schemata paßt, kommt die Frage, was das mit Politik zu tun hätte. Demos und Flugblätter verteilen sind okay, aber daß du mit solchen Aktionsformen wie dem »unsichtbaren Theater« vielleicht mal mehr erreichen kannst, das kommt den meisten erst gar nicht in den Sinn.

Es gibt ja aus Berlin das Papier »Ich bin doch kein Kampagnenbeinz«, was sich genauer ... Kennt ihr das?

Alle: Nein.

Das hat weniger mit Antifa-Zusammenhängen zu tun, sondern da wird, allgemein bezogen auf autonome Organisation, das bemängelt, was auch ihr kritisiert. Daß also immer hinterbergaufen wird, daß Nazis immer hinterbergaufen wird, von den Autonomen wie den Antifas. Und wenn es irgendein besonderes Ereignis gibt, dann entsteht wieder eine Organisation, mal so zwischendurch wie NOlympics in Berlin, aber wenn nichts ist, dann ist auch nichts. Dann fahren alle auf's Land und lassen den lieben Gott einen guten Mann sein. Das habt ihr doch vorhin kritisiert und als »Schmoren-im-eigenen-Saft« bezeichnet?

Beate: Ich glaube, bei einigen Antifas liegt ein Problem darin, daß Antifa-Politik nur als »antifaschistisch« verstanden wurde und nicht auch als »antirassistisch« und »antisexistisch« und alle Aktionen daran orientiert waren, was du gegen Faschos machst. In dem Moment, wo du auch gegen den alltäglichen Rassismus vorgehen willst, mußt du ja

schon zu ganz anderen Aktionsformen schreiten. Du kannst ja nicht irgendeinen alten Menschen verprügeln, weil er einen doofen Spruch gebracht hat. Bei Leuten, die diese Probleme sehen, hat sich natürlich auch der Faschismusbegriff verändert.

Sehr viel Kraft und Zeit hat auch immer die Verteidigung der eigenen Orte und Zentren aufgefressen und auch zu einer permanenten Selbstbeschäftigung geführt. So stand oftmals das Gefühl, bedroht zu sein, im Vordergrund, und auf das, was außerhalb der Szene-Welt passierte, wurde eben nur reagiert.

Kommen wir nochmal auf den Ausgangspunkt des Gespräches zurück, auf die Gründung eurer Gruppe, zumindest zeitlich, nach Rostock. Habt ihr euch eigentlich mit der alten DDR, dem Anschluß und der daraus resultierenden Veränderung der innenpolitischen Lage in der alten BRD detaillierter beschäftigt?

Beate: So direkt eigentlich nicht.

Renate: Wenn, dann haben wir das eher in anderen Zusammenhängen diskutiert.

Und habt ihr Kontakte zu Frauen oder anderen Antifas in der DDR?

Renate: Nein.

Ist das Zufall, oder habt ihr dafür Gründe?

Petra: Die Niederlande oder Dänemark sind von Hamburg aus auch nicht viel weiter weg. Ich könnte mir auch die Frage stellen, warum ich in diese Richtung nicht mehr Kontakte habe.

Beate: Ein Grund ist auch, daß wir als Gruppe noch nicht so lange existieren und erstmal ziemlich damit beschäftigt waren, zu anderen Frauen-Zusammenhängen in Hamburg Kontakte aufzubauen. Wir waren bisher auch nicht auf den bundesweiten Treffen. Solange wir vor Ort keine vernünftige Organisation hatten, wußten wir nicht, was wir auf solchen Treffen sollten.

Habt ihr über über eine bundesweite Organisation, etwa in der BO, geredet?

Petra: Nein.

Renate: Ich glaube, für uns steht auch erstmal die bundesweite Organisation der Frauen-Antifa im Vordergrund.

Petra: Allerdings bin ich auch bei einer bundesweiten Organisation dafür, zweischienig zu fahren, also einerseits nur mit Frauen und andererseits zusammen mit »gemischten« Gruppen. Aber so weit sind wir noch gar nicht.

Der nationalistischen Stimmung entgegenstellen

Gespräch mit einer Antifa-Gruppe aus Halle/Saale

Ein eindeutiger Ursprung für die Hallenser Antifa läßt sich nicht benennen. Einerseits gab es in der größten Stadt Sachsen-Anhalts bereits zu DDR-Zeiten junge AntifaschistInnen mit eindeutig autonomem Anspruch. Andererseits waren viele der heute noch aktiven Antifas in der sogenannten Aufbruchphase der DDR mit der bürgerbewegten DDR-Opposition verbunden.

Wie häufig in der DDR der Zwischenzeit, differenzierte sich auch in Halle diese allgemeine Opposition gegen »den (DDR-)Staat«. Während die »klassisch« Bürgerbewegten nach rechts rückten, politisierten sich die Ursprünge der heutigen Hallenser Antifa quasi zwangsläufig nach links. Diese Entwicklung vollzog sich natürlich immer vor dem Hintergrund der gesamten »Noch-DDR«-Gesellschaft, die, indem sie bundesdeutschen Bauernfängern nachrannte, den Anschluß der DDR an die BRD beschleunigte.

Wie für viele andere Linke in der DDR, war dieser Anschluß auch für Hallenser Antifas ein persönlicher Rückschlag, von dem sie sich bis heute nicht ganz erholt haben. Hinzu kommt die immer stärker werdende Konfrontation mit einer Staatsmacht, die in der alten DDR ihresgleichen gesucht hätte.

Wie, wann und warum habt ihr euch gegründet?

Hans: Es war so, daß es in Halle schon zu DDR-Zeiten Antifa-Aktivitäten gab und auch Leute, die gesagt haben: Eigentlich müßten wir eine Gruppe gründen, um die Sache so ein bißchen zu organisieren. Als es möglich war, so eine Gruppe offiziell zu gründen, haben wir gesagt, okay, das ma-

chen wir jetzt. Um damit auch in die Öffentlichkeit zu kommen, haben wir dann am 1. November 1989 einen richtigen, eingetragenen Verein gegründet, die Antifaschistische Aktion Halle (AFA).

Direkt in der Wendezeit gab es hier in Halle eine Mahnwache, bei der sich so ziemlich alles gesammelt hat, was sich Opposition nannte. Da waren wir von Anfang an auch mit dabei. Als die Bürgerbewegungen dann in Halle ein eigenes Haus, das Reformhaus, bekamen, sind wir da mit eingezogen und hatten deshalb schon Anfang '90 als Antifa-Gruppe ein Büro mit Telefonanschluß, was recht ungewöhnlich war. Zu der Zeit waren wir noch ein recht großer Kreis von rund 30 Antifas. Dann wurden wir immer weniger, die Arbeit verteilte sich auf immer weniger Schultern. Es gab auch schon früh Streit mit denen, die sich Autonome nannten.

Worin bestand der Streit?

Hans: Zu dieser Zeit eindeutig die Gewalt. Die Autonomen sagten: Wir müssen den Nazis auf die Fresse hauen. Wir als AFA dagegen wollten das damals nicht. Gewalt gegen Menschen, militantes Vorgehen gegen Nazis, fanden wir damals ganz, ganz schlimm. Wir waren in der Anfangszeit doch noch ziemlich blauäugig. Wir wollten ganz klar nur politische Arbeit machen, so mit all den Idealen, die man damals so hatte.

Gerade in autonomen Zusammenhängen ist aber damals das sogenannte Skinhead-Vernichtungskommando über Halle hinaus bekannt gewesen.

Hans: Ich habe über das Skinhead-Vernichtungskommando das erste Mal schwarz auf weiß in dem Buch von Farin gelesen. Und habe dann krampfhaft überlegt, auch mit anderen, älteren Leuten, die das eigentlich alles hätten kennen müssen. Im Endeffekt war es so: Der Name ist zwar irgendwann mal rumgegeistert, es gab dann auch ein paar aus der Szene, die gesagt haben, sie wären das, aber erstens war das '87 oder '88, und zweitens hat das, soweit ich das beurteilen kann, kaum eine Rolle gespielt.

Andererseits hatte Halle in der alten Republik den Ruf, daß hier ein Rechter nicht unbedingt ein Bein auf den Boden kriegte.

Hans: Das stimmt auch. Aber dieses Skinhead-Vernichtungskommando ist für mich schon wirklich ein Phantom.

Dirk: Soweit ich das beurteilen kann, war das wahrscheinlich mehr eine Sache nach dem Muster autonomer Kiez-Milizen. So Grüppchen, die sich darauf konzentrieren, den Nazis kräftig auf die Fresse zu hauen, und sich pro forma einen Namen geben, der so abschreckend wie möglich wirkt. Das hat ja immer ganz gut funktioniert bei den Faschos, wenn man da so einen Namen erwähnt oder sie den irgendwo lesen.

Ralf: Auf jeden Fall kann klargestellt werden, daß die Gründung unseres Vereins nichts mit dem SVK zu tun hatte.

Es spielte also für euch auch nie eine Rolle?

Hans: Das ist schwierig. Zu der Zeit damals, '89, hatte ich Probleme damit. Ich dachte damals: Irgendwie hat eine neue Zeit angefangen, und wir können es jetzt ja erstmal mit demokratischen Mitteln versuchen, so blöd das jetzt klingt. Inzwischen bin ich aber zu der Überzeugung gelangt, daß wir die Faschos einfach militant bekämpfen müssen, weil es anders wahrscheinlich nicht möglich ist.

Warum hast du nicht mehr an die Möglichkeit der vorgeblich demokratischen Mittel geglaubt?

Hans: Das war ein Entwicklungsprozeß, den, so oder ähnlich, viele durchgemacht haben. In der konkreten Situation damals haben wir zum großen Teil versagt, weil wir Illusionen hatten. Wir haben praktisch in so einer Wolke gelebt und mußten erst begreifen, in was für eine Scheiße wir jetzt reingeraten waren. Das mußten wir wirklich erst selbst erleben. Ich habe erleben müssen, daß in diesem Reformhaus drei, vier Bürgerbewegte saßen, die jetzt Landespolitik machen. Die haben die Bürgerbewegungen eindeutig nur als Sprungbrett benutzt, um ihre Karriere zu starten. Dann hat man natürlich gemerkt, daß linke Inhalte immer schlechter

rüberkamen. Anfangs lief es noch recht vernünftig im Reformhaus, wir waren vollwertiges und gleichberechtigtes Mitglied, doch irgendwann hieß es dann: Naja, das sind die, da muß man langsam vorsichtig werden.

Da habe ich dann irgendwann gesagt, das ist nicht die Demokratie, die ich mir vorgestellt habe.

Wart ihr '89 gegen die Vereinigung?

Hans: Da gab es ziemlich krasse Auseinandersetzungen. Wir haben an diesen Montagsdemos teilgenommen – es waren schon recht große Demos –, sie auch mit organisiert als AFA und dort auch geredet. Dann gab es einen Zwischenfall. Wir waren mit einem eigenen Block da, und irgendjemand trug ein Schild »Kohl, dein Scheißfaschistenstaat kannst du dir behalten« oder so, ziemlich plump, aber doch eine ziemlich klare Aussage. Daraufhin gab es übelste Auseinandersetzungen, einige von uns wurden fast zusammengeschlagen auf der Demo, und ich glaube, am selben Tag haben wir dann auch ganz klar vor diesen vielen Menschen gesagt: Wir sind gegen die Wiedervereinigung. Wir wurden natürlich ausgepöfeln, das war völlig klar. Es war halt wirklich die Zeit, wo die Deutschlandfahnen dominiert haben.

Was hat euch schon zu DDR-Zeiten dazu bewogen, Antifa-Arbeit zu machen?

Hans: Im Grunde war für jeden, der im Osten gelebt hat, die Entwicklung ziemlich klar abzusehen. Man wußte, daß sich Nazis in verschiedenen Städten organisierten, daß es massenhaft Probleme mit Faschos gab, eben auch in Halle, die man zwar noch – ob nun Vernichtungskommando oder nicht – relativ gut im Griff hatte, daß aber trotzdem gesagt wurde: Wir müssen irgendwie versuchen, was dagegen zu machen.

Dirk: Alle von uns haben ihren ganz persönlichen Weg, wie sie zur Gruppe gekommen sind. Die ganze Mahnwachenkiste habe ich nur so am Rande erlebt, aber auch zu DDR-Zeiten war eine aggressive Stimmung gegen alles »Fremde«

schon spürbar, und es gab eben auch schon einige, die bewußt als Faschos auftraten. Ich persönlich war aber damals noch zu jung, um dagegen etwas machen zu können und um die antifaschistische Heuchelei und offensichtlichen Widersprüche im DDR-Staat zu durchschauen.

Wurde es denn '89 schlimmer in Halle, was Faschos angeht?

Hans: Eigentlich nicht. Ich denke aber auch, daß man das nicht so trennen kann, in eine Zeit vor der Wende und in eine Zeit danach. Genau wie man die jetzige Situation in Halle, wo es ja anders ist als in vielen anderen Städten, nicht wiederum anders bewerten kann. Ich kann nicht sagen, ich mache nur dann Antifa-Arbeit, wenn mir das eigene Dach über dem Kopf zusammenbrennt.

Dirk: Hinzuzufügen ist aber schon, daß mit der offiziellen Vereinigungsdebatte und insbesondere ab 1989 eine nationalistische Stimmung, eine Identifikation mit Deutschland, allgegenwärtig war. Es war schon sehr schwierig, linke Inhalte überhaupt rüberzubringen und sich offensiv gegen diese nationalistische Stimmung zu stellen. Für die Nazis war es sehr einfach, und sie konnten sogar Massenpropaganda betreiben, wie zum Beispiel auf den Montagsdemos. Da konnten Reps und FAPler in aller Ruhe ihre Flugblätter an die Menge verteilen.

Aber eure Politik hat sich von Anfang an nicht auf Antifa-Arbeit beschränkt. Uns würde in diesem Zusammenhang interessieren, warum ihr euch dann nicht einfach als autonome (oder irgendeine andere linksradikale) Gruppe bezeichnet habt?

Hans: Die Zeit damals war nicht so, daß man überlegt hat: Werde ich nun Autonomer, oder werde ich jetzt linksradikal, oder werde ich vielleicht das, oder werde ich jetzt Antifa. Es gab zum Beispiel '88 hier in Halle einen Fall, wo ein Freund von mir ziemlich übel zusammengelegt wurde von drei Nazis, die sich damals auch schon als solche bezeichnet hatten. Gut, das wäre einer der Gründe gewesen. Es ist aber auch nicht so, daß ich nun unbedingt so ein Erlebnis brauchte, denn es war im Osten ziemlich klar, daß sich eine ziem-

lich starke Fascho-Szene entwickelt und daß schon in dieser Wendezeit zu befürchten war, daß sich das weiterentwickelt. Darum gab es vorher schon einen Zusammenschluß von Leuten, die gesagt haben, wir machen Antifa-Arbeit, wie immer das aussieht. Als wir damit auch öffentlich auftreten konnten, wollten wir zunächst erreichen, daß diese Fascho-Szene keinen Zulauf mehr hat. Wir wollten zum Beispiel an Schulen gehen und dort aufklären. Auch aus der Motivation heraus, daß es eine ehrliche Aufarbeitung der Geschichte in der DDR ja nie gegeben hat. Im Grunde lief das aber bei uns alles ziemlich theoretisch zu der Zeit.

Das Problem war damals doch, daß man auf der einen Seite wußte, daß es Kungeleien zwischen Stasi und Nazis gab, das waren ja ziemlich offene Geheimnisse. Und auf der anderen Seite gab es solche Horrorurteile, daß jemand, der einen Grabstein umgeschmissen hatte, sechs oder sieben Jahre in den Knast mußte. Damals haben wir gesagt: Das ist Blödsinn, man muß ehrlich damit umgehen. Bei der Geschichte, die ich vorhin erwähnt habe, sind die Faschos verurteilt worden und in den Knast gegangen, aber natürlich nur wegen Rowdytum. Der eindeutig rassistische Hintergrund hat bei der Urteilsverkündung überhaupt keine Rolle gespielt. Mit dem Phänomen Neofaschismus wurde zu DDR-Zeiten eigentlich nicht umgegangen.

Dirk: Wichtig in dieser Zeit war eigentlich nur, daß unser Ausgangspunkt ein antinationalistischer und antifaschistischer war und daß wir in einer unabhängigen Gruppe aktiv werden wollten. Der Name ist doch vom bloßen Wortlaut her völlig egal.

Ihr habt davon gesprochen, daß ihr eure Illusionen verlieren mußtet. Gibt es denn jemand von euch, der diesen Prozeß skizzieren kann?

Hans: Das Problem ist ja – und das kennt hier eigentlich auch jeder –, daß sich unser Leben praktisch zweimal verändert hat. Zunächst, nach dem Ende der DDR, gab es diese offene Zeit, wo jeder alles machen konnte, die aber viel zu

wenig genutzt wurde. Da sind die Menschen endlich aufgewacht – es wurden beispielsweise die ersten Häuser besetzt. Das war auch eine völlig witzige Zeit, '89, weil man die Bullen bei überhaupt nichts einplanen mußte, weil sie einfach nicht da waren. Ich denke, bis Mitte/Ende '90 war das so, daß die Bullen einfach nicht reagiert haben. Die nächste Veränderung kam dann Ende 1990, als die westdeutschen Verhältnisse hier eingeführt wurden. Ab da war natürlich auch die Bullensituation kraß verändert. Halle wird schon ziemlich stark überwacht. Mittlerweile gibt es hier, sei es durch die Bullenpräsenz oder anderes, genauso viel Repression wie im Westen.

Dirk: Illusionen gab es natürlich in der Einschätzung, wie der neue Staat mit politisch Andersdenkenden umgehen würde. Doch das hat sich schnell geklärt, nach den ersten und massiven Auseinandersetzungen mit Bullen und Justiz bei den Antifa-Demos in Wunsiedel 1990 oder bei den Schlachten um die Mainzerstraße in Ostberlin. Die Gewaltfrage hat sich auch durch praktische Notwendigkeit entschieden. Man mußte mit dem permanenten Faschostreiß auf den Straßen fertigwerden und die Schläger aus der Innenstadt vertreiben. Das ist uns in Halle ja auch ganz gut gelungen. 1991 gab es in Halle ein von Nazis besetztes Haus in der Kammstraße. Das war Anfang 1991 in Halle noch eine andere Situation als heute.

Die Kammstraße war Anlaufpunkt für alle möglichen Faschos, vor allem auch für Kadernazis. Am 9.11.91 hatte die Auseinandersetzung mit den Nazis in Halle ihren Höhepunkt erreicht. An diesem Tag mobilisierten die verschiedenen Nazi-Parteien und Gruppen im Bündnis zu einer großen Demo nach Halle. Fast alle ihrer Führer waren gekommen, Küssel, Worch, Reisz, Althans, Irving usw. Wir konnten zur Gegendemo ca. 2 000 AntifaschistInnen mobilisieren, die Faschos waren »nur« 400. Das war natürlich für uns sehr wichtig und ein enormer Erfolg. Ich glaube, diese Demo war eine der wichtigsten in dieser Zeit und hat das Kräfteverhältnis klargelegt.

Hans: Das ist auch so was typisch Hallesches. Es gibt immer mal Zeiten, wo die Nazis relativen Aufschwung haben, sich irgendwelche Sachen ausdenken. Dann gibt es aber auch einen entsprechend starken Widerstand, was dann meistens dazu führt, daß die Fascho-Aktivitäten wieder abklingen. Das Manko in Halle ist, daß viel zu wenig kontinuierlich gearbeitet wird. In so einer Phase sind wir gerade jetzt wieder. Es ist so, daß wir damals, als die Kammstraße sich etabliert hatte, relativ wenig Gefahr drin gesehen haben. Als dann aber klar war, das wird ein Kommunikationszentrum für die Nazis, darüber laufen überregionale Kontakte, haben dann viele Linke plötzlich sehr aktiv was dagegen gemacht. Es wurden massenhaft Flugblätter in der Stadt verklebt. Dann hatten die Nazis angekündigt, die größte Demo seit Dresden hier zu veranstalten, zu der angeblich 2 000–3 000 Nazis kommen sollten. In der Zeit haben wir unheimlich viel gearbeitet, vor allem, um die Antifa-Demo vorzubereiten. Aber im Endeffekt hat sich die Kammstraße von alleine aufgelöst.

Gab es in letzter Zeit hier in Halle Angriffe von Neonazis auf Linke, auf Obdachlose, auf Ausländer?

Hans: Nein, nicht in größerem Stil; kleinere Sachen dafür um so mehr.

Ralf: Und das sind Sachen, die unheimlich nerven. Es muß ja jetzt nicht unbedingt ein 20köpfiger Faschotrupp sein, sondern es reicht ja aus, wenn ein Schwarzer mit seiner Freundin ins Kino rein will, und dann steht ein Fascho davor. Da passiert erstmal nicht groß was, aber das sind Dinge, die sich absolut häufen. Dazu kommt, daß das nicht die überzeugten Faschos sind, sondern häufig Jugendliche, die einfach nur so drauf sind.

Dirk: Vor zwei Jahren wußte man ganz genau, der Fascho läuft da, der hat eine grüne Bomberjacke an und Springerstiefel und irgendwelche Nazischeiß-Aufnäher. Jetzt rennen ganz viele Jugendliche in einem Fascho-Outfit herum, und du erkennst nicht mehr auf den ersten Blick: Ist das nun nur Mode, oder sind die wirklich faschomäßig drauf.

Evelyn: Halle ist natürlich keine Insel im braunen Sumpf. Täglich werden auch hier Menschen aus rassistischen, sexistischen und faschistischen Gründen beleidigt und angegriffen. Im September 1993 sind zwei Obdachlose in Halle ermordet worden. Aber wir haben in letzter Zeit keine stärkere Organisation hinter solchen Angriffen feststellen können. Im größeren Rahmen sind sie hier zuletzt nicht öffentlich aufgetreten. Aber es gibt Hallenser Nazis, die immer wieder bei Angriffen in der Region und anderen Städten auffallen.

Was sind denn momentan die Schwerpunkte eurer Arbeit, also jetzt gegen Ende '93, Anfang '94?

Dirk: Zum einen gehen natürlich diese sogenannten Perspektivdiskussionen nicht spurlos an uns vorbei. Aber diese ganzen Auseinandersetzungen um staatliche Repression, Nazismus, herrschende Europa- und BRD-Politik, geeignete Widerstandsformen, Anspruch und Wirklichkeit, Kontinuität antifaschistischer Politik laufen oftmals leider nicht sehr offen. Vielleicht ist dafür auch der Rahmen noch nicht vorhanden, aber ein Haufen Leute haben daraus schon ihre Konsequenzen gezogen und arbeiten einfach nicht mehr mit Ansonsten versuchen wir uns natürlich besser zu organisieren. Bald sollen verschiedene Projekte anlaufen wie Theater, Begegnungsabende mit älteren AntifaschistInnen vom BdA, Veranstaltungen an Schulen. Wichtig ist auch die Öffentlichkeitsgruppe, die politische Ansätze nach außen tragen soll, wodurch wir breitere und mögliche Bündnisse anstreben. Es ist ein Versuch, die Auseinandersetzung um Faschismus in all seinen Formen möglich zu machen, gerade auch in links-alternativen Kreisen.

Hans: Wir haben zum Beispiel auch gemeinsam mit dem Wehrdienstverweigerererkreis, mit Frauen aus dem Frauencafé in Halle – das läuft über den UFV – und mit dem BdA gemeinsam eine Aktionswoche organisiert, wo jeden Abend zu einem bestimmten Thema eine Diskussion war oder ein Film lief.

Heißt das, ihr arbeitet jetzt weniger direkt gegen Nazis?

Hans: Ich denke, wir sind an einem Punkt, wo wir gesagt haben, wir müssen eigentlich beide Sachen machen. Es reicht nicht, den Nazis, so weit wie es geht, auf die Fresse zu hauen und sich dann zu freuen, wenn sie mal wieder ein paar Tage verschwunden sind, sondern wir müssen versuchen, öffentlich klarzumachen, warum wir das tun. Wir müssen rüberbringen, daß linke Politik nicht nur daraus besteht, Nazis zu hauen, sondern daß man damit was erreichen will.

Wie organisiert ihr euch selbst?

Hans: Wir haben jetzt angefangen, ansatzweise eine Art Arbeitsteilung zu entwickeln. Zum Beispiel eine Gruppe, die Öffentlichkeitsarbeit macht, dann eine Gruppe, die sich verstärkt darum kümmert, Infos über Faschos zu sammeln, also schon eine klassische Recherche-Gruppe. Jetzt muß sich zeigen, ob es gelingt, die Arbeit, die anliegt, wirklich zu verteilen, weil es anders nicht möglich ist, oder nicht mehr möglich ist.

Ihr seid ja eigentlich eine »gemischte« Gruppe. Gibt es denn auch eine Frauen-Antifa-Gruppe in Halle?

Ricarda: Es gibt keine reine Frauen-Antifa, und ich sehe es auch nicht als notwendig an, denn ich glaube, daß sich so was nur aus persönlichen Erfahrungen heraus bildet. Ich habe einfach kein Bedürfnis danach, in einer Frauen-Antifa was zu machen. Ich finde es eigentlich ziemlich gut in Halle, daß die unterschiedlichen Szenen miteinander können. Und dann gibt es ja auch noch das Frauencafé in Halle. Natürlich spielen auch feministische Diskussionen unter uns eine Rolle, aber eher im Allgemeinen. Denn es ist nicht so, daß wir beispielsweise mit den Männern in unserer Gruppe irgendwelche Probleme hätten. Und deswegen ist halt nicht so die Notwendigkeit gegeben, sich damit so konkret auseinanderzusetzen.

Dirk: Ich möchte mal zwei Sachen sagen. Zum einen gab es zwangsläufig eine große Sexismus-Diskussion nach der Geschichte in Hof im letzten Jahr.

Was war das für eine Geschichte?

Dirk: Das war, als von einem Mann aus Halle auf der Demo der Spruch kam: »Ob Ost oder West – nieder mit der Frauenpest«. Wo es dann natürlich auf der Demo eine Auseinandersetzung gab, die in der Situation schon berechtigt war. Die Diskussion allerdings, die danach geführt wurde, nahm Auswüchse an, die wir nicht gerechtfertigt fanden. Wo Papiere mit einem Boykottaufruf für Halle im Umlauf waren, oder solche Geschichten, wo von zahlreichen anderen – westdeutschen – Antifa-Gruppen quasi ein Exempel statuiert wurde nach dem Motto: Halle, das sind gänzlich alles Sexisten. Der Tenor unserer Diskussion war, wir können die dogmatische Sexismus-Diskussion aus dem Westen nicht einfach so übernehmen.

Was verstehst du darunter?

Hans: Es gab ein Papier, das war kurz nach der Hof-Sache verfaßt worden, die Initiative ging wohl von norddeutschen AntifaschistInnen aus, das kursierte, ohne daß wir davon wußten. Wir haben es jetzt erst vor kurzem gekriegt, als die Diskussion schon hochgekocht war und wir überhaupt keinen Einfluß darauf hatten, außer zu sagen: Ja klar, das Ding ist passiert ...

Es war sicher Scheiße, daß wir nicht sofort reagiert haben, dort bei der Demo, daher war es für mich auch verständlich, daß die Frauen an Ort und Stelle versucht haben, den betreffenden Typen da rauszuhauen, das ist keine Frage. Daß aber eigene Leute von den Frauen auf die Fresse gekriegt haben, die damit wirklich nichts zu tun hatten, die danebenstanden und selber völlig geschockt waren, finde ich nicht gut, da sollte man auch drüber diskutieren. Allerdings wird in dem erwähnten Papier auch eine Menge Unsinn behauptet. Es stimmt nicht, daß Hallenser schon lange vorher den Frauenblock provoziert hätten, es stimmt auch nicht, daß dann zwei Reihen Machos aus der Demo rausgehauen worden wären. Als die handfesten Auseinandersetzungen begannen, war der Mann, der diesen blöden Spruch abgelassen hatte, schon gar

nicht mehr da. Und daß dann auch noch behauptet wurde, daß es danach immer noch irgendwelche Anmachen gab, ist absurd, denn unsere Leute liefen nur noch mit gesenktem Kopf. Diejenigen, die mit einzelnen Diskussionen Probleme hatten, die gesagt haben, die Frauen spinnen doch alle und so, die haben sich doch sowieso verpißt, um ja nicht mehr damit konfrontiert zu werden. Am Schluß des Flugblattes hieß es dann an unsere Adresse: Erklärt euch, nehmt Stellung, aber das Ziel kann nur so aussehen, daß ihr unsere Ansatzpunkte übernehmt, ansonsten arbeiten wir nicht mehr mit euch zusammen.

Wie seid ihr damit umgegangen?

Dirk: Obwohl wir das Papier erst ziemlich spät gekriegt haben, war die Diskussion natürlich nicht davon abhängig. Auf der einen Seite gab es einige, die gesagt haben, klar, wir müssen darüber diskutieren, müssen Stellung beziehen, weil es nun einfach mal 100 Prozent Scheiße war, was da lief. Es gab aber auch welche, die gesagt haben: Na, da habt ihr's doch, die Frauen spinnen doch sowieso alle. Ich denke, daß es denen durch das Papier und seine ultimative Forderung wirklich recht leicht gemacht wurde, zu sagen: Ja, die aus dem Westen wollen doch sowieso nur, daß wir genau das sagen, was sie hören wollen, und daß dadurch nur ganz, ganz schwer wahrgenommen wird, was die Frauen eigentlich wirklich wollen. Das ist ein ganz blöder Punkt an der ganzen Sache.

Wie sehen denn ansonsten eure Kontakte zu Westgruppen aus?

Hans: Zum großen Teil läuft das über private Kontakte, die dann wieder in die Gruppe zurückgetragen werden. Es ist natürlich prima, wenn sich daraus über die Zeit eine politische Zusammenarbeit der Gruppen entwickelt. Ab und an kommt das schon vor. Es ist halt sehr interessant zu sehen, wie sich die Antifa-Arbeit im Westen entwickelt hat, wie dort die Notwendigkeit entstand, antifaschistische Arbeit zu machen, oder zu sehen, wie sich dort die Bullensituation verändert hat. Also, das sind so Punkte, die sind für uns interessant.

Habt ihr Kontakte zu Antifa-Gruppen aus dem Osten?

Dirk: Seit etwa einem halben Jahr versuchen wir, so eine Art regionale Struktur auf die Reihe zu kriegen. Innerhalb der Region gibt es eine sehr gute Zusammenarbeit. Was natürlich über die Region hinaus reger laufen müßte, ist der Erfahrungsaustausch. Und da hat die westdeutsche Restlinke irgendwie versagt.

Inwiefern versagt?

Hans: Ich denke, die Westlinke bzw. die westautonome Szene muß sich den Vorwurf gefallen lassen, die sogenannte Wende verpennt zu haben. Zu der Zeit gab es zu denen im Endeffekt keine politischen Kontakte. Nach meiner Meinung war das in Berlin am deutlichsten zu sehen. Wenn ich an den 20. April 1990 denke, wo der ganze Alex mit Faschos bevölkert war, das hätte einfach nicht sein müssen. Die Westler wohnten schließlich nur ein paar Hundert Meter entfernt.

Dirk: Klar waren auch die Linken in den Westzusammenhängen nach '89 total schockiert. Aber auf uns ist einfach niemand zugegangen. Niemand hat mit uns die Diskussion gesucht, und auf den ersten Treffen mit Westlern hatten wir oftmals den Eindruck, daß die überhaupt kein Interesse an einer Zusammenarbeit hatten. Wahrscheinlich wollten die Westler die veränderte Situation einfach nicht wahrhaben und einfach so weitermachen wie bisher. Aber Fakt war doch, daß sich die Situation auch in Westdeutschland mit '89 wesentlich verschlechtert hatte. Jedenfalls hätte für uns vieles leichter sein können, wenn wir auf Erfahrungen und Einschätzungen der westdeutschen Linken hätten zurückgreifen können. Gerade im Hinblick der Hausbesetzungen und Verhandlungen mit der neuen Staatsmacht wäre ein theoretisches Wissen über die zuvorigen Kämpfe und die Entwicklung der Linken im Westen von Vorteil gewesen. Aber bis heute wird ja über diese Zeit kaum ein Wort verloren.

Wie stellt ihr euch zur Diskussion um eine bundesweite Antifa-Organisation?

Hans: In Halle spielt das zur Zeit eigentlich keine Rolle. Wir waren zwar eine Zeitlang an den Bundestreffen beteiligt, aber irgendwann hatte sich das erledigt. Ursprünglich fanden wir die Initiative relativ vernünftig. Aber die Diskussion, die nun seit fast zwei Jahren läuft, halten wir für ziemlich unproduktiv.

Dirk: Es gibt natürlich Sachen, wo eine bundesweite Organisation und Zusammenarbeit unabdingbar sind, wo wir natürlich auch mitarbeiten. Aber eine Organisation mit Mitgliedschaft und Statut bringt uns, glaube ich, nicht sehr viel weiter. Wichtiger ist für uns derzeit, eine bessere regionale Zusammenarbeit hinzukriegen. Da ist auch die Möglichkeit einer direkten und wirksamen gegenseitigen Ergänzung und Unterstützung eher vorhanden als auf bundesweiter Ebene. Und die Gefahr des Sich-selber-Verlaufens, in irgendwelchen Diskussionen, ist wohl nicht von der Hand zu weisen. Bundesweite Plenen haben ja manchmal schon den Charakter von Selbsthilfegruppen, und von konstruktiven Miteinander-Diskutieren kann in der Regel keine Rede sein. Sicherlich gibt es eine Notwendigkeit, aber dazu muß erst noch ein geeigneter Rahmen gefunden werden. Vielleicht kann der sich aus der Zusammenarbeit einiger Städte langsam herausbilden.

Ihr habt vorhin einmal angedeutet, daß ihr unliebsame Erfahrungen mit den neuen Ordnungskräften gemacht habt. Hat sich der Repressionsdruck auf euch in Halle in letzter Zeit verstärkt?

Dirk: Natürlich hat sich der Repressionsdruck seit Mitte '92 erhöht und mittlerweile dem Westniveau angeglichen. Das ist an der stärkeren Polizeipräsenz im Straßenbild schon erkennbar. Bei öffentlichen Anlässen, Veranstaltungen, Straßenfesten etc. wird die Stadt heute von einem massiven Bullenaufgebot richtiggehend belagert. Das war zuletzt so, als Volker Rühle hier öffentlich neue Rekruten vereidigte und sie mit Störungen rechnen mußten.

Dann gibt es hier in Halle auch eine Staatschutzabteilung, die selbstredend versucht, gegen AntifaschistInnen vorzuge-

hen, und die schon mal bei den Wohnungen, zumeist jüngerer Leute, vorbeischaun. Im Oktober 1992 gab es eine Razzia im Zentrum in der Kellnerstraße. Dabei haben sie gleich 124 von uns »erkennungsdienstlich« mißhandelt. Aber unter Repression darf man nicht nur solche Geschichten verstehen. Der Druck durch die Medien, die permanente Gleichmacherei rechter und linker Gewalt, die offensichtliche ungleiche juristische Behandlung von rechter und linker Gewalt, die öffentliche Denunziation und Kriminalisierung von Antifa-Aktionen gehören ja zur Repression genauso dazu, wie dann der direkte Zugriff selbst. Dagegen müssen unsere Strategien natürlich weiterentwickelt werden.

Inwieweit ist eure politische Praxis von eurem Alltag getrennt?

Dirk: Das geht doch gar nicht, bei der Menge an Alltagsfaschismus, mit dem man sich tagtäglich auseinandersetzen muß. Ich finde zum Beispiel am Kiosk die Nationalzeitung, haue die Verkäuferin an, was das soll. Hinter mir steht so ein alter Opa, der dann auf einmal rumerzählt, ja, du hast ja gar keine Ahnung von Faschismus, wir haben an der Front als deutsche Wehrmacht gekämpft, und in Buchenwald saßen nur Kommunisten und Juden. Und hinter ihm steht eine Reihe von acht Bürgern, und keiner sagt was dazu. In der Uni ist es auch schon Normalität, daß mir Burschenschaftler begegnen. Und nationalistische Wertediskussionen und deren Folgen spiegeln sich im Alltag doch fast überall wider. Außerdem: Was soll das für ein Antifaschismus sein, der an der Wohnungstür aufhört?

Wie stellt ihr euch die Perspektiven eurer Arbeit vor? Wo wollt ihr hinkommen, mit dem, was ihr macht?

Ralf: In ein blühendes Land.

Hans: Ich wünsche mir, daß sich unter uns so eine Art Arbeitsteilung entwickelt, um besser verhindern zu können, daß die Nazis hier Fuß fassen. Und dann natürlich auch die Arbeit mit anderen Vereinen, die muß sich unbedingt verbessern. Ohne daß wir uns anbietern müssen oder politische Positionen um eines Bündnisses willen aufgeben.

Dirk: Wir müssen es schaffen, daß es eine bessere Koordination zwischen den Städten gibt. Das fängt bei den einfachsten Sachen an.

Hans: Ich kann mir schlecht eine Organisation mit Mitgliedschaft oder so was vorstellen, aber eine intensive Zusammenarbeit ist unumgänglich.

Was sind für euch die Faktoren, die die Zunahme von neofaschistischer Bewegung und Anschlägen in der letzten Zeit ausgemacht, begünstigt haben?

Hans: Zunächst einmal diese Asyldebatte. Das sieht doch jeder, der ein bißchen die Augen und Ohren aufmacht. Hier wurde über Monate durch PolitikerInnen und Medien ein gemeinsamer Feind konstruiert. Und die Pogrome von Rostock haben deutlich gezeigt, daß Polizei und Justiz aus politischen Gründen kein Interesse daran haben, diese zu verhindern. Zumindest nicht immer.

Dirk: Es ist dieser verinnerlichte Trend in der Politik, der einfach immer mehr auf einen autoritären Staat, auf Faschismus hinausläuft. Wenn ich mir zum Beispiel die Urteile von Rostock angucke: Das ist doch lächerlich, was da passiert. Fakt ist doch – und auch für die Nazis ist das ganz offensichtlich –, daß der Staat eigentlich kein Interesse hat, das zu verhindern. Und daß das die Leute anspricht, ist ja logisch.

Historisch unbelastet

Gespräch mit AntifaschistInnen aus der Schweiz

In der Schweiz gibt es im eigentlichen Sinne keine überregional organisierte und kontinuierlich tätige Antifa. Die autonome Szene ist jedoch überregional lose miteinander vernetzt und führt, den örtlich variierenden Bedingungen entsprechend, Antifa-Aktionen durch. In dem Gespräch diskutieren autonome Linke aus verschiedenen Städten der deutschsprachigen Schweiz ihre Ansätze und ihre bislang gemachten Erfahrungen.

Was für Auseinandersetzungen gab es in den 80er Jahren mit Neofaschisten in der Schweiz? Gibt es auf der linken Seite so etwas wie eine Antifa-Organisation, oder wie sieht das aus?

Theo (Zürich): Hier in der Stadt existiert momentan keine Gruppe, die sich als Antifa bezeichnet. Es hat immer mal solche Organisationsansätze gegeben. Die sind aber mit den jeweiligen negativen Anlässen gekommen und wieder verschwunden. Als die rechten Skins massiv in der Stadt auftraten oder im Laufe der Anschlagserien auf die Flüchtlingslager von 1989/90 haben sich Antifa-Gruppen gebildet, und als der Spuk vorbei war auch wieder aufgelöst. Diese Gruppen hatten die übliche Anti-Nazi-Arbeit gemacht, also Schutz von Veranstaltungen, Recherche und präventive Intervention gegen Skins und andere Faschos.

Und warum haben sich die Gruppen so schnell wieder aufgelöst? Nazis dürfte es doch auch in der Schweiz noch immer geben ...

Bert (Zürich): Sicher. Die Rechten sind heute sogar besser organisiert als vor ein paar Jahren. Sie treten zwar nicht mehr so alltäglich und sofort erkennbar in Erscheinung, aber es gibt sie schon.

Line (Zürich): Warum sich die Antifa im Raum Zürich aufgelöst hat, ist auch nicht so klar. Es gab darüber nie eine öffentliche Kontroverse. Antifa-Arbeit hieß halt hier in den letzten Jahren: Wenn bekannt wurde, daß sich irgendwo Nazis treffen und was vorhaben, dann hat sich ein relativ breites Spektrum von Linken zusammengefunden und hat konkret was dagegen gemacht. Eine weitergehende Antifa-Arbeit, also kontinuierliche Recherche neofaschistischer Strukturen usw., das war mehr Anspruch und wurde eher von Journalisten wie Jürg Frischknecht eingelöst. Viel bedeutender war hier die antirassistische Arbeit, die wurde kontinuierlich betrieben, und die gibt es heute noch.

Also wird bei euch antifaschistische Arbeit eher als ein normaler Bestandteil linksradikaler, autonomer Praxis gesehen und keine spezielle Antifa-Organisation betrieben?

Jacob (Bern): Auf Bern trifft das genau so zu. Wenn was ansteht, wird aus dem autonomen Spektrum Antifa-Arbeit gemacht, also zeitweise und nicht kontinuierlich.

Kurt (Winterthur): Bei uns in Winterthur ist die Situation aber doch etwas anders. Wir hatten sehr viel Ärger mit Faschos und machen deswegen schon sehr viel mehr Antifa-Arbeit. Wir machen auch eine konkrete Recherche-Arbeit, damit wir über deren Zusammenhänge Bescheid wissen. Aber wir machen das auch aus einem autonomen Szene-Zusammenhang heraus. Linke Zentren, Kneipen und besetzte Häuser sind durch die Faschos gefährdet gewesen und bilden auch den Hintergrund für eine organisierte Antifa-Arbeit.

Franz (Winterthur): In Winterthur gab es sehr viele Auseinandersetzungen mit offen auftretenden Nazis, viele Überfälle usw. Und wir kloppen uns mit denen, wo sie auftreten, weil es anders keine Möglichkeit gibt. Aber ich denke, daß man aufteilen muß zwischen irgendeinem Skin, einem saufenden Mitläufer und den wirklich politisch Aktiven. Man muß wissen, wer bei den Nazis wirklich was zu sagen hat, dann ist es viel einfacher, dagegen vorzugehen.

Kurt (Winterthur): Bei führenden Faschisten braucht man

nicht abzuwarten, bis sie wieder was tun. Also, bei denen machen wir auch mal in der Gruppe einen Hausbesuch, klopfen halt mal an die Tür ...

Tom (St. Gallen): Also, die Stadt, wo ich herkomme, St. Gallen, liegt ja auch ziemlich in Grenznähe, und da wurden ab und zu Punkkonzerte von Faschos angegriffen. Die kamen auch aus Deutschland und Österreich rüber. Bei uns ging es direkt darum, mit denen auf der Straße fertigzuwerden, und das hat mit der Zeit auch geklappt. Heute ist es so, daß sich die Faschos in der Öffentlichkeit eher tarnen und mir aus unserer Region vergleichsweise wenige Angriffe auf ausländische Menschen oder Linke bekannt sind. Wir versuchen durch Recherche und Aktionen in letzter Zeit stärker auf die organisierten Hintermänner zu gehen, um diese öffentlich zu machen.

Ist es allgemein so in der Schweiz, daß sich die Lage auf der Straße nach dem massiven Auftreten der Faschos und der Anschlagsserie von 1989/90 wieder entspannt hat?

Kurt (Winterthur): Das ist regional sehr unterschiedlich. Winterthur ist z.B. so ein Spezialfall. Wir hatten 1989 hier eine starke Skin- und Fascho-Bewegung und die Gründung einer neuen Nazi-Partei. Nach den zum Teil heftigen Auseinandersetzungen waren die Nazis verschwunden, aber jetzt tauchen sie wieder auf. Die gleichen Leute sind auf einmal wieder da und versuchen, wieder offen als Faschos auf der Straße rumzulaufen.

Womit hängt das zusammen? Etwa weil eine antifaschistische Gegenwehr nicht mehr vorhanden ist?

Kurt (Winterthur): Nein, die ist ja gerade in Winterthur vorhanden. Also das, was gemeinhin als Hau-Drauf-Antifa bezeichnet wird, also, die gibt es in Winterthur. Das ist unbestritten. Aber wieviel das nützt und ob das nicht auch ein Grund ist, daß die Faschos immer uns in Winterthur knacken wollen ... Die Skinheads kommen auch von woanders her nach Winterthur zum Prügeln. Wir haben halt hier immer die großen Schlägereien.

Franz (Winterthur): Dazu kommt noch, daß wir in den eigenen Reihen aufgeräumt haben. Es gab Nazis, die in linken WGs gewohnt haben, aber ein rechtes Outfit hatten und rechte Musik gehört haben, ohne sich als Rechte zu bekennen. Da gab es auch welche, die in der Alternativkneipe gearbeitet haben, und die sind dann überall rausgeflogen. Und die sind dann auch direkt übergelaufen.

Kurt (Winterthur): Das war quasi so, da sitzt einer bei den Linken, und dann sitzt er zugleich am nächsten Abend bei den Rechten. Das ging einfach nicht mehr. Die mußten wir rauschmeißen. Es gibt auch Leute, die in besetzten Häusern gewohnt haben, mit uns gegen die Faschos maschiert sind und jetzt auf der anderen Seite sind.

Franz (Winterthur): Davon haben die Nazis natürlich profitiert. Sie haben jetzt viele Informationen über uns, und das hat ihnen eine gewisse Sicherheit gegeben, was sie sich trauen können und was nicht. Da waren einfach solche bei, die sich als Sharp Skins bezeichneten und von denen wir uns distanzierten. Da gab es so Geschichten, daß einer von denen in Ostdeutschland war und so Kollegen mitgebracht hat. Und dann stellt sich heraus, daß die in Rostock mit dabei waren, und sie faselten davon, es wäre nur gegen die Bullen gegangen und so die ganze übliche Scheiße.

Habt ihr irgendwelche Erklärungen, wie es dazu kam, daß die jetzt bei den Rechten gelandet sind?

Kurt (Winterthur): Also, bei den krassen Fällen ist es schon so, daß die einfach eine Bestätigung gesucht haben. Die hatten eine große Klappe, sind mit rumgezogen, und wir haben sie, solange es ging, mitgezogen und alles miteinander gemacht. Und irgendwie haben sie es nicht auf die Reihe gekriegt und sind von vielen auch immer belächelt worden. Und jetzt versuchen sie in der rechten Szene dasselbe, um dort ihre Bestätigung zu kriegen. Das sind schon ziemlich labile Charaktere.

Franz (Winterthur): Die Führersache ist sicher auch so etwas, was diese Leute halt anzieht, die festen Regeln und all

das, daß sie gesagt bekommen, wer sie sind und wo sie zu stehen haben.

Wie erklärt ihr euch die regionalen Unterschiede, was die Neonazi-Präsenz angeht, in der Schweiz? Frischknecht schildert in seinem Buch z.B. Schaffhausen als absolute Nazi-Hochburg.

Kurt (Winterthur): In Schaffhausen spielt sicher der Einfluß aus Süddeutschland eine Rolle. Ich habe gehört, daß viele Saufparties auch von drüben organisiert wurden, und was dabei sicher eine Rolle spielt, daß sie bei kleineren Straftaten einfach nur ausgewiesen werden, deutsche Nazis sich hier also Sachen erlauben können, ohne daß ihnen viel passiert.

Also gibt es in den Grenzregionen zur Bundesrepublik eine feststellbar stärkere Zusammenarbeit zwischen ...

Jacob (Bern): ... ja, aber das wird jetzt ein bißchen zu platt. Was die aus Winterthur vorhin beschrieben haben, das ist ja auch diese Szenenvermischung, die es auch woanders gab. In Bern siehst du das an der Zaffaraya-Bewegung, da war auch plötzlich eine eigene Subkultur entstanden, mehr aus einem gemeinsamen Gefühl als aus einer politischen Ideologie heraus. Da gab es 1985 diese Platzbesetzung, und zwei Jahre wurde darum gekämpft, bis sie den geräumt haben. Gegen die Räumung gab es eine gefühlsmäßige Empörung der Bevölkerung, eine breite Solidarität für die Besetzer. Die Stadt war richtiggehend gespalten. Bern ist eine kleine Stadt, hier leben 130 000 Menschen, und davon waren 10 000 einige Tage lang auf der Straße. Und das war auch ziemlich durchmisch. Und es gab einige darunter, die da noch neben dir standen und die du dann später bei den Faschos wiedergesehen hast, die sich heute als Nationalrevolutionäre bekennen. Also erstmal ziehen bestimmte Momente einer Subkultur alle möglichen Leute an. Eine Faszination an der Revolte und einem anderen Lebensstil kann es ja auch bei denen geben, die dann Rechte sind.

Auch in linken Zentren in Bern wird es ab und zu Faschos geben, die wir nicht kennen, die sich da umtun und sich

eben auch irgendein Konzert reinziehen. Es ist nicht so, daß die automatisch sagen, da gehen wir nicht hin, das ist nicht unser Ding, es berührt sich halt schon noch.

Und dann finde ich es schon problematisch, wenn ihr euch in Winterthur so als die Hau-Drauf-Antifa darstellt. Da wundern mich gewisse Sachen nicht, die ich gerade auch von deutschen Antifas kenne. Dieses Machogehabe und das teilweise ja selbst uniformierte Vorgehen gegen Faschos, das zieht ja auch eine gewisse Szene an, und für mich gibt es da schon Verwandtschaften zu dem, wie Rechte auftreten.

Wie weit gehen denn diese »Verwandtschaften« deiner Meinung nach?

Jacob (Bern): Damit meine ich nicht diese billige Links-rechts-Gleichsetzung. Aber bei Bewegungen, bei denen auf der Straße so revoltmäßig viel los ist, da gibt es auch immer Sachen, die für Jugendliche anziehend sind, und das läuft bei den Faschos nicht viel anders. Das ist erstmal eine unbestimmte Kraft, die 80er Bewegung war auch einfach interessant, endlich mal ausbrechen usw. ...

Also so eine Revolte-Haltung, aus der Gesellschaft ausbrechen zu wollen, würdest du erstmal für politisch relativ unbestimmt halten?

Jacob (Bern): In großem Maße schon. Also im Anfangsstadium geht es doch, zumindest teilweise, um den existentiellen Bruch mit irgendwelchen Autoritäten, und das Ideologische entwickelt sich ja dann zumeist erst. Damit habe ich jetzt noch nicht erklärt, warum sich zu bestimmten Zeiten mehr Jugendliche nach rechts oder nach links entwickeln. Aber ein emotionales Aufbegehren gegen die Verhältnisse kann es auch bei Rechten geben und sie für einige attraktiv machen, und da kann es gerade in der Subkultur zu Vermischungen kommen. Einfacher ist es sicher mit den organisierten Faschisten und ihrem ideologischen Ding, die findest du ganz woanders, die haben damit wenig am Hut.

Line (Zürich): Vielleicht sollten wir nochmal auf eure vorige Frage zurückkommen nach den Unterschieden in den

einzelnen Städten und Regionen. Es gibt Hochburgen der Faschos wie in Schaffhausen, wo der Einfluß aus der BRD ganz nah ist, und dann gibt es die Landgegenden. Z.B. hier in der Nähe von Zürich, im Kanton Aargau, gibt es diese Mutschellen-Front. Dort sind Figuren drin, die in der Gesellschaft total integriert sind, da sind auch die Söhne von Polizisten drin, angesehene Nachbarn usw. Also, dieses neofaschistische Gedankengut, das ist von breiten Kreisen in der Schweiz abgesegnet, das ist nichts Besonderes. Und wenn Jugendliche in kleineren Städten wie in Winterthur oder Schaffhausen sich in neofaschistischen Gruppen organisieren, dann haben sie eine Basis, auf der sie arbeiten können, und von den Bullen werden die normalerweise nicht angefaßt. Da sind dann Angriffe gegen Flüchtlingslager, die überall vorgekommen sind, halt so kleine Jugendsünden, über die muß man nicht reden.

In größeren Städten mit einer linken Szene ist das für die Rechten schwieriger, weil da schneller 50 bis 100 Leute zusammen sind und gegen die was machen. Aber den Herrschenden paßt das natürlich, wenn da ihre strammen Söhne mal auf die Pauke hauen.

In den größeren Städten passiert weniger, und deswegen gibt es auch weniger arbeitende Antifa-Gruppen als in den kleineren Städten, ist das so richtig interpretiert?

Theo (Zürich): Rassistisch motivierte Übergriffe gibt es natürlich hier auch. Auch von Jugendgruppen und Jugendbanden. Aber sie organisieren sich nicht wie Skinheads oder eine richtige Nazi-Organisation.

Sondern?

Theo (Zürich): Hier gibt es z.B. die Home-Boy-Szene. Das sind oftmals Jugendgangs, die aus den Vorstädten kommen und die zum Teil in den Fußballstadien aktiv sind. Aber soweit ich da Bescheid weiß, haben die nicht so ein geschlossenes Weltbild, und treten auch nicht so wie die Skins in Erscheinung.

Sind das Gruppen, an die ihr versucht ranzukommen, oder sind die schon zu stark ins rechte Umfeld integriert?

Tom (St. Gallen): Da muß ich jetzt schon mal sagen, daß es wahrscheinlich Versuche von Nazis gibt, an die ranzukommen. Aber viel gefährlicher scheint mir derzeit, und da bin ich mir nicht ganz sicher, ob das nicht ein großer Unterschied zu den Verhältnissen in Deutschland ist, daß die extremen Rechten in der Schweiz ein stabiles parlamentarisches Standbein haben. Und da sehe ich z.B. auch in St. Gallen, wie sich Parlamentarier jetzt wieder der faschistischen Skinhead-Szene nähern und versuchen, die nicht organisierten Faschos einzubinden. Das läuft ganz stark, nachdem eine offene Fascho-Organisation wie die Patriotische Front durch Repression zerschlagen wurde.

Parlamentarier?

Tom (St. Gallen): Zum parlamentarische Standbein würde ich in der Schweiz die Autopartei, den rechten Flügel von SVP und FDP, die Lega dei Ticinesi und die Schweizer Demokraten als Nachfolgepartei der Nationalen Aktion zählen. Zwei Beispiele aus St. Gallen für die Kontakte von Parlamentariern und militanten Faschisten: Einmal versuchten etwa 10 bis 15 überwiegend sehr junge Faschos, eine antifaschistische Informationsveranstaltung zu stürmen. Dies geschah dann zum Glück nicht. Die Angreifer erzählten hinterher, daß sie von den örtlichen Schweizer Demokraten zu dieser Aktion angehalten worden seien. In der Tat stand auch einer von ihnen, den wir sehr gut kennen, damals in der Nähe mit seinem Funkgerät herum.

Das zweite Beispiel: In der Nähe von St. Gallen wurde aus Widerstand gegen ein Armeeprojekt von Linken ein Platz besetzt. Nachdem es auf das Zeltlager wiederholt Brandanschläge gab, wurden die AktivistInnen von Nazis brutal überfallen. Und wieder war der gleiche Schweizer Demokrat kurz zuvor auf dem Gelände rumgeschlichen. Meiner Einschätzung nach klare Anzeichen dafür, wie die parlamentarische Rechte dabei ist, die »Stiefelfaschos«, die Nazi-

Schläger von der Straße, politisch und organisatorisch stärker einzubinden.

Ist der parlamentarische Flügel der Rechtsextremen in der Schweiz denn nicht isoliert von den anderen parlamentarischen Kräften?

Line (Zürich): In keinsten Weise.

Jacob (Bern): Inhaltlich kann man das an der Verschärfung der Asylgesetzgebung sehen, da sind ganz klar die Parolen der Rechten übernommen worden. In verschiedenen Gemeinden gibt es Wahlbündnisse von Konservativen und Rechtsextremen, daß z.B. die SVP mit den Schweizer Demokraten oder auch mal mit der Autopartei gegen Rot-Grün koalitiert ...

Also würdet ihr wirklich sagen, daß es nicht mal einen offiziellen Anschein gibt, die Rechtsextremen parlamentarisch zu isolieren?

Franz (Winterthur): Mehr oder weniger nicht.

Tom (St. Gallen): Bei der Anschlagserie 1989/90 war das ja auch so, daß es so gut wie keine behördlichen Ermittlungen gab, und daß Faschos wie in Thun verurteilt wurden, ist die absolute Ausnahme. Die rechten Attentäter kamen in der Schweiz immer bei Nacht und Nebel, und es gab praktisch nie eine Organisation, die das für sich gebucht hätte. 1989 gab es einen krassen Fall in Chur. Damals verbrannten vier Menschen nach einem Attentat im Flüchtlingsheim. Obwohl hier ein eindeutiges Bekennerschreiben vorlag, es Tote gab, sind die Ermittlungen verschleppt und dann einfach ergebnislos eingestellt worden. Das läßt schon einiges vermuten.

Jacob (Bern): Die Schweizer müssen sich ja auch kein schlechtes Gewissen machen, wenn sie eine rechtsextreme Partei wie die Schweizer Demokraten wählen. Das ist ganz normal. Man fühlt sich, im Gegensatz zu den Deutschen, historisch unbelastet, man war ja neutral während des zweiten Weltkriegs usw. ...

Und wie reagiert ihr darauf, das klingt ja alles ziemlich finster ...?

Bert (Zürich): Während der Anschlagserie sind wir zu den Flüchtlingen in den Lagern gegangen und haben geschaut, was man machen kann. Es wurden Solidaritätskundgebungen veranstaltet und auch Flugblätter in den Dörfern verteilt. Die Flüchtlinge müssen ja oft in Lagern einsitzen, die auf dem Lande liegen oder die an den Stadträndern in schrecklichen Gegenden, den Einkaufszentren-Wüsten und Einfamilienhäuser-Siedlungen, sind. Wir haben versucht, in den betreffenden Gegenden Menschen zu finden, mit denen man was machen kann. Manchmal hat das auch geklappt, und man konnte eine Diskussion in einer Gemeinde anzetteln, EinwohnerInnen haben sich zum Teil an Kundgebungen beteiligt.

Theo (Zürich): In dieser Zeit ist auch das antirassistische Telefon entstanden. Es gibt Flüchtlinge in den Lagern, die wissen, an wen sie sich nun wenden können. Wichtig war uns, mit den Leuten zusammen, und nicht über ihre Köpfe hinweg, zu arbeiten. Es gab schon vorher Streikbewegungen in den Lagern, also Flüchtlinge mit einer gewissen Erfahrung, die auch wichtig war, um jetzt einen Selbstschutz aufzubauen, den wir unterstützen können.

Wir haben ja vorher schon mal erwähnt, daß es bei uns eine relativ lange und kontinuierliche Flüchtlingsarbeit gibt, die sich seit Mitte der 80er Jahre zentral gegen die hiesige Asylgesetzgebung richtet.

Könnt ihr dazu vielleicht noch etwas sagen – die Flüchtlingsarbeit in der Schweiz hat ja gerade in Westdeutschland viele beeindruckt und motiviert?

Bert (Zürich): Ja, aber ich denke, da gibt es ein großes Mißverständnis. Die meisten haben den Dr. Zuber im Kopf, der offenbar in ganz Deutschland erzählt hat, daß er Tausende von Flüchtlingen verstecken könne. Und in der Schweiz gibt es da ganz verschiedene Ansätze. Zuber und seine Mitstreiter von der AAA (Aktion für Abgewiesene Asylbewerber) haben rechtskräftig abgewiesene Asylbewerber

versteckt. Praktisch haben die sicher sehr gute Arbeit geleistet, aber politisch distanzieren wir uns davon. Die haben die Flüchtlinge einzeln versteckt, ohne daß diese die Möglichkeit hatten, noch irgendwie an dieser Geschichte aktiv teilzunehmen. Und dann haben sie auch noch damit angefangen, bei juristisch hoffnungslosen Fällen quasi alternative Ausschaffungen in sogenannte Drittstaaten zu organisieren. Unsere Idee war hingegen, ein Gleichgewicht von ausländischen und hiesigen Leuten zu schaffen, also die Flüchtlinge nicht einfach zu »verwalten«, sondern gemeinsam und öffentlich gegen die Asylpolitik zu mobilisieren.

Theo (Zürich): In zahlreichen Lagern war es in den 80er Jahren von Flüchtlingsfrauen und -männern zu Hungerstreiks gegen die unwürdigen Lebensbedingungen gekommen. 1988 hatten diese Streiks ihren Höhepunkt, und besonders in reaktionären Landstrichen wie in Graubünden hetzten Administration und Presse gegen die Flüchtlinge. Man mußte mit Fascho-Angriffen rechnen, und das geschah ja dann auch.

In dieser Situation haben wir uns in Zürich überlegt, wie wir die Streikbewegung unterstützen können, und haben dann ein Refugium, also eine öffentliche Zufluchtsstätte, organisiert. Einige aus der linksradikalen Szene haben als Refugium ein als relativ fortschrittlich geltendes Theater in Zürich besetzt und die Flüchtlinge aus den Lagern aufgerufen, dorthin zu kommen. Es sind dann auch wirklich sehr viele dort aufgetaucht. Wir haben das Theater umfunktioniert, und es wurde dort gegessen, geschlafen, diskutiert, Presse und Öffentlichkeitsarbeit gemacht, mit den Theaterleuten debattiert usw. ...

Bert: Es war ein öffentliches Versteck, um politischen Druck gegen diese ganzen Asylverfahren und die Ausschaffungspraxis zu entwickeln.

Theo: Das Refugium dauerte zehn Tage, unter ständigen Räumungsumultimaten. Mit der Zeit gab es eine zweite Diskussion, bei der öffentlich dazu aufgerufen wurde, die Flüchtlinge auch zu verstecken. Das Theater hatte weiter seine

Vorfürhungen, und wir haben mit dem Publikum über die Notwendigkeit geredet, Flüchtlinge zu verstecken. Das ist auch geschehen. Als das Theater mit einem Großaufgebot von Bullen geräumt wurde, haben sie keine Flüchtlinge mehr gefunden.

Andrea (Zürich): Es gab nachher noch ein zweites Refugium, da wurde eine Gewerkschaftszentrale besetzt, und daraus sind die Flüchtlinge zusammen mit uns offensiv auf die 1. Mai-Demonstration gegangen. Da waren viele schon illegal. Uns ging es darum, im Unterschied zu den christlichen Kreisen um diesen Dr. Zuber, eine gemeinsame autonome und antirassistische Struktur aufzubauen, einen Kampf zu führen, bei dem die Flüchtlinge nicht zu Sozialfällen degradiert werden. Das war ein ganz kleiner Versuch, und eigentlich ist der, muß man schon sagen, nach zwei Jahren gescheitert.

Woran?

Andrea (Zürich): Wir sind doch selber sehr schnell in eine sozialarbeiterische Rolle gerutscht ...

Bert (Zürich): Darf ich schnell ergänzen? Also, wir haben bestimmt sehr früh den Fehler gemacht, die Flüchtlinge als ein Kollektiv zu verstehen. Wir sagten anfangs, wir organisieren euch nach Möglichkeit Jobs und Wohnungen, und ihr entscheidet dann gemeinsam, wer was von euch machen soll. Also, wir haben schon sehr hohe Ansprüche an sie gestellt, teilweise Sachen, die wir selber im Kollektiv auch nicht einlösen können.

Also, ihr habt in den Flüchtlingen so etwas wie das neue »revolutionäre Subjekt« gesehen?

Bert (Zürich): Ja, quasi, muß man schon zugeben.

Jacob (Bern): Es gab ja dann auch die Kritik, die es an die Adresse der Christen auch gab, daß die Linksradiakalen die Flüchtlinge auch instrumentalisieren. Daß denen hier auch wieder so ein ideologisches Ding übergestülpt und auf die unterschiedliche Situation, aus der die Menschen kommen, gar nicht eingegangen wurde ...

Andrea (Zürich): Das ist jetzt auch wieder ein bißchen kurz, was du von Bern aus sagst. Vom reformistischen Ansatz unterscheidet uns z.B., daß wir nicht in wirtschaftliche oder politische Flüchtlinge aufspalten. In diesem Sinne haben wir uns sehr tief auf die Widersprüche der Menschen eingelassen, die diesen Kampf in den Refugien geführt haben. So platt sind die nicht zum revolutionären Subjekt erklärt worden. Es war vielmehr ein langsames Scheitern, eine Abnutzung dadurch, daß der erhoffte Schneeballeffekt nicht eintrat. Die Idee wurde halt nicht massenhaft aufgegriffen und unterstützt. Und auch wenn die meisten von uns keine guten Jobs haben, sind wir im Verhältnis zu den hierher Flüchtenden immer noch reich und können uns verhältnismäßig frei bewegen. Das hatten wir auch nicht vergessen.

Wenn ich euch richtig verstanden habe, ging es darum, Strukturen aufzubauen, die gesellschaftlich so stark sind, daß diese Abschottungspolitik vom Schweizer Staat nicht mehr durchsetzungsfähig ist?

Andrea (Zürich): Neulich, als die Roma das ehemalige KZ in Dachau besetzt haben und dann rausgeekelt worden sind – also, das muß man sich vorstellen, deren Eltern sind dort vergast worden, und der deutsche Staat hat die dort einfach rausgeschmissen –, da ist mir die Idee von den Refugien wieder in den Sinn gekommen.

Das war eben auch der Versuch, eine ganz beschränkte Gegenmacht aufzubauen, die auf einen wackligen Untergrund baute, also eine Öffentlichkeit ansprechen sollte, die sich noch als links ausgab. Sowohl die Theater- wie auch die Gewerkschaftsleute konnten sich nicht erlauben, einfach die Bullen zu rufen und zu sagen: Knallt die Unruhestifter hier raus. Aber eine solche Hoffnung gibt es heute nicht mehr. Es hat auch keine leeren Versprechungen an die Flüchtlinge gegeben, in puncto Legalisierung usw., es gab das Versprechen, einen Versuch, die Hoffnung, mit Menschen von hier zusammen den Kampf gegen die Asylpolitik des Staates führen zu können ...

Theo (Zürich): Vielleicht muß man dazu noch sagen, daß ein Teil des Spektrums, auf das wir 1989 noch setzen konnten, inzwischen auf die andere Seite gewechselt ist. Ein Teil der Altlinken, der '68er, ist an dieser ganzen rassistischen Hetze im Zusammenhang mit der Kampagne gegen den Drogendeal beteiligt. Der Motor war diese Gleichsetzung von Ausländern mit Drogenhändlern. Dieser Diskurs ist von den älteren Linken aufgenommen worden und ist auch ein Ausdruck von der allgemeinen Rechtsverschiebung in der Schweiz. Also das, was sich vorher bei den bürgerlichen Parteien schon gezeigt hat, die heute eine rassistische Politik formulieren, die vor ein paar Jahren nur rechtsextreme Splittergruppen vertreten haben.

Andrea (Zürich): Das '68er Spektrum war mit einem kritischen Journalismus auch in größeren Zeitungen präsent, überall waren ein paar drin, und das hat es z.B. den Bullen eine Zeitlang schwergemacht, einfach in ein gut eingebundenes, besetztes Haus einzudringen und dort Leute aufzugreifen. Die Alten waren schon länger nicht mehr auf der Straße dabei, aber jetzt haben sie sich zu Propagandisten einer sozialdemokratisch geführten Zürcher Abgreif- und Ausschaffungspolitik gemacht.

Theo (Zürich): In der Schweiz gab es schon in den 70er Jahren relativ einflußreiche Organisationen der Neuen Linken wie die POCH oder die SAP. Die lassen sich in etwa mit der später in Deutschland gegründeten Partei der Grünen vergleichen. Das waren für die Schweiz aber auch noch in den 80er Jahren so etwas wie die alternativen Institutionen, mit all ihren reformistischen Schattierungen.

Andrea (Zürich): Bislang war einfach die Abgrenzung gegen das rechte Spektrum, das auch an der Macht war, ausschlaggebend. Nachdem in Zürich erstmals Rot/Grün an der Macht beteiligt war, ist das so langsam weggerutscht. Aber vielleicht sollten wir jetzt wieder etwas praktischer diskutieren, weil mich würde das schon interessieren, wie ihr in Winterthur, in St. Gallen darüber denkt. Also zu den ganzen Sachen, die wir jetzt haben, einen Umverteilungsknast für

drogensüchtige Jugendliche, einen Abschiebeknast direkt am Flughafen usw. Was hat die Antifa dazu für eine Position? Meiner Meinung nach müßte die Antifa auch den Anspruch haben, mit Flüchtlingen, mit direkt Betroffenen zusammen den Widerstand gegen Nazis zu organisieren ...

Ist für euch Flüchtlingsarbeit in Winterthur ein Thema, oder macht ihr etwas ganz anderes?

Kurt (Winterthur): Also, wir machen was ganz anderes, das muß ich schon sagen. Erstmal ist bei uns niemand über 25, also das ist eine Jugend-Antifa. Propagandistisch versuchen wir die Öffentlichkeit mit Klebern und Leibchen und all so 'nem Zeug zu beeindrucken. Wir haben ein Nottelefon, und wenn irgendwo in der Stadt Glatzen gesichtet werden, dann steigt man in die Montur und geht prügeln. Also, wir glauben schon, daß, wenn wir sie stetig angreifen, sie erst gar keine Zeit für ihre Sachen haben. So sind die stetig unter Druck und haben Angst, was zu tun. Das Spiel war vorher anders, und daraus haben wir gelernt. Unsere Vorgehensweise hat sich bewährt, sie kommen nicht mehr dazu, Aktionen zu machen, sondern sie müssen schauen, wie sie von A nach B kommen.

Bert (Zürich): Nur mal schnell die Frage, hat's bei eurer Antifa auch Frauen bei?

Kurt (Winterthur): Ja.

Bert (Zürich): Und die steigen auch in die Montur?

Kurt (Winterthur): Die steigen auch in die Montur.

Jacob (Bern): Also, das ist mir jetzt ein bißchen zu kraß, auf der einen Seite die Geschichte mit den Refugien und auf der anderen Seite Hau-Drauf-Antifa. Bei uns in Bern hat's welche, die hinlangan können, wie auch ein Asylkomitee, das landesweit vernetzt ist, also kontinuierlich arbeitet und auch so was wie die Refugien mitträgt. In der Nähe von Bern gibt es auch so ein Nest, Langenthal, wo sich so eine Fascho-Szene gebildet hat, wie sie vorhin beschrieben wurde, also im Zusammenhang mit so einem kleinbürgerlichen Milieu, wo

die Väter teilweise die Polizisten im Dorf sind. Die Faschos hatten auch die Sympathie von vielen Normalbürgern und konnten die anderen Jugendlichen dort einschüchtern, obwohl die von der Anzahl eigentlich mehr waren.

Wir haben von Bern aus dann erstmal recherchiert, was die Faschos für Kontakte haben und wer die Wortführer sind, also, an welcher Stelle sie zu knacken sind. Wir sind dann hin und haben für die Szene in Langenthal Schutz bei Konzerten und anderen Anlässen gemacht. Aber einzelne haben sich auch anonym in die Fascho-Kneipen gesetzt und immer dann interveniert, wenn ein Fascho-Spruch fiel. Bis dahin ging alles ohne Schlägereien ab. Wir sind auch mal hingegangen und haben mit denen diskutiert und einfach per Sprache und Wortschatz Autorität spielen lassen. Also erstmal ein anderes Klima schaffen. Und erst später, als klar recherchiert war, wer die Organisierten mit Kontakten nach Basel oder Süddeutschland waren, haben wir diese uns gezielt gegriffen und eingeschüchtert.

Aber, um den Winterthurern jetzt auch ein bißchen gerecht zu werden, muß man schon sagen, daß sie extrem mit Nazis konfrontiert waren und massiv angegriffen wurden. Die stehen bestimmt anders als ihr in Bern unter Druck, und das spielt doch schon eine Rolle, ob du dir in aller Ruhe was überlegen kannst oder ganz un-mittelbar damit konfrontiert wirst.

Jacob (Bern): Die Militanz steht nicht zur Debatte. Mir geht es einfach nur darum, daß das nicht zum Ritual wird, also in deinem Wortschatz: in die Montur steigen. Das ist mir zuwider, du kannst kein Bild übernehmen, das einfach für die Gegenseite steht.

In Bern gab's auch Aufmärsche von Neonazis, und wir haben sie vertrieben, das ist nicht der Punkt. Und es war auch immer der Gedanke da, daß das nicht genügt, gerade nach den Anschlägen, wie kommt man statt dem ständigen Reagieren wieder ins Agieren ...

Also, wir haben ja jetzt aus jeder Stadt von einem unterschiedlichen Vorgehen gehört. Wie ist das denn, tauscht ihr euch unter-

einander aus, gibt es eine regelmäßige Zusammenarbeit unter den verschiedenen Städten und Gruppen?

Kurt (Winterthur): Also, wir haben so gut wie keine Kontakte und sind ziemlich isoliert.

Bert (Zürich): Aber ich hab euch doch bei der Aktion in der Zürcher Oberländer Agglomeration neulich gesehen. Da wart ihr doch bei, als es um dieses Hallenbad in Bauma ging, wo sie keine AsylbewerberInnen reinlassen wollten. Morgens haben die lokalen SozialdemokratInnen dagegen ein Picknick gemacht, mittags kamen dann die Leute von Zürich, und am Nachmittag seid ihr doch mit einem Transparent da rein und habt gebadet.

Kurt (Winterthur): Aber das war nichts Gemeinsames, wir haben das zufällig mitbekommen und uns mit Wasserfarbe braun angemalt, damit das Wasser 'ne schöne Soße wird.

Jacob (Bern): Also, ich glaube, das hat schon was mit dem Alter zu tun. Es gibt schon eine ganze Menge Kontakte, gut, vieles läuft informell, über Häuser und einzelne, die sich halt schon länger kennen. Es gab ja auch schon eine große und breit unterstützte Antifa-Demo in Winterthur.

Franz (Winterthur): Ja, das war zur Reichskristallnacht am 9. November. Da wollten die Faschos einen Umzug durch Winterthur machen.

Andrea (Zürich): Und als alle antifaschistischen Kräfte in Winterthur waren, haben die sich andere Orte gesucht, in Höri oder Neuhausen. Und in Zürich haben sie am gleichen Tag Jorge Gómez, einen schwarzen Brasilianer, totgeschlagen.

Jacob (Bern): Und wir haben uns in Winterthur auf's Ritual eingelassen, ja, das hat dann schon Diskussionen ausgelöst. Wir haben uns mit den Bullen gezofft, und die sind wieder mal mit Tränengas und Gummigeschossen auf uns draufgegangen, das Ritual halt.

Theo (Zürich): Also, um noch mal auf eure Frage zurückzukommen, ihr seht schon, was Organisation anbetrifft,

gibt es größere Widersprüche. Es gibt Probleme auf der städteübergreifenden Ebene, und dann gibt es Schwierigkeiten, wie mit ausländischen Linken zusammen was laufen könnte.

Kann denn von einer Zusammenarbeit unter deutsch-, französisch- und italienischsprachigen Linken in der Schweiz ausgegangen werden?

Jacob (Bern): Also, bei der Häuserbewegung, da lief das noch am besten. Da haben wir zumindest einmal im Jahr ein »nationales« Treffen immer hingekriegt. Da konnten sich auch mal jüngere und neue Leute kennenlernen und Kontakte knüpfen. Sobald irgendwo öffentlich erreichbare Strukturen existieren, funktioniert das natürlich besser, also z.B. die Infoläden in Bern oder hier in Zürich geben schon eine gewisse Kontinuität. Auch für dieses Gespräch hier hatten wir einige aus Genf eingeladen, die konnten heute leider nicht kommen. Natürlich sind die verschiedenen Sprachen ein Problem, und wir hatten dort auch die angesprochen, die deutsch können, damit wir nicht alles so anstrengend hin und her hätten übersetzen müssen.

Welche Diskussionen aus den benachbarten Staaten fließen denn hier besonders stark ein? Wird nicht auch stärker rezipiert, was in Italien oder Frankreich passiert?

Tom (St. Gallen): Ich glaube nicht, der Haupteinfluß kommt aus der BRD. Zumindest im deutschsprachigen Teil der Schweiz. Auch was fehlende theoretische Auseinandersetzungen bei Linken hier betrifft, da orientiert man sich schon primär an der BRD. Für Antifas hier ist das Bild von der bundesrepublikanischen Antifa schon attraktiv, also mit Militanz und Straßenkampf, platt gesagt, das zieht gerade jugendliche Leute an. Auch wenn es da vielleicht viele Mißverständnisse gibt.

Wie habt ihr denn den Prozeß, der sich in den letzten drei Jahren in Deutschland vollzogen hat, wahrgenommen: Hatte das Konsequenzen für euch, strahlt das auf euch in der Schweiz ab?

Franz (Winterthur): Das Fernsehen ist ja voll mit deutschen Sendern, und da hat man schon mitverfolgt, was sich seit dem Anschluß der DDR so alles dort verändert. Das ist schon Thema.

Jacob (Bern): Ich glaube auch, daß es die Fascho-Szene in der Schweiz beeinflusst und mobilisiert hat.

Tom (St. Gallen): Wobei es ja nicht so war, wie man hätte denken können, daß jetzt die Fascho-Szene in der Schweiz nach Hoyerswerda und Rostock voll losgeschlagen hätte. Das war ja das Erstaunliche, es blieb hier relativ ruhig. Die Anschlagserie in der Schweiz war ja vor der großen Angriffswelle in Deutschland erstmal vorüber.

Auf der linken Seite wird viel aus den Diskussionen, die in der BRD stattfinden, rausgezogen. Also, wir stützen uns sehr stark auf Bücher ab, die dort erscheinen. Gerade das Buch von der autonomen l.u.p.u.s.-Gruppe hat eine ziemlich starke Diskussion ausgelöst und zu einer Positionsfindung beigetragen. Aber zu linker Politik und Theorie wird in der Schweiz auch einfach zu wenig publiziert.

Bert (Zürich): Also, ich kann jetzt auch nicht eine große Analyse liefern. Ich habe so einzelne Punkte genauer verfolgt, der Umgang der SPD mit dem sogenannten Asylkompromiß hat mich z.B. sehr interessiert. Und dann bin ich auch an diesem sogenannten Tag X zur Bundestagsblockade nach Bonn gefahren.

Jacob (Bern): Ich wollte noch kurz zur Antifa in Deutschland was sagen. Was ich von der hier mitbekomme, das ist mir dann doch oft zu einseitig, zu sehr auf Anti-Nazi-Kampf beschränkt. Und so wie das auch die Medien oft darstellen, hat man schnell das Gefühl, die Faschos sind das Problem. Und daß weniger gesehen wird, wie der Staat eigentlich das Ganze etabliert und einfach Sachen macht, die wir mit unserem Blick auf die Faschos gar nicht mehr mitbekommen. Die Faschos sind für die Herrschaft doch total ideal, und ich glaube nicht, daß sie irgendwo derzeit für den Staat eine wirkliche Gefahr darstellen.

Eine mörderisch-harmonische Volksgemeinschaft

Interview mit Wiener Antifaschisten

Der Zustand der österreichischen Antifa-Szene erinnert in vielem an die Situation bundesdeutscher Antifas Mitte der 80er Jahre. An den Brennpunkten faschistischer Organisation operieren auch Antifa-Gruppen, allerdings ohne untereinander tragfähige Strukturen aufgebaut zu haben. Zudem besteht ein relativ großer Gegensatz zwischen der Metropole Wien und anderen österreichischen Städten.

September '93 führten wir ein Interview mit Wiener Antifaschisten. Zwei Monate später – unmittelbar nach den Urteilen gegen maßgebliche Kader der faschistischen VAPO – haben österreichische Nazis mit Briefbomben die Situation eskaliert. Dadurch veränderten sich in Österreich auch die Bedingungen für eine autonome antifaschistische Politik: Zum einen rückt das offizielle Österreich in einhelliger Verurteilung des Terrors zusammen, setzt sich an »Runde Tische«, an denen auch FPÖ-Chef Jörg Haider Platz nehmen darf. Schon wird auch in Österreich, anstatt über die Ursachen, viel lieber über einen Ausbau des »Sicherheitsstaates« laut nachgedacht. Zum anderen wird sich die Antifa-Szene vor diesem Hintergrund ihrer Unzulänglichkeiten bewußt. Sie muß sich etwas einfallen lassen, will sie nicht zwischen Faschos und Staat aufgerieben werden. »Die Ratlosigkeit«, schrieb uns einer der am Gespräch Beteiligten, »die am Ende des Gespräches vorherrscht, ist heute mit Wut gepaart.«

Vielleicht könntet ihr zunächst etwas über die Geschichte von Antifa-Arbeit in Österreich erzählen?

Frieder: Man muß zum Verständnis wissen, daß österreichische Universitäten bis Ende der 60er Jahre zutiefst deutsch-

national waren. Der »Ring Freiheitlicher Studenten«, RFS, stellte in den 60er Jahren unter den Studierenden die stärkste Fraktion. Er war eng mit der »Freiheitlichen Partei Österreichs«, FPÖ, verbunden. Damals gab es an der Welt-handelsuniversität einen Professor namens Borodajkewycz, der vor allem durch antisemitische Aussprüche bekannt war. Die Auseinandersetzungen um Borodajkewycz begannen, als linke Studenten in seinen Vorlesungen mitschrieben und seine Ausfälle anschließend öffentlich machten. Gestützt wurde Borodajkewycz vor allem durch den RFS. Die linken Fraktionen an der Hochschule haben Demonstrationen gegen den Professor organisiert, und bei einer solchen Demo ist Ernst Kirchwegger, KP-Mitglied, Spanienkämpfer, von Nazis getötet worden – das erste bekannte Opfer nazistischer Gewalt in der zweiten österreichischen Republik. Ausgesprochen autonom-antifaschistischer Widerstand gegen neofaschistische Organisation begann eigentlich Ende der 70er Jahre vor allem an den Universitäten. Zu der Zeit kandidierte der große alte Mann der österreichischen Nazi-Szene, Norbert Burger, als Bundespräsident. Unterstützt wurde er von einer aus der Nationaldemokratischen Partei Österreichs, NDP, und der Kameradschaft Babenberger hervorgegangenen »Aktion Neue Rechte«, ANR.

Bezog sich die ANR auf die »Aktion Neue Rechte«, die seit 1971 aus der Bundesrepublik bekannt ist, oder war es nur eine zufällige Gleichheit des Namens?

Bruno: Sie hatten weder etwas mit der deutschen ANR zu tun noch mit der Neuen Rechten überhaupt. Sie selbst gaben sich zwar gern »nationalrevolutionär«, waren jedoch im klassischen Sinne nazistisch. Viele Kader der VAPO, darunter auch Küssel, haben sich bei der österreichischen ANR ihre ersten Sporen verdient.

Frieder: Diese ANR sammelte vor allem das militante Umfeld der NDP und der Babenberger, kandidierte aber auch an der Wiener Universität zu den Hochschulschülerschaftswahlen.¹ Aufgrund von Einsprüchen kommunistischer und

sozialistischer StudentInnen-Organisationen beim Verfassungsgerichtshof sind die Wahlen dann annulliert worden. Mit dem Auftreten der ANR begann wieder der Terror gegen Linke an den Unis. Der Widerstand dagegen hatte allerdings mit Antifa-Arbeit nach heutigem Verständnis nicht sehr viel zu tun.

Anton: Es war aber immer klar: Wenn irgendwo eine Nazi-Veranstaltung stattfindet, sei es im Wahlkampf oder seien es die Gründungsversammlungen irgendwelcher Gruppierungen, wurde militanter Widerstand dagegen organisiert. Das ist selten als Antifa-Organisation gelaufen, sondern meistens allgemein in linksradikalen Zusammenschlüssen.

Worin unterscheidet sich denn euer heutiges Verständnis von Antifa-Arbeit von dem, was ihr über die Vergangenheit berichtet habt?

Frieder: Unsere Arbeit hat ihren Kampagnen-Charakter verloren. Vermehrt beschäftigen wir uns heute kontinuierlich mit Faschismus und Rassismus in Österreich, mit den Inhalten und Formen faschistischer Organisation. Das schließt durchaus ein, sich militant mit Nazis auseinanderzusetzen. Allerdings ist die Situation in Österreich im allgemeinen und speziell in Wien nicht so, daß man als Linker nicht mehr auf die Straße gehen könnte, ohne eine Prügelei zu riskieren.

Gibt dieses neue Verständnis auf Veränderungen in Österreich zurück, oder gab es andere Anlässe?

Bruno: Ungefähr ab '89 begannen Neonazis, unsere Demonstrationen gegen den Wiener Opernball bewußt und organisiert zu stören. Schon beim Opernball 1990 haben sie versucht, in unsere Demo reinzugehen und zu provozieren. Es stellte sich heraus, daß diese Angriffe von den Nazis österreichweit geplant worden waren. In dem Zusammenhang hat es dann Diskussionen gegeben, wie man das verhindern kann, wie man einen Schutz organisieren kann. Es gab das erste Mal seit dem Terror der ANR an den Unis eine wirkliche Gegenwehr, ernsthafte Versuche, sich körperlich den Nazis entgegenzustellen.

Eine innere Notwendigkeit, kontinuierlich antifaschistische Politik zu betreiben, entstand bei vielen allerdings erst durch die Entwicklung in Deutschland. Nach dem Beginn der deutschen Anschlagswelle mit dem Pogrom in Hoyerswerda analysierten viele erstmals die Situation hier. Ab Frühjahr '92 hat es dann auch vermehrt Anschläge in Österreich gegeben, auf Flüchtlingsheime, Wohnheime, Gedenkstätten – einen Jüdischen Friedhof und das KZ Mauthausen. Ab diesem Zeitpunkt sind militante faschistische Organisationen auch in Österreich verstärkt aktiv geworden. Mit dem Aufstieg der FPÖ unter Haider haben Neonazis hierzulande auch einen ganz anderen Spielraum gewonnen.

Anton: Zum Beispiel waren 1993 Landtagswahlen im größten österreichischen Bundesland, Niederösterreich, und wenn du dir die Kandidatenliste der FPÖ angeschaut hast, waren die Hälfte der Kandidaten geeichte Rechtsradikale, die teilweise aus dem Honsik-Umfeld² stammten. Die führenden österreichischen Nazis haben jetzt ganz andere Betätigungsfelder gefunden. Straßenkrawalle machen in der Politik kein gutes Image. Statt dessen geben sie sich jetzt intellektuell, sitzen in Uni-Hörsälen, halten dort teilweise Vorlesungen und schreiben in irgendwelchen neu-rechten Theoriezeitschriften. Ein Operetten-Nazi wie der Küssel, der sich offen als Nationalsozialist und zur NSDAP bekennt, ist für den österreichischen Staat absolut ein Geschenk. Eine größere Freude kann diesem Staat nicht gemacht werden, denn sofort kann er festnehmen, die Strafverfolgung aufnehmen – und der Staat kann wieder auf seine »antifaschistische« Tradition pochen ...

Bruno: Allerdings erfolgte Küssels Verhaftung auch erst unter öffentlichem Druck. Er hatte sich vorher ja in Fernsehinterviews zu seiner Überzeugung bekannt.³ Gerade in den USA hat die Ausstrahlung für einen Skandal gesorgt. Wenn man sich die juristische »Karriere« von Küssel so anschaut, fällt auf, daß er bei fast allen früheren Prozessen freigesprochen beziehungsweise auf Bewährung verurteilt wurde. In einem Prozeß, in dem es um den Brandanschlag auf das be-

setzte Haus in der Ägidigasse in Wien gegangen ist, wurde er zu 17 Tagen Arrest verurteilt. Bis zum diesjährigen Urteil⁴ hatte es im Prinzip für Küssel keine Auswirkungen, juristisch verfolgt zu werden.

Ist die österreichische Justiz gegen Neonazis generell milde in ihrer Rechtsprechung?

Anton: Als sich früher die Neonazis offen in faschistischen Organisationen organisiert haben, war die Justiz sehr milde. Jetzt, seit dem Auftreten der FPÖ, kann man fast sagen, daß die Justiz nach der Methode verfährt, wer jetzt noch so blöd ist, daß er nicht in die FPÖ reingeht, sondern sich eigenständig organisiert, der bekommt eins auf den Deckel.

Bruno: Vergleichsweise interessant ist Folgendes: Es hat einen Prozeß gegen vier Neonazis aus der VAPO-Kameradschaft Gmunden gegeben, die an einem Brandanschlag in Traunkirchen in Oberösterreich beteiligt waren. Die sind zu drei- bis vierjährigen Haftstrafen verurteilt worden, aber ausschließlich wegen Sachbeschädigung und Brandstiftung, also strafrechtlichen Delikten, jedoch nicht wegen Wiederbetätigung.

Frieder: Es ist auch eine parlamentarische Anfrage zu rechtsextremistischem Terror an den Innenminister Löschnak gerichtet worden, die er mit einer Lüge beantwortet hat. Er hat gesagt, ihm sei nichts bekannt.

Bruno: In Deutschland gibt es faschistische Organisationen und staatlichen Rassismus, die sich hervorragend ergänzen. Das hat der österreichische Staat eigentlich nicht nötig.

Wie meinst du das?

Bruno: In Österreich gibt es Gesetze gegen MigrantInnen, die an Restriktivität und an Härte in Europa nicht mehr zu überbieten sind. Die ersten Gesetze – zum Beispiel das Ausländerbeschäftigungsgesetz oder die Tatsache, daß Ausländerinnen und Ausländer hier in Österreich keine Sozialwohnung bekommen – sind unter geringer medialer Aufmerksamkeit einfach beschlossen worden. Es gab keinen nen-

nenswerten Widerstand dagegen, weder parlamentarisch noch außerparlamentarisch. Insofern sind rassistische Angriffe als behaupteter Ausdruck eines »Volkszornes« und als Katalysatoren für verschärfte Einwanderungsgesetze in Österreich nicht so notwendig wie in Deutschland. Eher müssen die Zustände in Deutschland insgesamt als Begründung für noch schärfere Asylgesetze herhalten.

Frieder: Man kann das auch drastisch mit der Haltung der SPÖ zu dem von Haider initiierten rassistischen Volksbegehren, auf das wir später noch kommen müssen, belegen. Innenminister Löschnak hat in einer ersten Reaktion gesagt: »Was mich vom Herrn Haider unterscheidet, ist, daß er nur redet, während ich auch handle.« Außerdem hat er gesagt, zehn der zwölf Forderungen aus dem Volksbegehren habe die SPÖ/ÖVP-Regierung ohnehin schon umgesetzt, und von daher sei dieses Volksbegehren überflüssig.

Ihr versteht die neue Qualität von Antifa-Politik also auch als Kampf gegen diesen von Staats wegen praktizierten Rassismus?

Bruno: Unsere Politik muß sich auf jeden Fall gegen diese rassistischen Gesetze und ihre Konsequenzen richten. Beispielsweise sind Truppen des österreichischen Bundesheeres an der Grenze des Bundeslands Burgenland zu Ungarn stationiert worden, um militärisch zu verhindern, daß Menschen, die über die grüne Grenze flüchten, hier überhaupt Asyl beantragen können. Hinzu kommt, daß unter den Parlamentsparteien weitgehend Konsens darüber herrscht, daß es in Österreich ein »Ausländerproblem« gibt, das staatlich-regulativ gelöst werden muß. Denn auch die Grünen treten – bei aller punktuellen Kritik – für Einwanderungsquoten und die Abschiebung »krimineller Ausländer« ein. Dieser Rassismus ist also nicht an die Regierung gebunden, sondern durchzieht im Grunde die gesamte staatstragende Politik.

Frieder: Schon vor fast zehn Jahren hat der sozialistische Innenminister Blecha gesagt, man müsse die Asylanten durch »freundliche Abschreckung« davon abhalten, nach Österreich zu kommen. Damals ist das untergegangen.

Heute ist es Realität. Neu ist höchstens, daß die österreichische Politik mit Blick auf die EG und das Schengener Abkommen in einer Art vorauseilenden Gehorsams handelt. Dadurch entsteht eine andere Qualität. Jetzt redet Manfred Matzka, Staatssekretär und Flüchtlingsbeauftragter im Innenministerium, auch nicht mehr von »freundlicher Abschreckung«, sondern wörtlich heißt es: »Die Situation für Flüchtlinge muß in Österreich so unerträglich werden, daß niemand mehr hierher kommt.« In Deutschland sagt so etwas der Rechtsextremist Jürgen Rieger von der NF. Der Zynismus dabei ist, daß Matzka vor über zwanzig Jahren zu denen gehörte, die den Borodajkewycz öffentlich bloßstellten. Der Mann begreift sich heute noch als Sozialist.

Im Kampf dagegen liegt also der Schwerpunkt eurer antifaschistischen Politik?

Bruno: Sicher nicht. Wir haben unsere Politik in den vergangenen Monaten und Jahren primär an Ereignissen orientiert. Wichtig war dabei vor allem der Schutz von Demonstrationen gegen Neonazis und der Schutz unserer Strukturen vor neofaschistischen Überfällen. Mit dem Aufkommen der FPÖ und speziell mit diesem rassistischen Volksbegehren, das die FPÖ im Januar '93 angeschoben hatte, rückte diese Partei als rassistische, deutschnationale Organisation in den Blickpunkt unseres Interesses. Für die wenigen antifaschistischen Gruppen, die es in Österreich überhaupt gibt, war wichtig, gegen das Volksbegehren direkt einzugreifen. Es hat dann für österreichische Verhältnisse auch wirklich viel Widerstand gegeben, breit und in allen Facetten. Es hat Demonstrationen gegeben, die von einem breiten Bündnis getragen worden sind; es hat Infostände gegeben; es hat Versuche gegeben, mittels Wandzeitungen FPÖ-Politiker öffentlich zu machen; es hat mehrere militante Aktionen gegen FPÖ-Parteilokale gegeben. Man muß aber dazu sagen, daß es bis Anfang der 90er Jahre eigentlich keine Versuche gegeben hat, FPÖ-Veranstaltungen zu stören oder anzugreifen.

Warum nicht?

Bruno: Weil die FPÖ von weiten Teilen der Linken durch die kurze liberale Phase unter Heide Schmidt und Norbert Steger und der kurzen Regierungskoalition mit der SPÖ nicht als rechtsextreme Partei begriffen worden ist. Auch nicht, nachdem sich der Kurs der FPÖ ab '86 mit dem »demokratischen Putsch« Haiders grundlegend änderte, die nationalistischen Strömungen in der Partei an die Oberfläche kamen und liberale Strömungen ausgegrenzt worden sind. In vielen linken Köpfen geht nicht zusammen, eine Organisation als rechtsradikal zu erkennen, die 20 Prozent der Wählerstimmen kriegt. Das müßte Konsequenzen haben, vor denen sich aber viele Linke scheuen.

Frieder: Die FPÖ als das zu begreifen, was sie ist, war ja ein Prozeß.

Viele Linke waren aber auch insgesamt ziemlich hilflos. Denn auch wenn die FPÖ verschärfte Asylgesetze fordert, beschlossen und durchgeführt werden sie von den staatstragenden Parteien in der Regierung. Eine Antwort auf die Frage, wie gegen Gesetze effektiv vorgegangen werden könnte, die ja längst beschlossen sind und umgesetzt werden, hatte kaum jemand.

Habt ihr auch in Bündnissen mit anderen linken Gruppen gegen das Volksbegehren gearbeitet?

Frieder: Es hat bereits vorher eine relativ gut funktionierende Zusammenarbeit gegeben, die allerdings nicht explizit linksradikal war und sich hauptsächlich auf die Organisation von Demos beschränkte. Aus diesem Zusammenhang heraus ist von Vertretern der Grünen und der Kommunistischen Partei vorgeschlagen worden, jetzt eine breite Bewegung gegen das Haider-Volksbegehren zu etablieren. Die ist dann auch in Form von »SOS-Mitmensch« entstanden und hat schließlich das »Lichtermeer« veranstaltet.

Im nachhinein denke ich aber, daß dieses »Lichtermeer« fatal für die antirassistische Arbeit in Österreich gewesen ist. Im Grunde genommen sind durch diese Aktion breite anti-

rassistische Initiativen vom Staatsrassismus abgelenkt und auf Haider fixiert worden. Außerdem hat es die Zusammenarbeit linker Gruppen erschwert. Wir hatten zum Beispiel unter dem Motto: »Gemeinsam gegen Haider und Löschnak« zu einer Demo aufgerufen, bei der ursprünglich auch jemand vom gewerkschaftlichen Linksblock⁵ hätte sprechen sollen. Das haben sie dann mit der Begründung abgelehnt, man könne Haider und Löschnak nicht gleichsetzen.

Und zu guter Letzt haben viele Linke irrigerweise angenommen, beim »Lichtermeer« handele es sich durchweg um eine antirassistische Manifestation.

Anton: Nur ein Beispiel: Eine Frau hat beim Unterschreiben von Haiders Volksbegehren gesagt: Ja, sie war auch letzten Samstag beim »Lichtermeer«, denn da war sie für die Anständigen, und Gastarbeiter brauchen wir ja. Aber beim Volksbegehren geht es um die bösen Kriminellen, und darum unterschreibt sie das.

Das »Lichtermeer« hatte den antirassistischen Charakter eines Freiluft-Heurigen.

Frieder: Es gab immer zwei Arten von Kritik am »Lichtermeer«. Die einen haben gesagt, die OrganisatorInnen würden die »brave Masse« für den Staat und für Löschnaks Zwecke instrumentalisieren. Und andere sagten, daß es eben diese »brave Masse« dort nicht geben würde und nicht gegeben hat.

Bruno: Wir haben während dieser Mobilisierung von »SOS-Mitmensch« und während des Volksbegehrens immer wieder versucht, die Rolle des österreichischen Staates zu thematisieren. Aber wir sind nie darüber hinausgekommen, auch bis jetzt, das in Flugbättern oder in Erklärungen zu sagen, daß der staatliche Rassismus, die Gesetze, ihre Umsetzung, das eigentlich Bedrohliche für ausländische Menschen in diesem Land sind, und derzeit weniger neonazistische Gruppen oder Haider mit seiner FPÖ. Aber das hat halt nicht gereicht. Nach der Mobilisierung zum »Lichtermeer« war dann die Luft aus den verschiedenen Initiativen raus.

Auffällig ist im Vergleich zu BRD aber, daß ein von breiten Bevölkerungsschichten getragener aggressiver Alltagsrassismus in Österreich weniger spürbar ist.

Bruno: In Österreich wird die Diskussion über AusländerInnen hauptsächlich unter dem Verwertungsaspekt geführt. Ist die Arbeitskraft eines Fremden verwertbar, ist er gerne gesehen. Gehetzt wird vor allem gegen die Illegalen, die dann auch pauschal kriminalisiert werden. Durch ihre Gesetzgebung hat es die Regierung immer verstanden, dies in kontrollierte Bahnen zu lenken und vielen Menschen das Gefühl zu geben, mit ihren aus Vorurteilen stammenden Ängsten bei den Regierenden am besten aufgehoben zu sein. Dadurch fehlt dem »Alltagsrassismus« weitgehend auch die Militanz. Das ist, denke ich, der entscheidende Unterschied zu Deutschland.

Frieder: Daß der Rassismus von unten bei uns nicht so eine Qualität erreicht hat wie in der BRD, liegt einfach auch daran, daß ihm der nationalistische Impetus gefehlt hat. Österreich hat sich mit nichts wiedervereinigt.

Anton: Ich würde Österreich fast als mörderisch-harmonische Volksgemeinschaft beschreiben wollen. Die Parole des »Lichtermeers« war: Anständigkeit zuerst ... In dieses »saubere Österreich« passen weder die Neonazis noch die potentiellen Opfer ihres Terrors, die MigrantInnen.

Gibt es denn Versuche, Flüchtlinge zu unterstützen – legal oder illegal?

Frieder: Klassische Flüchtlingsarbeit ist in Österreich eigentlich Sache der Kirche und der humanitären Organisationen. UnterstützerInnengruppen wie in der BRD, die versuchen, Forderungen für Flüchtlinge aufzugreifen, gibt es so von linksradikaler Seite nicht. Es ist auch eine Generationenfrage. Ältere machen mehr Flüchtlingsarbeit, kommen aber meist nicht aus linksradikalen Zusammenhängen. Dazu muß man sagen, daß die konkrete Flüchtlingsarbeit in Österreich systematisch erschwert und verunmöglicht worden ist. Beispiele: Früher war es für den Flughafensozial-

dienst möglich, den Transitraum des Flughafens Wien-Schwechat zu betreten und sich dort um Flüchtlinge zu kümmern. Jetzt ist er nur noch für die Grenzpolizei zugänglich, so daß niemand kontrollieren kann, wie viele Menschen dort tatsächlich abgeschoben werden.

Oder: Per Fremdengesetz ist es der Polizei möglich, Wohnungen zu stürmen ohne Hausdurchsuchungsbefehl, wenn sie den Verdacht haben, daß sich da illegal AusländerInnen aufhalten.

Wird das auch praktiziert?

Anton: Freilich. Erst im Januar '93 sind vermummte Bullen mit kugelsicheren Westen und Maschinenpistolen ins besetzte Ernst-Kirchweger-Haus gestürmt, haben sofort den Wohnbereich aufgesucht, wo kurdische Menschen leben, haben die Türen mit Vorschlaghämmern aufgebrochen, haben die Kurdinnen und Kurden teilweise mißhandelt und haben eine Person ohne gültige Papiere gleich mitgenommen. Der Vorwand war, daß am gleichen Tag im Bezirk ein Supermarkt überfallen worden war.

Habt ihr das Gefühl, daß die Situation, die ihr beschreibt, über kurz oder lang zu einer Radikalisierung führen wird?

Anton: Bei mir persönlich schon. Du merkst es an so kleinen Dingen, daß du Haß auf diesen Staat entwickelst, der so arg mit Menschen umgeht. Und gleichzeitig macht sich Ratlosigkeit breit, weil man es hier nicht mit einer Nazi-Sekte zu tun hat, die ein leicht zu bekämpfender Gegner wäre, sondern mit einer rassistischen Staatsmaschinerie.

Ihr habt vorher gesagt, neofaschistische Gruppen seien nicht das Hauptproblem für ausländische Menschen in Österreich. Wie schätzt ihr denn generell den Grad neofaschistischer Organisation in Österreich ein?

Bruno: In Wien ist es seit ein, zwei Jahren ziemlich ruhig. Es gibt hier kaum offensiv auftretende Nazis, sei es bei Demonstrationen oder bei Angriffen auf linke Lokale und ähnliches. In anderen Bundesländern dagegen, in Oberöster-

reich oder in Salzburg oder einem Teil von Niederösterreich, gibt es kleinere Städte, wo Faschisten einen gewissen Organisationsgrad erreicht haben. Häufig sind das starke Szenen von Hooligans und/oder rechten Skins, die zwischen einzelnen Städten losen Kontakt miteinander halten. In Orten wie Linz, im Innviertel nach Salzburg herunter, sind Rechte inzwischen beinahe hegemonial. Der Polatcek wohnt nach seiner Ausweisung aus Deutschland ja auch wieder in der Nähe von Braunau am Inn. Dazu kommt eine Szene, die sich in ländlichen Bereichen entwickelt hat und von der wir eigentlich gar keine Ahnung haben. Linke gibt es dort so gut wie nicht, denn linke Strukturen sind in Österreich sehr auf Wien konzentriert. Bei den Rechten ist das genau umgekehrt.

Aber es gibt doch auch außerhalb Wiens Antifa-Gruppen?

Bruno: Wir wissen von Antifa-Gruppen in Linz und Salzburg. Aber eine Zusammenarbeit ist nicht immer einfach.

Was heißt das?

Frieder: Das läßt sich an einem Beispiel besser deutlich machen: Jedes Jahr im Mai findet im KZ Mauthausen eine offizielle Gedenkfeier des Bundesstaates Österreich und von WiderstandskämpferInnen statt. Heuer sollte daran auch ein Minister der österreichischen Bundesregierung teilnehmen. Der Regierung, die für die rassistischen Asylgesetze verantwortlich ist. Wir hatten uns deswegen mit den Linzern zusammengetan, weil wir dort – im Konzentrationslager – gegen die Teilnahme dieses Ministers protestieren wollten. Die Linzer haben dann vorgeschlagen, mit Trillerpfeifen zu verhindern, daß der überhaupt zu Wort kommt. Wir haben eingewandt, daß so etwas in einem Konzentrationslager für Menschen mosaischen Glaubens vielleicht ein Affront ist, immerhin ist das für sie ja eine religiöse Stätte. Daraufhin haben sie nur gesagt, darüber bräuchten wir nicht reden, wir sollten nur daran denken, was die Israelis mit der PLO machen. Also hat am Ende jede Gruppe ihre eigene Aktion gemacht.

Bruno: Das Problem mit Antifa-Gruppen außerhalb Wiens ist oft, daß darin teilweise wirklich sehr junge Leute arbeiten, die vorher politisch nicht aktiv waren, sich erst über Antifa politisiert haben. Die haben noch sehr stark diese bloße Hau-drauf-Orientierung gegenüber Nazi-Glatzen. Diese primäre Ausrichtung auf militante Faschisten ist aber eine Gefahr, die zu Fehlern führt, gerade bei Aktionen. Dazu kommt eine Grauzone in solchen Städten, wo teilweise Rechte zur Antifa wechseln oder einzelne Antifas zu den Nazis gehen.

Wie arbeiten denn die verschiedenen Antifa-Gruppen in Österreich zusammen?

Bruno: Eine kontinuierliche Zusammenarbeit ist als »schlecht« bis »nicht vorhanden« zu bezeichnen. Es hat auch Versuche gegeben, über die Infoladen-Treffen eine regionale Vernetzung in Österreich zu initiieren. Aber das ist ziemlich schnell wieder im Sande verlaufen. Was neben beiderseitigem Desinteresse auch einer gewissen Metropolen-Mentalität der WienerInnen geschuldet ist, denen die Zustände in der »Provinz« oft egal sind.

Es ist überhaupt ein Manko der österreichischen Linken, daß es kaum eine Diskussionskultur gibt. Eine Auseinandersetzung am Anfang einer Aktion, währenddessen und nachher gibt es selten. Eine Zusammenarbeit läuft eher über persönliche Kontakte, zwischen Leuten, die sich schon länger kennen. Aber alles, was politisch diskutiert wird, ist immer an Aktionen gekoppelt.

Inwieweit habt ihr Kontakte zu Gruppen im Ausland, speziell, wenn ich an die geographische Lage Wiens denke, zu Gruppen in Osteuropa?

Anton: Nach Osteuropa haben wir eigentlich keine Kontakte, die über lose und persönliche Bekanntschaften in der Tschechoslowakai oder Ungarn hinausgehen würden.

Frieder: Organisierte Kontakte nach Osteuropa gibt es vor allen Dingen zum ehemaligen Jugoslawien. Aber diese Kontakte haben eher antimilitaristische Gruppen.

Verfolgt ihr die bundesdeutsche Antifa-Diskussion?

Bruno: Weit mehr als jede andere Diskussion.

Frieder: Polemisch könnte man sagen: In Österreich ist keine Diskussion geführt worden, weil alle die der bundesdeutschen Linken verfolgt haben.

Bruno: Von daher wissen die meisten sicher auch über den Diskussionsstand und die Zusammenhänge in der BRD bei weitem mehr Bescheid als über die Situation in Prag oder Budapest.

Oder über die Situation in Salzburg?

Bruno: Genau. Allerdings arbeiten Antifa-Gruppen in den westlichen Bundesländern, in Salzburg oder eben in Linz eng mit süddeutschen Antifa-Gruppen zusammen. Das funktioniert zum Teil um vieles besser als die Zusammenarbeit mit Wien.

Frieder: Es hat hier halt ganz andere Voraussetzungen. Du kannst zwar bundesdeutsche Zeitungen lesen, aber du schaffst damit allein nicht dieselben Verhältnisse in Österreich. Wir lügen uns da häufig in die eigene Tasche. Ich glaube, was in Österreich lange unter »autonomer Antifa« gelaufen ist, war der Versuch, einen Grad von Auseinandersetzung in der Gesellschaft zu erreichen, den man von der BRD abgesehen hatte.

Bruno: Es gibt in Österreich kaum eine linksradikale Geschichte, geschweige denn eine lange antifaschistische Organisierung, auf die ich mich berufen könnte. Ich kann mit älteren GenossInnen kaum praktische Erfahrungen austauschen.

Hängt das damit zusammen, daß die SPÖ bis zum Anfang der 80er Jahre in der Lage war, die Linken zu integrieren?

Bruno: Es hat schon eine eigenständige Entwicklung gegeben, aber sie war keine relevante Größe. Es hat auch in Österreich eine autonome Jugendzentrumsbewegung gegeben, in Vorarlberg, in Oberösterreich und in Wien.

Der österreichische Staat hat sich jedoch nie richtig herausgefordert gefühlt. Außerdem gab es wenig Punkte, an denen sich einerseits die Radikalisierung einer Bewegung ergeben hätte und die andererseits für ihre Kontinuität gesorgt hätten. Zwar gibt es autonome Geschichte, die auch hier aus Hausbesetzungen besteht oder aber aus den Opernball-Protesten. Auf der anderen Seite gibt es aber auch viele Momente von Widerstand, die bürgerlich besetzt waren, wo bürgerliche Gruppierungen immer die Oberhand gehabt haben. Sei es jetzt Hainburg oder Zwentendorf gewesen.⁶ In diesem Widerstand waren linksradikale Positionen nur sehr schwach vertreten.

Welche Perspektive seht ihr unter diesen Voraussetzungen für eure Arbeit?

Anton: Da sind wir ziemlich ratlos. Zunächst sollten wir von linksradikaler Seite her einen eigenständigen Diskussions- und Aktionszusammenhang herstellen und unter uns endlich eine Verbindlichkeit und Kontinuität in der politischen Arbeit erreichen.

Anmerkungen:

- 1 Vergleichbar mit den Wahlen zu den ASten an bundesdeutschen Universitäten
- 2 Gerd Honsik, österreichische Nazi-Größe und Revisionist, Herausgeber der Nazi-Postille »HALT«; hat sich derzeit, um einer Haftstrafe zu entgehen, ins spanische »Exil« abgesetzt.
- 3 In einem Interview mit SPIEGEL-TV und einem zweiten mit dem US-amerikanischen Sender ABC; hinzu kommt die prominente Rolle, die Küssel im Film »Wahrheit macht frei« für das deutsche Neonazi-Netzwerk spielte, inklusive seiner Leitung einer Wehrsportübung vor laufender Kamera.
- 4 Küssel ist im Sommer '93 zu 10 Jahren Haft wegen Wiederbetätigung u.a. verurteilt worden
- 5 Gewerkschaft der Kommunistischen Partei
- 6 Widerstand gegen die Pläne für das Kernkraftwerk Zwentendorf oder die Pläne für das Donau-Kraftwerk Hainburg

Adressen

Allgemein

Albstadt

Antifaschistischer
Arbeitskreis Albstadt
(innerer Umschlag)
A. Bayer (äußerer
Umschlag)
Postfach 1441
72347 Albstadt

Aschaffenburg

Autonome Antifa
c/o Hannebambel
Kleberstr. 4
63739 Aschaffenburg

Aurich

Antifa Aurich
c/o Schlachthof
Breiter Weg
26603 Aurich

Bargtheide

c/o Autonomes
Jugendhaus
Lübecker Str. 47–49
22941 Bargtheide

Bad Oldesloe

Antifa Bad Oldesloe
Postfach 1455
23834 Bad Oldesloe

Berlin

Antifaschistische Initiative
Moabit
Postfach 210235
10502 Berlin

Antifa-Kontaktstelle am

ASTA der FU
Kiebitzweg 23
14195 Berlin

AFFI (Antifaschistische
Fußballfan-Initiative)
Brunnenstr. 7
10119 Berlin

Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59 HH
10965 Berlin

Antifa Zehlendorf
c/o Cafe Chaos
Machnower Str. 19a
14165 Berlin

Bielefeld

Antifa AG
c/o ASTA Fachhochschule
Postfach 101113
33511 Bielefeld

Antifa-West

c/o Bürgerinitiative
Bürgerwache
Rolandstr. 16
33615 Bielefeld

Bochum

Antifa Bochum
c/o Initiativkreis für
Gefangenearbeit
Düppelstr. 35
44789 Bochum

Bonn

Antifa Bonn/Rhein Sieg
c/o Büro für politische
Kulturarbeit
Florentinusgraben 25
53111 Bonn

Braunschweig

Antifaschistisches Plenum
Cyriaksring 55
38118 Braunschweig

Bremen

Autonome Antifa Bremen
St.-Pauli -Str. 8 – 10
28203 Bremen

Anti-Rassismus-Büro
Sielwall 38
28203 Bremen

Bremerhaven

Antifa Fishtown
c/o Grenzenlos
Neubückshelmlerstr. 45
27576 Bremerhaven

Autonome Antifa

c/o Andere Buchladen
Bürgermeister Smidt-
Str. 198
27568 Bremerhaven

Bünde

Antifa Bünde
c/o Villa Kunterbunt
Winkelstr. 14
32257 Bünde

Celle

Celler Zündel
c/o Antifaschistischer
Arbeitskreis Celle
Postfach 1591
29205 Celle

Detmold

Antifa Detmold
c/o Alte Pauline
Bielefelderstr. 3
32756 Detmold

Dortmund

Antifa Dortmund Nord
c/o Taranta Babu
Humboldtstr. 44
44137 Dortmund

Antifa-Forum
c/o Geschichtswerkstatt
Am Ölpfad 27
44263 Dortmund

Düsseldorf

ASiA-Antifa-Referat
c/o ASiA FH Düsseldorf
Georg-Glock-Str. 15
40474 Düsseldorf

Koordinierungskreis (KoK)
antifaschistischer Gruppen
aus Düsseldorf und dem
Umland
c/o ASiA FH Düsseldorf
Georg-Glock-Str. 15
40474 Düsseldorf

Informations-,
Dokumentations- und
Aktionszentrum gegen
Ausländerfeindlichkeit für
eine multikulturelle
Gesellschaft (IDA)
Charlottenstr. 55
40210 Düsseldorf

Erlangen
Infobüro gegen Rassismus
c/o Dritte Welt Laden
Neustädter Kirchenplatz 7
91054 Erlangen

Espelkamp
Antifa-Gruppe
c/o Jugendzentrum
Espelkamp
Kantstr. 25
32339 Espelkamp

Essen
Autonome Antifa Essen
c/o APO Haus
Mülheimer Str. 68
45145 Essen

Esslingen
Antifa Esslingen
(2. Umschlag)
Jugendhaus Komma
Maille 5-9
73728 Esslingen

Flensburg
Antifa-Kontaktadresse
c/o Infoladen
Hafermarkt 6
24943 Flensburg

Frankfurt
Antifa
c/o JUZ Bockenheim
Varrentrappstr. 36
60486 Frankfurt/M

Fulda
Libertäre Gruppe
Postfach 1541
36015 Fulda

Gießen
Antifaschistisches Forum
c/o DGB-Jugendbildungs-
referat Mitte
Walltorstr. 17
35390 Gießen

Göttingen
Antifaschistische Liste
c/o Rosa-Luxemburg-
Haus
Goßlerstr. 16a
37073 Göttingen

Autonome Antifa (M)
c/o Buchladen
Rote Strasse 10
37073 Göttingen

Eine Antifa im JUZI
c/o Buchladen
Rote Strasse 10
37073 Göttingen

Verein zur Förderung
antifaschistischer Kultur
c/o Grünes Zentrum
Geisstr. 1
37073 Göttingen

Greifswald
Antifa Greifswald
c/o AJZ
Karl Marx Platz 19
17489 Greifswald

Guben
Antifa Guben
Grünstr. 60
03172 Guben

Halle
Antifa Halle
c/o Infoladen
Kellnerstr. 10a
06108 Halle

Hamburg und Umland
– Antifa Norderstedt
– Antifa Pinneberg
– Antifa Ulzburg
– Autonome Männer-
Antifa HH
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Antifa Bergedorf
Wentorfer Str. 25
21029 Hamburg

Hannover
Antifa-AG der Uni
Hannover
c/o ASiA der Uni
Hannover
Welfengarten 1
30167 Hannover

Hanau
Autonome Antifa Hanau
Metzgerstr. 8
63450 Hanau

Heide
Antifa Schwarze Schafe
Postfach 1131
25731 Heide

Heidelberg
Autonome Antifa
c/o Autonomes Zentrum
Alte Bergheimer Str. 7a
69115 Heidelberg

Husum
Antifa Husum
c/o Speicher
Hafenstr. 17
25813 Husum

Kassel
Autonomes Antifa-Plenum
Kassel
c/o Infoladen Bazille
Sickingstr. 10
34117 Kassel

Kiel
Antifa Kiel
c/o Infoladen
»Beau Rivage«
Hansastr. 48

Autonome-Info-Gruppe
Schweffelstr. 6
24118 Kiel

Koblenz
Autonome Antifa
c/o ASiA FH
Am Finkenherd 4
56075 Koblenz

Lörrach
antifa
c/o Infostockwerk
Postfach 2534
79515 Lörrach

Lübeck
Antifa-Aktion Holstein
c/o Arbeitslosen-
zentrum e.V.
Schwartauer Allee 39-41
23554 Lübeck
(auch Postverteiler für
folgende Städte ohne
Kontaktadresse: Eutin,
Alt-Mölln, Neustadt/H.,
Trittau)

Antifa-Lübeck
c/o Infoladen Assata
Schwartauer Allee 39-41
23554 Lübeck

Morbach
Antifa Hunsrück
c/o Buch- und Weinladen
Birkenfelderstr. 13
54497 Morbach

München
Antifa München
c/o Infoladen
Breisachstr. 12
81667 München

Neumünster
Antifa Neumünster
c/o Infoladen Omega
Bahnhofstr. 44
24534 Neumünster

Norden
Antifa Norden
c/o AKU
Bahnhofstr./Güterbahnhof
26506 Norden

Nürnberg
Antifaplenum
c/o Komm
Königstr. 93
90402 Nürnberg

»... gegen rechts«
c/o Libresso
Buchhandlung
Peter Vischer Str. 25
90403 Nürnberg

Oldenburg
AK kein Fußbreit ...
c/o Alhambra
Hermannstr. 83
26135 Oldenburg

Passau
– Feministisches Antifa-
Plenum
– Antifa-Plenum
– Antifaschistische Aktion
c/o BBS
Gottfried-Schäffer-Str. 6
94032 Passau

Paderborn
Antifa
An den Kapuzinern 10
33098 Paderborn

Preetz
Antifa Preetz
c/o Laden
An der Mühlenau 10
24211 Preetz

Quickborn
Antifa Quickborn
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Remscheid
Antifa
c/o Kraftstation
Honsbergstr. 2
42857 Remscheid

Rendsburg
Antifa-Rendsburg
c/o Kommunikations-
zentrum T-Stube
Postfach 506
24756 Rendsburg

Antifa Plenum Schleswig
Holstein
c/o T-Stube
Postfach 506
24756 Rendsburg
(auch Postverteiler für
Städte ohne
Kontaktadresse:
Eckernförde,
Flensburg/Umland,
Linden)

Reutlingen
Antifa Reutlingen
c/o »Zelle«
Postfach 1952
72760 Reutlingen

Rosenheim
Antifa Rosenheim
Oberastr. 2
83026 Rosenheim

Saarbrücken
Projekt Antirassismus/
Internationalismus im
AStA der Universität
Saarbrücken
c/o AStA
Postfach 151131
66041 Saarbrücken

Schleswig
Antifaschistischer Kreis
Postfach 1613
24826 Schleswig

Soltau
Antifaschistische Aktion
Postfach 1116
29614 Soltau

Stuttgart
– Antifaschistische Gruppe
AVANTI
– Autonome
Antirassistische Gruppe
c/o Infoladen
Mörikestr. 69
70199 Stuttgart

Flüchtlingsunter-
stützerInnengruppe
c/o Infoladen
Mörikestr. 69
70199 Stuttgart

Tostedt
Antifa Land
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Tübingen
Avanti! Antifaschistische
Gruppe
c/o Infocafé
Schellingstr. 6
72072 Tübingen

Wiesbaden
Autonome Antifa
Mainz/Wiesbaden
c/o Infoladen
Werderstr. 8
65195 Wiesbaden

Wiesloch
Antifa Wiesloch/Walldorf
Postfach 1311
69154 Wiesloch

Witzenhausen
BDP-Antifagruppe
Witzenhausen
c/o Bund deutscher
PfadfinderInnen
Am Frauenmarkt 19
37213 Witzenhausen

Wuppertal
Antifaschistische Aktion
c/o Infoladen
Brunnenstr. 41
42105 Wuppertal

Koordinationskreis der
Antifa-Gruppen
Wuppertals
c/o Infoladen
Brunnenstr. 41
42105 Wuppertal

Österreich

Antifa X
Pennersdorfergasse 42
A-1100 Wien

Antifa
c/o Infoladen Wien
Margaretengürtel
122–124/1 Keller
A-1050 Wien

Schweiz

Infoladen Kasama
Klingenstr. 23
CH-8005 Zürich

Jugend Antifa

Berlin

Antifa Jugend Front
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Jugend Antifa Spandau
c/o El Locco
Kreuzbergstr. 43
10965 Berlin

Bielefeld

Antifa Jugend Front
c/o Infoladen Anschlag
Heeperstr. 133
33607 Bielefeld

Bonn

Antifa Jugend Front Bonn
Rhein/Sieg
c/o Büro für politische
Kulturarbeit
Florentinusgraben 25
53111 Bonn

Braunschweig

Antifa Jugend/Autonome
Gruppe
c/o AStA TU
Katharinenstr. 1
38106 Braunschweig

Jugend Antifa Aktion
(JAA)
Cyriakusring 55
38118 Braunschweig

Bremen

Antifaschistische Jugend
Aktion (AJA)
St.-Pauli-Str. 8–10
28203 Bremen

Delmenhorst

Antifaschistische Jugend
Delmenhorst
Oldenburgerstr. 13
27753 Delmenhorst

Dresden

Antifa Jugend Front
c/o Infoladen
Kamenzerstr. 17
01099 Dresden

Einbeck

Antifaschistische Jugend
Einbeck
PLK 068209 D
37574 Einbeck

Göttingen

Antifa Jugend Front
c/o Buchladen
Rote Strasse 10
37073 Göttingen

Guben

Antifa Jugend Front
c/o Infoladen Grenzfall
Grünstr. 60
03172 Guben

Hamburg

Antifa Jugend Front
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Hannoversch Münden

Antifa Jugend Front
Hann. Münden
c/o Buchladen
Rote Straße 10
37073 Göttingen

Hannover

Junge Linke in
»Gleisdreieck«
Borriestr. 28
30519 Hannover

Heusenstamm

Antifa Jugend Front
c/o F. J. Richter
Schulstr. 3
63150 Heusenstamm

Ingelheim

Jugend Antifa Ingelheim
Postfach 1317
55206 Ingeheim

Kaiserslautern

Antifaschistische Jugend
c/o EPI-Zentrum
Ottostr. 8
67657 Kaiserslautern

Koblenz

AJF Koblenz
c/o AStA FH
Am Finkenherd 4
56075 Koblenz

AJF Höhr-Grenzhausen
(innerer Umschlag)
AStA FH (äußerer
Umschlag)
Am Finkenherd 4
56075 Koblenz

Köln

JRE – Jugend gegen
Rassismus in Europa
Postfach 300629
50776 Köln

Leipzig

Antifa Jugend Front
Bernhard-Göring-Str. 152
04277 Leipzig

Lübeck

Antifa Jugend Front
c/o Alternative
Auf der Wallhalbinsel 27
23554 Lübeck

Ludwigshafen

Antifa Jugendplenum
PLK 059178
Ludwigshafen

Magdeburg

Antifa Jugend Magdeburg
JWP
Immermannstr. 30
39108 Magdeburg

Mölln

Antifa Jugend Front Mölln
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

München

Jugend Antifa München
c/o Infoladen
Breisachstr. 12
81667 München

Neuschönningstedt

Antifa Jugend Front
c/o KG Gethsemane
Kirchenstieg 1
21465 Reinbek

Nürnberg

Antifa Jugend Front
Nürnberg
c/o Komm
Königstr. 93
90404 Nürnberg

Oldenburg

Antifa Jugend Front
Oldenburg
c/o Alhambra
Hermannstr. 83
26135 Oldenburg

Osnabrück

Antifa Jugend Plenum
c/o Infoladen Zett
Alte Münze 12
49074 Osnabrück

Passau
Jugendantifa
c/o BBS
Gottfried Schafferstr. 6
94032 Passau

Regensburg
c/o Infoladen
Engelburgergasse 16
93047 Regensburg

Stuttgart
AJF-Stuttgart
c/o Infoladen
Mörikestr. 69
70199 Stuttgart

Suhl
Alternativer Jugendkreis
im alternativen JUZ
Gothaer Str. 105
98527 Suhl

Wiesbaden
Jugendantifa Wiesbaden
c/o Infoladen
Werderstr. 8
65195 Wiesbaden

»Edelweiß- Piraten«

**Beckum/Oelde/
Ennigerloh**
EPIs
c/o Grüne
Roggenmarkt 7
59269 Beckum

Berlin
EPIs
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Bonn
EPIs
c/o Le Sabot
Breite Str. 76
53111 Bonn

Cottbus
EPIs
Straße der Jugend 155
03046 Cottbus

Einbeck
EPIs
Postlagerkarte 068209 D
37574 Einbeck

Goslar
EPIs
Postfach 2012
38610 Goslar

Grimma
EPIs
Postfach 412
04668 Grimma

Kaiserslautern
EPIs Tacheles
c/o VVN-BdA
Lutrinastr. 6
67655 Kaiserslautern

Linker Niederrhein
EPIs
c/o Bücherladen am
Rathaus
St. Antonstr. 86
47798 Krefeld

Lüneburg
Kampagne »Stoppt die
Nazi-Zeitungen«
c/o Heinrich-Böll-Haus
Katzenstr. 2
21335 Lüneburg

Magdeburg
EPIs
c/o JWP
Imermannstr. 30
39108 Magdeburg

Nordbaden
EPIs
Postfach 104671
69036 Heidelberg

Rheinbach
EPIs
c/o Le Sabot Nr. 7
Breite Str. 76
53111 Bonn

Rostock
EPIs
c/o Infoladen
August-Bebel-Str. 90
18055 Rostock

Schwäbisch Hall
EPIs
c/o Club Alpha 60
Pfarrgasse 3
74523 Schwäbisch Hall

Weil
EPIs
Postfach 1334
79576 Weil am Rhein

Folgende Gruppen
können über:
c/o »Edelweiss-Piraten«
Gneisenaustr. 2a
10691 Berlin
kontaktiert werden:
Edelweiß-Piraten
– Aurich/Großefehn
– Salzgitter-Bad
– Baden
– Brandenburg
– Breuberg
– Craisheim
– Dresden
– Heister
– Henningsdorf
– Kreuztal
– Karlsruhe
– Mindelheim
– Osterburg
– Rathenow
– Rudolstadt
– Usingen
– Werne

Fantifas

Bielefeld
Fantifa
c/o Infoladen Anschlag
Heeperstr. 133
33609 Bielefeld

Frankfurt/M
Fantifa Frankfurt
c/o JUZ Heidepark
Schleiermacherstr. 7
60316 Frankfurt/M

Hamburg
Fantifa Olga B.
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Kassel
Fantifa
c/o Gestochen Scharf
Elfbuchenstr. 18
34119 Kassel

Koblenz
Autonome Feministische
Antifa
c/o AstA FH
Am Finkenherd
56075 Koblenz

Marburg
Fantifa Marburg
Autonomes
FrauenLeseben-Referat
Erlenring 5
35037 Marburg

Nürnberg
Feministische Antifa
c/o Komm
Konigstr. 93
90402 Nürnberg

Passau
Feministische Antifa
Gottfried-Schäffer-Str. 6
94032 Passau

Archive

Berlin
Aktives Museum
Faschimus und
Widerstand Berlin
Köthener Str. 44
10963 Berlin

Deutsch-Jüdische
Archivgruppe
Kiebitzweg 23
14195 Berlin

Friedensbibliothek
Friedensstr. 1
10249 Berlin

Projekt Archiv
c/o AstA
Brunnenstr. 7
10119 Berlin

Antifa-Press-Archiv
c/o Papiertiger
Cuvrystr. 25
10997 Berlin

Bonn
Bonner Institut für
Faschismus und
Antifaschistische Aktion
Postfach 410108
53023 Bonn

Bielefeld
VVN-Bund der
Antifaschisten
Herforder Str. 155a
33609 Bielefeld

Bremen
VVN-Bund der
Antifaschisten
Bürgermeister-
Deichmann-Str. 26
28217 Bremen

Dortmund
Antifa-Archiv
c/o Taranta Babu
Humboldtstr. 44
44137 Dortmund

Düsseldorf
Antifaschistische
Leihbücherei der VVN
Van-Douven-Str. 4
40227 Düsseldorf

Duisburg
D.I.S.S.
Realschulstr. 51
47051 Duisburg

Flensburg
Antifaschistisches Archiv
Postfach 1916
24937 Flensburg

Frankfurt/M
Dokumentationsarchiv des
deutschen Widerstandes
Rossertstr. 9
60323 Frankfurt/M

Hamburg
Hamburger Stiftung für
Sozialgeschichte des 20.
Jahrhunderts
Schanzenstr. 75–77
20357 Hamburg

Projektgruppe für die
vergessenen Opfer
Lindenallee 54
20259 Hamburg

München
Antifaschistisches
Informations- und
Dokumentationsstelle &
Archiv
Postfach 430147
80073 München

Nürnberg
ABIDoZ
Rothenburgerstr. 106
90439 Nürnberg

Osnabrück
Antifa-Archiv Osnabrück
Postfach 1211
49002 Osnabrück

Wiesbaden
Bildungs- und Solidaritäts-
werk Anna Seghers
Werderstr. 8
65195 Wiesbaden

Österreich
Dokumentationsstelle des
österreichischen
Widerstands
1. Bezirk
Wipplingerstr. 8
A-1010 Wien

Niederlande
ID-Archiv im IISG
Cruquisweg 31
NL-1019 AT-Amsterdam

Zeitschriften

Berlin
Antifa-Versand
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin

Antifaschistisches Infoblatt
c/o L. Meyer
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin

Antifa Jugend Info BRD
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin

Frontblatt
GNN-Verlag
Czeminskistr. 5
10829 Berlin

Pressespiegel
Aktion Sühnezeichen/
Friedensdienste
Jebenstr. 1
10623 Berlin

ZAG
Yorkstr. 59
19965 Berlin

Bielefeld
Antifa-Jugendinfo
c/o Infoladen Anschlag
Heeperstr. 132
33607 Bielefeld

Schlag Nach
c/o Bürgerinitiative
Bürgerwache
Rolandstr. 10
33615 Bielefeld

Bonn
Antifa-Jugend-Info Bonn
Rhein/Sieg
c/o Büro für politische
Kulturarbeit
Florentinusgraben 25
53111 Bonn

Cottbus
Cottbusser Infoblatt
Straße der Jugend 155
03046 Cottbus

Dresden
Antifa-Info Dresden
c/o Infoladen Schlagloch
Kamenzerstr. 17
01099 Dresden

Erfurt
F.R.E.I. Brief
Postfach 375
99008 Erfurt

Frankfurt/M
Antifa-Info FfM
c/o Cafe Exzess
Leipziger Str. 91
60487 Frankfurt/M

Antifaschistischer
Beobachter
Bockenheimer Landstr. 79
60325 Frankfurt/M

Göttingen
Fight the Power
AJF-Info
c/o Buchladen
Rote Strasse 10
37073 Göttingen

Halle
Subotnik in LA
c/o Initiative für eine
Vereinigte Linke
Große Klausstr. 11
06108 Halle

Hannover
Der Rechte Rand
Postfach 1324
Hannover

Heidelberg
Heidelberg-Info
c/o Infoladen Moskito
Alte Bergheimer Str. 7a
69115 Heidelberg

Kiel
ATZE – Antifaschistische
Zeitung Kiel
Schweffelstr. 6
24118 Kiel

Köln
Kraus
c/o Antifacafé
Ludolf Camphausenstr. 36
50672 Köln

Antifaschistische
Nachrichten
GNN-Verlag
Postfach 260226
50515 Köln

Lübeck
AZ – Antifa Zeitung
c/o Akzent
Fleischhauerstr. 32
23552 Lübeck

Recklinghausen
Antifaz
Hernerstr. 43
45657 Recklinghausen

Rendsburg
Gegengift
c/o T-Stube
Postfach 506
24756 Rendsburg

Saarbrücken
Antifa Nachrichten
c/o Infoladen AZ
Brauerstr. 39
66123 Saarbrücken

Wuppertal
Antifa-Zeitung NRW
c/o Infoladen
Brunnenstr. 41
42195 Wuppertal

Schweiz

SCHRAZ
Postfach 1031
CH-9001 St. Gallen

Antifa
c/o N.S.K.
Postfach 1203
CH-8036 Zürich

Österreich

Mitteilungen
Dokumentationsarchiv des
österreichischen
Widerstandes
Wipplingerstr. 8
A-1010 Wien

Tatblatt
Gumpendorferstr. 157/11
A-1060 Wien

Notruf- und Infotelefone

Berlin
Antifa-Infotelefon
030/2512277
Antirassistisches Infotelefon
030/8619422
Antirassistisches Telefon
Ostberlin
030/4426174

Bonn
Antifaschistisches
Infotelefon
0228/690509

Braunschweig
Antirassistisches Telefon
0531/341134

Bremen
Anti-Rassismus-Büro
Sielwall 38
21203 Bremen
0421/706444

Delmenhorst
Info-Telefon
c/o Album
Oldenburgerstr. 13
27753 Delmenhorst
04221/17815

Duisburg
Antifa Notruftelefon
c/o ASTA GH Duisburg
Lotharstr. 65
47057 Duisburg

Frankfurt/M
Antirassistisches/Antifa-
schistisches Notruf- und
Infotelefon
c/o Cafe Exzess
Leipzigerstr. 91
60487 Frankfurt/M
069/703337

Gießen
Antirassistisches/Antifa-
schistisches Notruftelefon
0641/791464

Hamburg
Antirassistisches Telefon
c/o Haus für Alle
Amandastr. 58
20357 Hamburg
040/431587

Heidelberg
Antirassistisches
Notruftelefon
c/o AZ
Alte Bergheimer Str. 7a
69115 Heidelberg
06221/29082

Kassel
Antifaschistisches/Anti-
rassistisches Notruf- und
Infotelefon
Sickingstr. 10
34117 Kassel
0561/17919

Mannheim
Antirassistisches
Notruftelefon
0621/1564141
Infotelefon
0621/21705

München
Antirassistisches Telefon
089/5439612

Münster
Antifa-Infotelefon
0251/60256

Nürnberg

Antirassistisches Telefon
0911/262088

Saarbrücken

Antifaschistisches/Anti-
rassistisches Notruftelefon
im Saarland
Postfach 100202
66002 Saarbrücken
0171/4021043
(Funktelefon)

Stuttgart

Antifa-Infotelefon
0711/6491629

Mailbox

SpinnenNetz Mainz/
Wiesbaden
European Counter
Network (ECN)
Werderstr. 8
65195 Wiesbaden
Mailbox: 0611/9490749
Tel.: 0611/440887
Fax: 0611/9490751

Anmerkung der Redaktionsgruppe:

Alle aufgenommenen Adressen wurden im Januar 1994 durch Anschreiben unsererseits und von überregionalen »Verteilern« bestätigt. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann jedoch nicht gegeben werden. Sicherlich bestehen noch weitere Initiativen, die sich leider nicht rückgemeldet haben. Für eine Aktualisierung der Adressenliste bei einer eventuellen Neuauflage bitten wir um eine Nachricht an:

Antifa-Versand, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

